

# RAUMKLIMA

## Dicke Luft in Klassenräumen



- Schulqualität:** Kritik am Orientierungsrahmen
- Seminarausbildung:** Effektiv und praxisgerecht
- Arbeitsplatz Schule:** Entschließung gegen Personalabbau
- Personalratswahl 2017:** Bildungsrealisten treten für Sie an
- Schule und Recht:** Handynutzung bei Klassenfahrten
- Fachkongress:** Programm und Anmelde-Infos siehe Rückseite

# Inhalt der Ausgabe Februar 2017

<b>Titelthema</b>		<b>Lehrerbildung</b>	
▶ <b>Problembereich Raumklima: Dicke Luft in Klassenräumen</b> ...	5	VRB im Gespräch mit Manuel Cappel: „Die zweite Ausbildungsphase ist praxisgerecht ausgerichtet!“ .....	41 ◀
<b>Bildungspolitik</b>		<b>Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik</b>	
Pinnwand .....	12	Pinnwand .....	44
VRB im Gespräch mit Ministerin Hubig: „Bildung muss Wertschätzung auch in der personellen und sächlichen Ausstattung erfahren.“ .....	12	RBiRP im Gespräch mit Psychologiestudentinnen über ehrenamtliche Sprachförderung für Flüchtlingskinder (Teil 2) .....	45
VRB im Gespräch mit der FDP-Landtagsfraktion: Mutige und weitreichende Regelungen sind gefragt .....	14	VRB-Position: Migration geht alle an! .....	47
VRB im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion: Gleichbehandlung statt Gleichschaltung der Schularten .....	15	<b>Neue Rubrik: App-Check „FUNK“</b> .....	49
▶ VRB Stellungnahme: Neuauflage Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS) .....	17	<b>VRB-Bezirke</b>	
<b>Neue Rubrik: Haiku – Bildungspolitische Entwicklungen und Erscheinungen „aufgespießt“</b> .....	18	<b>Bezirk Koblenz:</b> Bezirksversammlung – Über den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern .....	50
<b>VRB-Verbandsarbeit</b>		Personalrätefortbildung Koblenz und Trier: Zwischen Wächteramt und Mitbestimmung .....	52
Pinnwand .....	19	VRB vor Ort: Bezirksverband zu Gast an der Realschule plus in Remagen .....	54
Landesweites Pensionärstreffen: Kultur, Informationen und geselliges Beisammensein bilden den Rahmen .....	20	<b>Bezirk Neustadt:</b> Bezirksversammlung – Lehrgesundheit: Ihre Stimme ist uns wichtig .....	55
▶ Herbstsitzung dbb beamtenbund und tarifunion: Bildung in Deutschland: Entschließung gegen den Personalabbau ...	22	IGS-Forum Ludwigshafen: VRB und PhV gehen auf aktuelle IGS-Anliegen ein .....	57
Harry Wunschel neuer Vorsitzender des VLBS: Beruflicher Bildung muss mehr Beachtung zukommen .....	24	Personalrätefortbildung: Stressmanagement – Lehrkräfte müssen nicht immer erreichbar sein und überall arbeiten ...	58
<b>VRB-Pressemitteilung: VRB: Deutschunterricht aufwerten!</b> .....	25	Ausstellungsbesuch: Barock – nur schöner Schein? .....	60
<b>VRB-Pressemitteilung: Die Zahlen zur Unterrichtsversorgung sind alltagsuntauglich</b> .....	25	VRB-Sprechstunden vor Ort: Miteinander füreinander .....	60
▶ Personalratswahlen 2017: Bildungsrealisten des VRB treten für Sie an! .....	26	<b>Bezirk Trier:</b> Bezirksversammlung – Notengebung: transparent – begründet – nicht anfechtbar .....	55
<b>Schule in Rheinland-Pfalz</b>		Miteinander füreinander: Neue Impulse gewinnen .....	63
Offener Brief an die Landtagsabgeordneten zur Besoldung nach bestandener Wechselpflicht II .....	30	<b>Kurz notiert: Termine, Service und Internes</b>	
Wahlrecht: Schullaufbahn für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf .....	31	Geburtstagswünsche .....	64
Der VRB gratuliert: Gerhard Weuthen – ein Realschulpionier wird 100 .....	32	Vorschau auf das nächste Heft .....	64
<b>Neue Rubrik: Auf ein Wort: Stichwortinterview mit Oliver Klauk</b> .....	34	Hans Thielen feiert 80. Geburtstag .....	66
<b>Schule und Recht</b>		<b>Neue Rubrik: Info-Punkt für Pensionäre</b> .....	68
Pinnwand .....	35	Personalratswahlen 2017: Lehrkräfte sind Helden des Alltags! .....	69
▶ Recht an Schulen: Handynutzung bei Klassenfahrten .....	36	<b>KlarText!</b>	
<b>Beruf Lehrer</b>		Gefühlte Wahrheiten in der Bildungspolitik überwinden: Mehr Bildungsrealismus wagen! .....	70
Pinnwand .....	38	<b>Fachkongress: Programm und Anmeldeinformationen</b> .....	72 ◀
Erfolg für den VRB: Altersteilzeit wird im Schulbereich fortgeschrieben .....	39		
Entgeltordnung für Lehrkräfte: Tarifrunde 2017 steht an ...	40		



Die Haushaltsberatungen des Landtags stehen unter dem Eindruck der Schuldenbremse. Die Politik sucht nach der Balance zwischen Gestalten und Sparen. Das wird auch in Gesprächen des Landesvorstandes mit Ministerin Dr. Hubig, mit der CDU und der FDP deutlich.

In seinem Leitartikel misst Timo Lichtenthaler die bildungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung an den Koordinaten der Verbandsarbeit: Lehrkräfte haben Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten. Er fordert die Landesregierung auf, eine alltagstaugliche Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, die Entlastungspauschale aufzustocken und den Kolleginnen und Kollegen in Vertretungsverträgen Planstellen-Perspektiven zu geben.

Michael Eich geht in seinem Klartext vom Wort des Jahres 2016 aus und spürt „gefühlte Wahrheiten“ und deren Wirkung auf. Lehrkräfte müssen seit Langem aushalten, dass „gefühlte Wahrheiten“ höhere Priorität genießen als die Rückmeldungen aus ihrem Schulalltag.

Im Interview mit dem Koblenzer Seminarleiter Manuel Cappel erfragen Benjamin Bajraktari, Nicole Weiß-Urbach und Christian Theisen, wie die Studienseminare ihren Ansprüchen gerecht werden, den Anwärterinnen und Anwärtern eine gute, praxisgerechte und effektive Ausbildung zu bieten.

Auch in unserer aktuellen Ausgabe steht der Arbeitsplatz Schule im Mittelpunkt. Schwerpunktthema ist das Raumklima in den Klassenzimmern. Wilfried Rausch zeigt die Einflüsse auf, die das Raumklima auf Gesundheit, Wohlbefinden und Lernleistungen ausübt. Zugleich macht er deutlich, dass dieser Problembereich in Rheinland-Pfalz bislang vernachlässigt wurde. Es gibt einen enormen Sanierungsstau an den Schulen. Der VRB fordert die verpflichtende Einführung eines sogenannten Gebäudepasses.

Im Mai 2017 finden Personalratswahlen statt. Unter der Überschrift „Bildungsrealisten treten für Sie an“ zeigen wir Ihnen die Fundamente, auf denen unsere Personalratsarbeit steht.

Im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu geht es um die Nutzung von Handys bei Klassenfahrten.

Wolfgang Häring ist auf einen Streikaufruf des spanischen Dachverbandes der Familien mit Kindern an öffentlichen Schulen gestoßen: Die Hausaufgaben sollen bestreikt werden.

Und es gibt noch mehr in dieser Ausgabe zu entdecken. Wir starten mit vier neuen Formaten:

Rubrik „Auf ein Wort“: Wilfried Rausch führt das erste „Stichwortinterview“ mit Oliver Klauk, der beim PL die Krisenberatung und Krisenintervention koordiniert.

Rubrik „Info-Punkt für Pensionäre“: Wir sammeln für Sie Ideen, Informationen,



Angebote und Hilfen. Beispiel: Der dbb-Dokumentenordner „Für den Notfall“ wurde neu aufgelegt.

Rubrik „Aufgespießt“: Dr. Peter Bung wird künftig mit „Haikus“ schul- und bildungspolitische Erscheinungen und Entwicklungen „aufspießen“.

Rubrik App-Check: Christian Theisen testet für Sie neue Apps und Tools rund um das Thema Smartphone und Tablet-PC im Unterricht.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben; gerne auch Ihre Anregungen für die nächste Ausgabe.

Ihr

## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichtenthaler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

### Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12 / 965 73 31  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

### Schatzmeister

Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer  
Tel: 0 62 32 / 4 04 44  
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18  
schatzmeister@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de  
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



als das Bildungsministerium Anfang Dezember 2016 eine Unterrichtsversorgung an Realschulen plus von 98,8 % und an Integrierten Gesamtschulen von 98,1 % verkündigte, versah man die entsprechende Überschrift zur Pressemitteilung mit den Worten „Erneut sehr gute Unterrichts-

versorgung – trotz der Herausforderungen des vergangenen Jahres“.

Jedes Jahr aufs Neue moniert der Verband Reale Bildung, dass die tatsächliche Unterrichtsversorgung nicht dem vom Bildungsministerium erhobenen statistischen Wert am Anfang des Schuljahres entspricht. Unterrichtsausfälle im Laufe des Schuljahres sind nun einmal nicht planbar, könnten aber durch eine Lehrerreserve an den Schulen weitgehend aufgefangen werden.

Unsere landesweite Umfrage zum Einsatz im Vertretungsunterricht hat in der Auswertung ergeben, dass immer noch eine zu große Anzahl qualifizierter Lehrkräfte mit Vertretungsverträgen ausgestattet sind. Die Unterrichtsversorgung mit Zeitverträgen in diesem Ausmaß zu verbessern, halten wir nicht für sozial ausgewogen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen erwarten mit Recht nach drei Vertretungsverträgen eine Planstelle, um ihre berufliche wie private Zukunftsplanung in die Hand nehmen zu können. Der Exodus von qualifizierten Lehrkräften in andere Bundesländer zeichnet sich ab und rechnet sich auf Dauer für Rheinland-Pfalz nicht. Die Landesregierung muss jetzt die Gelegenheit nutzen, den Kolleginnen und Kollegen eine Planstelle anzubieten.

Lehrerinnen und Lehrer werden zunehmend ganzheitlich gefordert. Sie müssen präsent sein mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Wissen. Sie werden von allen Seiten angefragt und hinterfragt und stoßen vielfach an ihre Grenzen, weil die Aufgaben der Schule in einem Ausmaß und in einer Geschwindigkeit zunehmen, wie sie unter unveränderten Rahmenbedingungen kaum mehr zu leisten sind.

Für die Lehrkräfte hat sich das Verhältnis zwischen gebundener und ungebundener Arbeitszeit stark verändert. Durch die Integration teils traumatisierter Migrantenkinder, die gestiegene Betreuungsintensität durch Schwerpunktschüler, die zusätzlichen Aufgaben im Zuge der Potenzialanalyse und nicht zuletzt durch das Kompensieren von Erziehungsdefiziten reichen die Entlastungen für besondere unterrichtliche Belastungen bei weitem nicht mehr aus. Der VRB fordert folgerichtig die Aufstockung der sogenannten Drittpauschale zur Vollpauschale.

Die Verlängerung der Altersteilzeit, die mit unserer beharrlichen Forderung an die politischen Verantwortlichen erreicht werden konnte, ist ein wichtiges Signal, welches dazu beiträgt, dass die langjährige und belastende Lehrtätigkeit die „Wertschätzung“ erfährt, die sie verdient.

Im Zuge der Veröffentlichung der Ergebnisse der IQB-Studie 2016 dankt Ministerin Hubig den Lehrkräften für die kontinuierliche engagierte Arbeit und merkt an, dass gerade der Erhalt guter Qualität des Unterrichts eine besondere Herausforderung darstelle. Der Ankündigung des Bildungsministeriums, die Ergebnisse der Studie gründlich zu analysieren, müssen aus unserer Sicht endlich Taten folgen. Eine hohe Unterrichtsqualität hat für den VRB große Priorität. In unserer Stellungnahme zur vorgelegten 4. Auflage des Orientierungsrahmens Schulqualität begrüßen wir, dass dort ein hohes Anspruchsniveau, Fachlichkeit und die Leistungsorientierung im Fokus stehen. Bleibt abzuwarten, wie die Landesregierung ihre Ziele qualitativ umzusetzen wird und welche Unterstützung angeboten wird.

Wertschätzende und qualitativ hochwertige Arbeit benötigen gute Rahmenbedingungen vor Ort. An einigen Schulen herrscht seit Jahren ein Sanierungs- und Investitionsstau, der dringend abgearbeitet werden muss. Hier muss die Landesregierung die Schulträger nachhaltig in die Pflicht nehmen und außerdem auch die erforderlichen Ressourcen bereitstellen. Gute Schule funktioniert nur in einer gesunden und akzeptablen Umgebung.

Die KMK hat im Dezember 2016 ein Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ mit einem klaren Handlungskonzept für die Länder verabschiedet. Rheinland-Pfalz ist nun in der Pflicht, die Strategien zügig umzusetzen. Es ist nicht damit getan, den Schulen neue Aufgabenbereiche zuzuweisen. Voraussetzung für die „schulische Bildung in der digitalen Welt“, so die KMK in ihrem Handlungskonzept, sind „eine funktionierende Infrastruktur (Breitbandausbau; Ausstattung der Schule, Inhalte, Plattformen), die Klärung verschiedener rechtlicher Fragen (u.a. Lehr- und Lernmittel, Datenschutz, Urheberrecht), die Weiterentwicklung des Unterrichts und vor allem die Qualifikation der Lehrkräfte. Der Verband erwartet, dass es hier nicht bei einem Lippenbekenntnis seitens des Bundes bleibt und das Land Rheinland-Pfalz die notwendigen Investitionen im Bereich der Ausstattung von Räumen und Hardware tätigt. Die besten Fort- und Weiterbildungslehrgänge laufen ins Leere, wenn vor Ort die Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Der diesjährige Fachkongress, zu dem ich Sie bereits jetzt herzlich einlade, wird sich mit der Thematik Bildung in der digitalen Welt in verschiedenen Facetten auseinandersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich sicher sein, dass sich der VRB als Ihr Interessenverband in der Realschule plus und der Integrierten Gesamtschule nachhaltig für die notwendigen Verbesserungen einsetzt. Wir haben einen realen Blick auf die Bildung unserer Kinder, auf die Lehrkräfte an unseren Schulen und auf die Wertschätzung unserer Schulart. Wir sind Bildungsrealisten!

Herzlichst



Sichere und gesunde Schule – mehr Wunschdenken als Realität

# PROBLEMBEREICH RAUMKLIMA:

## Dicke Luft in Klassenräumen

Ein Beitrag von Wilfried Rausch



Der Verband Reale Bildung rückt den Arbeitsplatz Schule stärker in den Fokus der Verbandsarbeit. In der letzten Ausgabe haben wir die Lärmbelastigung an den Schulen behandelt. In dieser Ausgabe thematisieren wir das Raumklima in den Schulen. Wir beschränken uns dabei auf die Einflussfaktoren Temperatur und Kohlendioxid. Auf die anderen Faktoren werden wir in einer der nachfolgenden Ausgaben eingehen.

### **Vernachlässigtes Thema: Raumklima in Klassenzimmern**

Die meisten der 40.000 Schulgebäude in Deutschland müssen saniert werden.<sup>1)</sup> Der Sanierungstau lässt sich dadurch erklären, dass die Schulträger bisher Neubauten favorisierten, weil es dafür aus dem Landeshaushalt Fördergelder gab. Sanierungen hingegen müssen die Schulträger weitgehend aus ihrem eigenen Etat decken. Ver-

ständiglich, dass Sanierungsprojekte hinausgezögert bzw. nur im Rahmen von Förderprogrammen in Teilbereichen durchgeführt wurden. Anreize für Sanierungsmaßnahmen wurden im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit dem Ziel geschaffen, Einsparungen bei den teuren Energiekosten zu erzielen. Zahlreiche Schulgebäude wurden von außen mit Dämmplatten versehen, die Dämmwir-

**„Die Raumtemperatur sollte mindestens 20°C und maximal 26°C betragen. Angenehm wird eine Temperatur zwischen 20°C und 22°C empfunden.“**

Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Sichere Schule: Gesundheits- & lernförderndes Klassenzimmer*<sup>2)</sup>

**RAUM KLIMA**

kung durch den Einbau neuer Fenster verstärkt und neue Heizungsanlagen eingebaut, die automatisiert Einflussnahmen von außen durch die Schulen nicht mehr ermöglichten. Bei diesen energetischen Sanierungsmaßnahmen wurden die Auswirkungen auf das Raumklima kaum bedacht bzw. vernachlässigt. Es zeigte sich leider, dass sich mit den energetischen Sanierungsmaßnahmen häufig das Raumklima in den Klassen verschlechterte.

**Dicke Luft in Klassenräumen besonders in den Wintermonaten**

Besonders in den Wintermonaten wird deutlich, wie schlecht die Luft in den Klassenzimmern sein kann. Schülern wie auch Lehrkräften fällt die schlechte Raumluftqualität kaum auf, da sie sich an die Gerüche, die von ihnen ausgehen, schnell gewöhnen.

Wenn die Luft in den Klassenräumen jedoch so schlecht ist, dass Schüler wie Lehrer es merken und handeln, sind ihre Einflussmöglichkeiten eingeschränkt. Heizkörper lassen sich kaum regulieren und das Belüften der Räume ist nur begrenzt möglich.

Zu der schlechten Luftbilanz in den kalten Jahreszeiten tragen auch volle Klassen, die Mitnahme der teilweise feuchten Jacken, die wegen der Brandschutzverordnung aus den Fluren in die Klassenräume

an heißen Sommertagen mit den klimatischen Bedingungen in den Schulgebäuden zu kämpfen. Die großen Fensterflächen der Schulgebäude tragen erheblich zur Aufheizung der Räume bei. Ein Sonnenschutz an den Fassaden galt lange Zeit als Luxus. Die Notwendigkeit der Beschattung sollte gerade bei der gegenwärtig beobachtbaren Klimaveränderung nicht wegdiskutiert werden. Leider sind nicht alle Sonnenschutzsysteme für Klassenräume geeignet.

Die eingeschränkte bzw. fehlende Belüftung der Klassenräume nach Unterrichtschluss verschärft die Problemlage insbesondere an heißen Tagen. Die Fenster werden nach Unterrichtschluss in der Regel geschlossen und die außen angebrachten Sonnenschutzsysteme hochgefahren. Anders als bei den Privathaushalten ist eine Nachtlüftung oder Lüftung in den frühen Morgenstunden ohne Technik nicht möglich.

**Neben der Raumtemperatur nehmen weitere Faktoren maßgeblichen Einfluss auf das Raumklima**

Ein nicht zu unterschätzender Einfluss geht von den sich im Klassenraum aufhaltenden Personen aus. Ihre Abgabe von Stoffwechselprodukten wie beispielsweise Wärme, Wasser und Kohlendioxid tragen wesentlich zur Belastung des Raumklimas bei.

**EINFLUSSFAKTOREN RAUMKLIMA**

- Temperatur
- Kohlendioxid
- Wärmestrahlung
- diverse Gerüche
- Luftfeuchtigkeit
- Luftgeschwindigkeit
- Emissionen
- Feinstäube

**EINFLUSSFAKTOREN CO<sub>2</sub>-KONZENTRATION**

- Personenzahl im Klassenraum
- Raumvolumen
- Aktivitäten im Klassenraum
- Verweildauer
- Emission von Geruchsstoffen
- Lüftungseffektivität

verbannt wurden, und die Möblierung der Klassen bei. Tische und Stühle sind oft nahe an die Heizkörper gerückt und erschweren vor allem aus Rücksicht auf Schüler, die in der Fensternähe sitzen, die Belüftung.

**In den Sommermonaten bereitet die Aufheizung der Räume gesundheitliche Probleme**

In den Sommermonaten sieht die Problemlage anders aus. Hier werden an heißen Tagen die Klassenräume aufgeheizt. Vor allem Ganztagschüler haben

Die Höhe der Belastung wiederum hängt von der Anzahl der sich im Raum befindlichen Personen und deren Aktivität zusammen.<sup>4)</sup>

**Die Kohlendioxidkonzentration in der Innenluft ist Indikator für Luftqualität**

Zur Einschätzung der Luftqualität dient seit über 150 Jahren die Kohlendioxidkonzentration in der Innenluft. Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist ein Abbauprodukt der menschlichen Atmung.

## „Die Notwendigkeit, Vorkehrungen gegen die Aufheizung der Räume im Sommer zu treffen, wird im Zuge der Klimaveränderungen in Zukunft noch zunehmen.“

Umweltbundesamt (Hrsg.): Leitfaden für die Innenhygiene in Schulgebäuden<sup>3)</sup>

Dass es zum Leitparameter für Luftqualität wurde, geht auf den Arzt Max von Pettenkofer (1818–1901) zurück. Er hatte sich schon zu seiner Zeit eingehend mit dem Kohlendioxidgehalt u. a. in Schulen beschäftigt und einen Maximalwert für eine gute Raumluftqualität bestimmt.

Als Einheit für die Kohlendioxidkonzentration wird in Deutschland die international verwendete Einheit ppm gewählt. Diese Festlegung erfolgte durch die Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Innenraumrichtwerte“, die auch Beurteilungsmaßstäbe für die Luftqualität erarbeitet hat.

Die Einheit ppm steht für die Zahl  $10^{-6}$  und wird für den millionsten Teil verwendet.<sup>5)</sup>

Max von Pettenkofer legte den Maximalwert für gute Raumluft mit dem Wert 1.000 ppm (Pettenkoferzahl) fest.

Zur Einschätzung der Luftqualität in Innenräumen hat die Ad-hoc Arbeitsgruppe „Innenraumrichtwerte“ des Umweltbundesamtes und der Obersten Landesgesundheitsbehörden gesundheitlich-hygienische Leitwerte für Kohlendioxid in Raumluft vorgegeben und eine praxisorientierte Handlungsempfehlung für Lüftung gegeben.<sup>6)</sup> Demzufolge werden Kohlenstoffkonzentrationen unter 1.000 ppm als hygienisch unbedenklich ausgegeben. Konzentrationen im Bereich von 1.000 ppm bis 2.000 ppm werden als hygienisch auffällig und Konzentrationen über 2.000 ppm als hygienisch inakzeptabel ausgewiesen.

### Die Ergebnisse der Studien zur Kohlendioxidkonzentration in Klassenzimmern sind besorgniserregend

Die in unterschiedlichen Studien gemessenen Kohlenstoffkonzentrationen in den Klassenräumen zeigen auf, dass die Kohlendioxidkonzentration in Klassenzimmern ernst zu nehmen ist. Hygienisch nicht akzeptable Werte über 2.000 ppm sind nicht selten anzutreffen. Im Laufe eines Schultages steigen die CO<sub>2</sub>-Werte weiter an. Bedenklich hohe Werte von bis zu 5.000 ppm werden ab 14.00 Uhr gemessen. Besonders kritische Werte treten in den Wintermonaten während der Heizperiode auf.<sup>7)</sup>

Die nachfolgenden Messwerte zeigen beispielhaft an, welche Werte in deutschen Klassenzimmern zu finden sind. Die ermittelten Werte, die aus älteren Studien entnommen sind, haben an Aktualität nicht eingebüßt.

### BEISPIELE VON MESSUNGEN IN DEUTSCHEN KLASSENZIMMERN

- In München und Umgebung war der CO<sub>2</sub>-Gehalt während 82 Prozent der Unterrichtszeit über 1.000 ppm, der gemessene Spitzenwert lag bei 5.359 ppm (gemessen während der Heizperiode 2005/2006).
- Ähnlich in Berlin: Überschreitungen 80 Prozent, Spitzenwert 6.000 ppm (Heizperiode 2002/2003).
- Erfurt: 86 Prozent Überschreitungen, Spitzenwert 4.998 ppm (Heizperiode 2005/2006).
- Raum Stuttgart: 79 Prozent und 4.380 ppm im Winter, 36 Prozent und 3.554 ppm im Sommer (Messungen zwischen 2005 und 2007).
- In Hannover kam es im Winter in 89 Prozent der Unterrichtszeit zu Überschreitungen mit einem Spitzenwert von 4.177 ppm (Heizperiode 2001/2002).

Quelle: Spiegel online: Zu viel CO<sub>2</sub> – Dicke Luft in deutschen Klassenzimmern: a. a. O.

### Das Raumklima hat Einfluss auf Gesundheit, Wohlbefinden und Lernleistungen

Eine zu hohe Kohlendioxidkonzentration in Klassenzimmern ist gesundheitsschädigend. Aus zahlreichen nationalen und internationalen Wirkungsstudien ergibt sich ein eindeutiges Bild über den Einfluss der Kohlendioxidkonzentration in Klassenräumen auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Schülern und Lehrkräften.

In der Heizperiode steigen mit zunehmenden Kohlendioxidwerten die Infektionsrate und die Krankmeldungen deutlich an.<sup>8)</sup> So wurde bei Kohlendioxidkonzentrationen über 1.500 ppm eine deutliche Zunahme von ZNS-Symptomen wie Kopfschmerzen, Müdigkeit, Schwindel und Konzentrationsschwäche gefunden. Krankheitssymptome wie trockene Augen, Halsschmerzen, verstopfte Nasen und Husten lassen sich ebenfalls auf erhöhte Kohlendioxidkonzentration zurückführen.<sup>10)</sup>

RAUM  
KLIMA

## „Wir stehen heute zweifelsohne vor einem gewissen Paradigmenwechsel im Denken und im Handeln. Die aktuelle Situation in vielen Schulen zeigt, dass allein mit Aufforderungen zum regelmäßigen und intensiven Lüften das CO<sub>2</sub>-Problem

Fortsetzung gegenüberliegende Seite

### RAUM KLIMA

Mit Recht kritisiert das Umweltbundesamt, dass der bisher in Deutschland üblicherweise verwendete Beurteilungswert von 1.500 ppm CO<sub>2</sub> als zu hoch anzusehen ist.<sup>11)</sup>

Gelingt es dagegen, in den Klassenräumen durch verstärktes effizientes Lüften die Kohlendioxidkonzentration zu vermindern, dann, so das Ergebnis einer Untersuchung in Bremer Schulen, zeigt ein verbessertes Raumklima nicht nur positive gesundheitliche Effekte: Schüler sind im Unterricht aufmerksamer, der Unterricht wird nicht so häufig gestört, der Geräuschpegel verringert sich und die Schüler kommunizieren intensiver mit Mitschülern wie auch mit den Lehrkräften.<sup>12)</sup>

Die Hauptursache für die Belastung des Raumklimas ist in einer unzureichenden Luftzufuhr während der Unterrichtszeit zu suchen.

#### GRÜNDE FÜR GERINGEN LUFTAUSTAUSCH

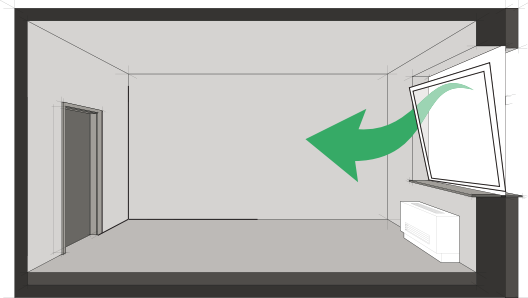
- Lüftungsverhalten
- Unkenntnis über Auswirkungen
- Einschränkungen der Lüftungsmöglichkeiten

#### Die Belüftung der Klassenräume ist der Schwachpunkt

Bei der Lektüre der Fachpublikationen gewinnt man schnell den Eindruck, dass die Lüftungsdefizite in Klassenräumen einfach zu beseitigen seien. Schüler wie Lehrkräfte könnten ohne viel Aufwand selbst mit der Anwendung effektiver Lüftungsarten für ein gutes Raumklima sorgen. Effektives Lüften lasse sich durch Quer- und Stoßlüftung nicht nur in den Pausen erzielen. Den Schulen wird nahegelegt, sich stärker mit dem Lüftungsthema zu beschäftigen, das richtige Lüften in die Hausordnung zu übernehmen und Lüftungsdienste einzurichten.

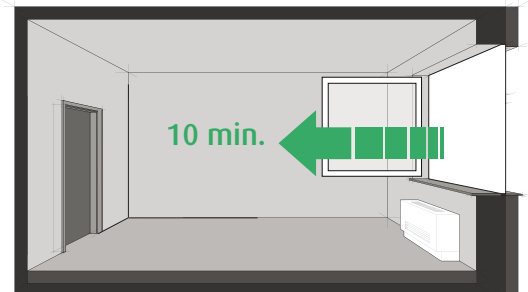
Unstrittig ist, dass die Lüftungsmaßnahmen einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Raumklimas haben. Die entscheidende Frage ist, ob die Schulen überhaupt eine effektive Fensterlüftung durchführen können.

Eine häufig an den Schulen angewandte Lüftungsmaßnahme ist die Kipplüftung. Diese Lüftungsart kann in den Sommermonaten angewandt werden. Aber in den Wintermonaten ist sie aus zeitlichen und ökonomischen Gründen ineffektiv.



Bei gekippten Fenstern ist ein vollständiger Luftaustausch erst nach etwa 60 Minuten möglich. Da die Fenster in der Regel länger als 60 Minuten auf Kippstellung verbleiben, wird Warmluft nach außen geleitet und somit Energie vergeudet. In der Folge können Fensterleibungen, die umgebenden Bauteile und Inneneinrichtungen stark auskühlen. Dies wiederum kann eine Feuchtigkeitsbildung auf den ausgekühlten Flächen begünstigen.

Eine effektive und energiesparende Lüftung könnte in Klassenräumen durch Quer- und Stoßlüftung erreicht werden.



Bei geöffneten Fenstern ist ein vollständiger Luftaustausch zwischen 5 und 10 Minuten zu erzielen.

Die Zeitdauer des Lüftens hängt von der Jahreszeit ab: Je kälter es draußen ist, desto weniger Zeit ist für den Lüftungsvorgang notwendig.

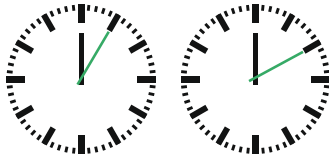


## mancherorts nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Lüftungstechnische Maßnahmen werden dann unerlässlich, um eine nutzerunabhängige und dauerhafte Luftgüte mit geringer CO<sub>2</sub>-Konzentration zu erreichen.“

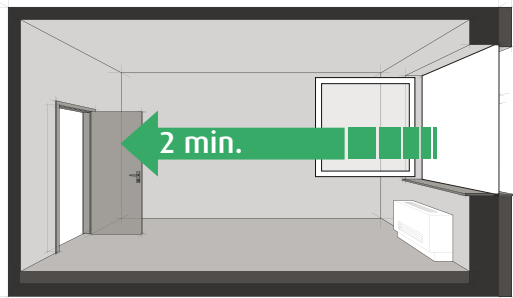
WISSEN Wiki: Expertenforum für die energieeffiziente und wohngesunde Welt

### Beispiele:

Fünf Minuten im Dezember, Januar und Februar,  
10 Minuten im März und November.



Am effektivsten ist eine Lüftungsmaßnahme über geöffnete Fenster und Türen. Hierdurch kann ein Raum innerhalb kürzester Zeit gelüftet werden.



### Sicherheit schlägt Gesundheit?

Die Empfehlungen zur effektiven Fensterlüftung lassen sich in der Schulpraxis kaum umsetzen. Viele Schulen können die empfohlene Stoß- und Querlüftung nicht realisieren, weil die Vorgaben der Unfallkasse dies nicht zulassen. Die Unfallkassen geben vor, dass „normale“ Fenster mit Dreh- und Kipp-Funktion mit Öffnungssperren, Öffnungsbegrenzern oder mit abschließbaren Kipp-Dreh-Beschlägen auszustatten sind. Sinn dieser Vorschrift ist es, Unfällen vorzubeugen, die durch geöffnete Drehflügel, die in die Klassenzimmer hineinragen, hervorgerufen werden können.<sup>13)</sup>

### Gesundheitsförderliches Handeln in den Schulen: Was ist zu tun?

Jede Schule sollte das Raumklima gemeinsam mit Schüler- und Elternvertretern analysieren. Dabei wird sich jede Schulgemeinschaft die Frage nach ihrem Lüftungsverhalten stellen müssen: „Was können wir in der Schulgemeinschaft tun, um das Raumklima zu verbessern?“

Ist die Fensterlüftung eingeschränkt, sollten die Schulen den von der ehemaligen Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz gegebenen Empfehlungen folgen und Messungen in den Klassenzimmern fordern. Unter Umständen müssen sich die Personalräte einschalten, da der

Arbeitsschutz laut Landespersonalvertretungsgesetz zum Bereich der Personalratstätigkeit zuzuordnen ist.

Hilfreich zur Beurteilung der Luftqualität können sogenannte „Lüftungsampeln“ sein, die durch Farbsignale anzeigen, wann Lüften notwendig ist. Nach unserer Ansicht sollte in jeder Klasse eine Lüftungsampel zur Standardeinrichtung gehören.

Wir sehen aufgrund der Schwierigkeiten, in den Schulen durch effektive Lüftungsmaßnahmen ein gesundes Raumklima zu erreichen, die Notwendigkeit, dass an allen Schulen mechanische Lüftungseinrichtungen vorgesehen werden müssen. Der Markt ist darauf eingestellt und bietet unterschiedliche zentrale wie auch dezentrale Möglichkeiten an, die sich in Schulen bewährt haben.

Diese Maßnahmen kosten Geld. Nicht alle Schulträger können sich diese notwendigen Investitionen leisten. Daher sehen wir die Landesregierung in der Pflicht, im Landeshaushalt mehr Mittel für Schulbau bzw. Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Das Institut für Lehrgesundheit muss sich stärker mit dem Thema Raumklima auseinandersetzen. Immer wieder werden die Öffentlichkeit und vor allem Eltern und Lehrer durch Veröffentlichungen und Fernsehsendungen u. a. von ARD und ZDF in 2016 aufgeschreckt, die eindrücklich die gesundheitlichen Gefahren durch belastetes Raumklima beschreiben. Die vorliegenden Studien und Analysen geben mehr als deutliche Hinweise, dass Handlungsbedarf besteht.

**„Ohne Gesundheit – verstanden im umfassenden und ganzheitlichen Sinne – ist gute Schulqualität nicht denkbar. Gesundheitsförderung wiederum ist eines unserer stärksten Instrumente, diese ‚gesunde‘ Schulqualität herzustellen“.**

Vera Reiß, ehemalige Bildungsministerin, Vortrag am 1. Rheinland-Pfälzischen Tag der Schulgesundheit am 16.1.2016 in Mainz

### Zentrale VRB-Forderung: Verpflichtende Einführung eines Schulgebäudepasses

Die Auswirkungen eines Schulgebäudes auf die Schulqualität und damit auf die Gesundheit werden von den verantwortlichen Politikern viel zu wenig

RAUMKLIMA

**„Wer jemals ein Aquarium hatte, weiß: Die Gesundheit der Fische hängt entscheidend von der Qualität des Wassers ab. Was leicht einzusehen, vielen Menschen aber nicht bewusst ist: Für uns hat die umgebende Luft eine ähnlich große Bedeutung – schlechte Luft macht krank.“**

Michael Hartwig, Architekt: Zu viel CO<sub>2</sub> – Dicke Luft in deutschen Klassenzimmern: a. a. O.

**RAUM  
KLIMA**

beachtet. Dabei gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert Mahnungen, Schulräume nicht nur durch Klassengrößen, Schülerzahlen, Raumhöhen u.s.w. in den Schulbaurichtlinien zu definieren. Der italienische Erziehungswissenschaftler Loris Malaguzzi (1920–1994) hat durch seine Überzeugung, dass der Raum der dritte Pädagoge ist, die Bedeutung der Schulräume erheblich aufgewertet.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Maßnahmen propagiert und durchgeführt worden, die Schulqualität zu verbessern. Nicht nur Schulen in Rheinland-Pfalz wurden verpflichtet, die Schulqualitätsarbeit zu verstärken.

Leider sind die Einflüsse, die von den Schulräumen auf die Schulqualität ausgehen können, kaum wahrgenommen worden. Möglicherweise haben sich die Bildungspolitiker vor der Aufgabe gedrückt, die Diskussion um die Qualität der Schulräume zu führen, weil der Verantwortungsbereich in anderen Händen liegt.

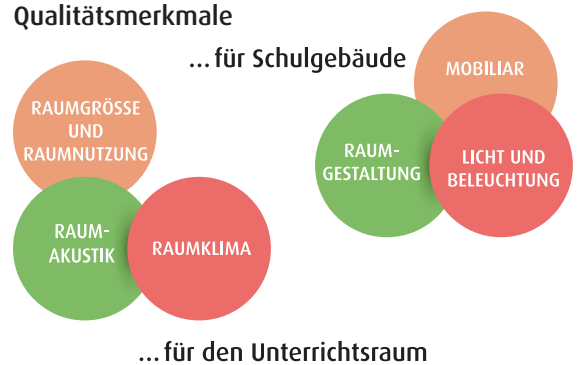
Aus unserer Sicht besteht Handlungsbedarf. Der Verband Reale Bildung fordert die verpflichtende Einführung eines Schulgebäudepasses. Der Gebäudepass darf sich nicht nur auf die Bauweise und General-

sanierungen erstrecken. Er muss umfassender angelegt sein. Er muss alle Faktoren, die die Qualität eines Schulgebäudes ausmachen, berücksichtigen.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen bereits im Jahr 2001 im „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ ein Muster für einen Gebäudepass bereitgestellt, der Orientierungshilfe bietet.



**Qualitätsmerkmale**



**Anmerkungen:**

- 1) Hellwig et. a.: Untersuchungen zum Raumklima und Fensterlüftung, a. a. O. Seite 3
- 2) a. a. O. Seite 41
- 3) a. a. O. Seite 12
- 4) Sedlbauer et. a. : Raumklima und Schülerleistung, Seite 5
- 5) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1358
- 6) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1359
- 7) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1360
- 8) Ehemalige Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg, a. a. O., Seite 1
- 9) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1364
- 10) Sedlbauer et. a. : Raumklima und Schülerleistung, Seite 9
- 11) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1368
- 12) Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumluft, Seite 1364
- 13) DGUV Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, a. a. O.

## „Und wir müssen deutlich mehr Geld in die Schulen investieren...“

SPD-Bundesvorsitzender Sigmar Gabriel im Interview mit Rhein-Zeitung am 3. Dezember 2016

### ZIMMERWETTER® : Energieagentur Rheinland-Pfalz setzt auf gutes Raumklima in rheinland-pfälzischen Schulen

Ab November 2016 bietet die Energieagentur Rheinland-Pfalz für Klassen der Stufen fünf und sechs die Unterrichtseinheit „Zimmerwetter“ an. Durch einfache Experimente im Klassenzimmer erfahren Schülerinnen und Schüler in zwei Doppelstunden, wie richtiges Lüften und Heizen funktioniert. Ein wichtiges Thema, denn das Raumklima und auch das „Zimmerwetter“ wirken sich auf das Wohlbefinden und die Gesundheit aus. Das Konzept ist pädagogisch erprobt und kommt aufgrund der erfolgreichen Umsetzung an Hamburger Schulen zugute.

Auf dem Programm der „Zimmerwetter“-Unterrichtsraumlufte, Luftfeuchtigkeit einheit stehen die Themen Raumlufte, Luftfeuchtigkeit und Temperatur, Schadstoffe im Zimmer sowie energiesparendes Lüften. Mit Messgeräten und Experimenten machen sich die Schülerinnen und Schüler auf die Suche nach dem „Zimmerwetter“. Interessierte Schulen können eine Unterrichtseinheit während der Heizperiode ab November 2016 an bis März 2017 bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz buchen. Für Schulen entstehen für die zwei Doppelstunden und einen Nachbesprechungstermin Kosten von insgesamt 40,00 Euro inklusive der Lernmaterialien und der Ausleihe einer Lüftungssampel. Eine Ermäßigung ist auf Anfrage möglich.

Kontakt bei Interesse: [zimmerwetter@energieagentur.rlp.de](mailto:zimmerwetter@energieagentur.rlp.de).



RAUMKLIMA



#### Quellen:

Umweltbundesamt Innenraumlufthygiene-Kommission des Umweltbundesamtes (Hrsg.): Leitfaden für Innenraumhygiene in Schulgebäuden. Berlin 2008

Fraunhofer Institut Bauphysik (Hrsg.): Raumklima und Schülerleistung (WWW PDF-Datei).

URL: [www.dbu.de/lab/DBU-Abschlussbericht-AZ-23991-Band%202.pdf](http://www.dbu.de/lab/DBU-Abschlussbericht-AZ-23991-Band%202.pdf) (Zugriff: 2.11.2016)

Hellwig, Runa; Anstetter, Florian; Holm, Andreas; Sedlbaur, Klaus: Untersuchungen zum Raumklima und zur Fensterlüftung in Schulen. In: Bauphysik 31 (2009), Heft 2

Umweltbundesamt: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumlufte. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz. Monatszeitschrift des Umweltbundesamt Nr. 11. 2008

Niedersächsisches Landesgesundheitsamt (Hrsg.): Information: Gesundheitliche Bewertung von Kohlendioxid in der Innenraumlufte; Kurzfassung der Veröffentlichung im Bundesgesundheitsblatt 2008 · 51 (WWW PDF-Datei, Stand: März 2009). URL: [www.nlga.niedersachsen.de/](http://www.nlga.niedersachsen.de/) (Zugriff: 2.11.2016)

Gesundheitsamt Bremen Abteilung Gesundheit & Umwelt (Hrsg.): Kohlendioxid-Konzentrationen in ausgewählten Bremer Schulen. Bremen 2009

Ehemalige Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz Fachabteilung Gesundheit und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Lüften von Klassenzimmern (WWW PDF-Datei, Stand: November 2008). URL: [www.hamburg.de/contentblob/1016502/data/lueften-von-klassenraeumen.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/1016502/data/lueften-von-klassenraeumen.pdf) (Zugriff: 3.11.2016)

Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Sichere Schule Gesundheits- & lernförderndes Klassenzimmer (WWW PDF-Datei, Stand: März 2014).

URL: [www.sichere-schule.de/klassenraum/\\_docs/gesundheits\\_lernfoerderndes\\_klassenzimmer.pdf](http://www.sichere-schule.de/klassenraum/_docs/gesundheits_lernfoerderndes_klassenzimmer.pdf) (Zugriff: 3.11.2016)

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV): Sichere Schule (Internetseite). URL: [www.sichere-schule.de/treppenhaus/treppenraum/fenster/01\\_02.htm](http://www.sichere-schule.de/treppenhaus/treppenraum/fenster/01_02.htm) (Zugriff: 11.11.2016)

EnergieAgentur. NRW: Fensterlüftung (Internetinformation). URL: [www.energieagentur.nrw/gebaeude/lueftung/fensterlueftung](http://www.energieagentur.nrw/gebaeude/lueftung/fensterlueftung)

Hartwig, Michael: Zu viel CO2 Dicke Luft in Klassenzimmern (Spiegel online, Stand: 20.10.2010). URL: [www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/zu-viel-co2-dicke-luft-in-deutschen-klassenzimmern-a-724364.html](http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/zu-viel-co2-dicke-luft-in-deutschen-klassenzimmern-a-724364.html)

Reiß, Vera: Eröffnungsrede beim 1. Rheinland-Pfälzischen Tag der Schulgesundheit „Sichere, gesunde Schule“ (WWW PDF-Datei): URL: [www.unimedizin-mainz.de/typo3temp/secure\\_downloads/16088/0/69398b8770bbebb094ff012510d8c7ca681e74de/Begrueßung\\_Tag\\_der\\_Schulgesundheits\\_MinVR.pdf](http://www.unimedizin-mainz.de/typo3temp/secure_downloads/16088/0/69398b8770bbebb094ff012510d8c7ca681e74de/Begrueßung_Tag_der_Schulgesundheits_MinVR.pdf) (Zugriff: 02.11.2016)



► WISSEN FÜR KIDS  
Erklär's mir: Realschule



Fotos: www.foto1a.de

Zunehmend versuchen die Zeitungen Kindern und Jugendlichen komplizierte Beiträge mit komplexen Sachverhalten in einfacher Sprache verständlich zu machen. So hat die Badische Zeitung vom 23.11.16 einen Artikel über die Realschulen in Baden-Württemberg für ihre jungen Leser wie folgt ergänzt:

**Erklär's mir: Woher hat die Realschule ihren Namen?**

Am Anfang gehen wir alle in die Grundschule. Dort lernen wir die Grundlagen fürs weitere Leben – Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch das Lernen selbst. Nach vier Jahren müssen wir uns entscheiden: Wollen wir in die Hauptschule? Die heißt so, weil früher die meisten Kinder sie besuchten – was heute nicht mehr stimmt. Oder aufs Gymnasium? Dort geht es nicht

um Vorbereitung auf den Beruf oder um Technik oder Wirtschaft, sondern um die persönliche, die höhere Bildung – so steht es zumindest in den Büchern. Für die eher praktische Bildung, die mit der Wirklichkeit, dem Realen, zu tun haben, steht die Realschule. Man nannte sie auch Mittelschule, weil sie nicht zum Abitur, der „höheren Reife“, in der zwölften Klasse führt, sondern zur Mittleren Reife in der zehnten Klasse. Heute haben sich die Unterschiede verwischt: Es gibt auch technische und wirtschaftliche Gymnasien, und nach der Mittleren Reife kann man immer noch das Abitur machen. Dennoch besteht die Dreiteilung der Schulen nach der Grundschule fort. Dahinter steht der Gedanke, dass man Schülerinnen und Schüler nach ihren Leistungen in mindestens drei Stufen einteilen kann.



► VRB IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN DR. STEFANIE HUBIG:

## „Bildung muss Wertschätzung auch in der personellen und sächlichen Ausstattung erfahren.“

**VRB-Vorstandsmitglieder sprachen mit Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig über die Stärkung der Realschule plus und die gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Lehrkräfte an den Realschulen plus wie auch an den Integrierten Gesamtschulen im Schulalltag ausgesetzt sehen.**

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler hob zu Beginn des Gesprächs hervor, dass der VRB im Prozess der Schulstrukturreform die Entwicklung der Realschule plus stets kritisch-konstruktiv begleitet habe und auch weiterhin die Stärkung der Realschule plus einfordere.

Der VRB erwarte, dass die Realschule plus mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Informationskampagne eine zusätzliche Wertschätzung erfahren werde. „Wir haben dasselbe Ziel: ein gut funktionierendes System, das eine gute und qualifizierte Schulbildung vermittelt“, bestärkte Ministerin Dr. Hubig ihre Vorhaben rund um die Informationskampagne.

**Wahlpflichtfächer: Alleinstellungsmerkmal Realschule plus**

Herbert Petri, im Ministerium zuständig für die Realschule plus, stellte ergänzend die Bedeutung der Wahlpflichtfächer heraus und zeigte auf, dass sich die Realschule plus hier deutlich von anderen Schularten unterscheidet und ein Alleinstellungsmerkmal aufweise: „Die Wahlpflichtfächer gehören zur Profilbildung einer Schule, und das muss für die Eltern erkennbar und nachvollziehbar sein.“

Die VRB-Vertreter beschrieben die Herausforderungen, denen sich insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen plus in den vergangenen Jahren ausgesetzt sahen. Beispiel-



Die VRB-Vorstandsmitglieder wiesen im Gespräch nachdrücklich darauf hin, dass aufgrund der zunehmenden Belastungen die Lehrkräfte an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen mehr Wertschätzung und Unterstützung von der Landesregierung erwarten.

haft genannt wurden die Strukturreform, Migration, Integration und Inklusion. Dazu käme in jüngster Zeit die sogenannte Potenzialanalyse. Zunehmend beanspruchten die Belastungen auch die ungebundene Arbeitszeit. „Wir benötigen insgesamt eine höhere personelle Ausstattung in den Schulen!“, betonte der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich. „Lehrkräfte und Schulleitungen bedürfen zudem der Unterstützung.“ Den Belastungen möchte die Landesregierung entgegenwirken, indem sie mehr in die Schulsozialarbeit investiert und damit einer langjährigen Forderung des VRB nachkommt.

#### FOS-Schülerzahlen einbeziehen

Timo Lichtenthäler begrüßte, dass Realschulen plus ab einer Schülerzahl von 540 eine weitere Funktionsstelle, die eines

Didaktischen Koordinators bekommen werden. Das schaffe Aufstiegschancen und entlaste die Schulleitungen. Kritisiert wurde das Ausklammern der FOS-Schülerzahlen in der Berechnung. Das sei nicht nachvollziehbar, denn die Leitung der FOS gehöre zur Aufgabe des Schulleiters. „Hier ist eine Ungleichbehandlung der Realschulen plus erkennbar!“, führte Timo Lichtenthäler an. „Wir befürchten, dies werde als Signal wahrgenommen, dass es der FOS an Unterstützung fehle.“ Dem entgegnete die Ministerin, dass sie der FOS durchaus Wertschätzung entgegenbringe. Bezüglich der Weiterentwicklung dieser Schulart stehe sie in internen Beratungen.

Text: Christoph Krier

Fotos: Benjamin Bajraktari, Martin Radigk



Mitglieder des VRB-Landesvorstandes trafen sich mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig zu einem schulpolitischen Gespräch. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (4.v.re) forderte die Stärkung der Realschule plus und mehr Unterstützung durch die Landesregierung angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Lehrkräfte im Schulalltag ausgesetzt sehen. Für das Ministerium verwies Ministerin Dr. Stefanie Hubig (5.v.re), Abteilungsleiterin Eva Caron-Petry (3.v.li) und Herbert Petri, der Referent für Realschulen plus (4.v.li), auf das gemeinsame Ziel, ein gut funktionierendes System zu gestalten, das eine gute und qualifizierte Schulbildung vermittelt.

► VRB IM GESPRÄCH MIT DER FDP-LANDTAGSFRAKTION:

## Mutige und weitreichende Regelungen sind gefragt



VRB im Gespräch mit Helga Lerch, der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Von links: Timo Lichtenthäler, Heidi Becker, MdL Helga Lerch, Christoph Krier und Wolfgang Wünschel (hinter der Kamera)

**Zu einem ersten Austausch trafen VRB-Vorstandsmitglieder in Mainz mit der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Themen Stärkung der Realschule plus, Integration und Inklusion sowie Lehrerversorgung. Darüber hinaus wurde das Thema Bildung in unserer digitalisierten Welt in den Fokus genommen. In vielen Punkten war man sich in den Zielsetzungen einig.**

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler ging auf den Koalitionsvertrag ein, in dem an exponierter Stelle Bildungsinvestitionen und die Stärkung der Realschule plus als Ziel aufgeführt sind. Es reiche aber nicht aus, die Realschule plus als wichtige Säule des Bildungssystems zu sehen, die ihren Anteil an der künftigen Fachkräftesicherung leisten solle. In der Einschätzung, dass es einer aktiven Unterstützung u.a. bei der Ressourcenzuweisung bedürfe, war man sich einig.

### Informationskampagne ist wichtig

Die VRB-Vertreter begrüßten die Ankündigung einer Informationskampagne und die geplante Ergänzung der Funktionsstellen um einen didaktischen Koordinator. Helga Lerch maß der geplanten Informationskampagne große Bedeutung zu und umriss ihr Konzept. Die Kampagne sei als Netzwerk mit allen Bildungspartnern anzulegen. Einen Ansatzpunkt sieht man in der Einbeziehung der Grundschulen. In Verbindung damit stellt sich auch die Frage nach einer Harmonisierung der Anmeldetermine für Klassenstufe fünf. Christoph Krier sah hinsichtlich einer Stärkung der Dualen Ausbildung auch die Einbeziehung von Handwerk und Industrie als notwendig an.

Helga Lerch hob die großen Entwicklungsleistungen der Realschule plus hervor und versicherte, dass es im bildungspolitischen Raum um Konsolidierung gehe. Vereinzelt Forderungen nach schulstrukturellen Veränderungen erteilte sie eine Absage. Heidi Becker betonte, dass es darum gehe, dass die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus die für sie passenden Abschlüsse erreichen. Dazu braucht es auch Förderkonzepte für leistungs-

starke Schülerinnen und Schüler, die nach der Mittleren Reife entweder das Fachabitur oder das Abitur anstreben.

### Integration und Inklusion kann die Realschule plus nicht alleine schultern

Beim Thema Inklusion ist für den VRB entscheidend, dass jedem Kind ein individueller Weg ermöglicht wird. Dazu gehört auch die Wahl einer Förderschule. Die VRB-Vertreter sprachen sich energisch für den Erhalt der Förderschulexpertise aus. Jedes Kind hat spezielle Bedürfnisse und diesen gilt es mit der entsprechenden Fachausbildung gerecht zu werden. Zudem nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler zu, die im sozial-emotionalen Bereich einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen.



Die Gesprächspartner vereinbarten, den konstruktiv-kritischen Austausch kontinuierlich fortzusetzen. Beim nächsten Treffen wird es u.a. um den vor der Verabschiedung stehenden Haushalt gehen.

Hier bedarf es dringend der Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, um sowohl den betroffenen Schülern als auch den Lehrerinnen und Lehrern eine Hilfestellung zu geben. „Wir brauchen wirksame Konzepte mit nachhaltigen Programmen“, so Lerch. Mit Blick auf die UN-Behindertenkonvention stellte Lichtenthäler heraus, dass die Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, bei der im Schulbereich alle Schularten gleichermaßen ihren Beitrag zu leisten hätten.

#### Kernforderungen zur Einstellungspolitik

Mit Blick auf die Anfang Dezember vom Bildungsministerium ergebniszufrieden präsentierte Unterrichtsstatisik hinterfragte Wolfgang Wünschel das Zahlenwerk. „Bestandserhebungen am Schuljahresanfang, die Faktoren wie Erkrankungen, Klassenfahrten, Wandertage sowie Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nicht in Betracht ziehen, vernebeln den tatsächlichen Unterrichtsausfall.“ Helga Lerch rückte die Ziele der Landesregierung in den Mittelpunkt, konsequent auf eine 100 %-Versorgung hinarbeiten. Sie zeigte Verständnis für die VRB-Forderung nach einer schulinternen Lehrerversorgung inklusive Vertretungsreserve von 100 + 5 Prozent. Mit Blick auf die Einstellungspolitik fasste Timo Lichtenthäler die VRB-Kernziele in drei Punkten

zusammen. Vertretungslehrkräfte sind rasch in feste Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. An den Schulen ist eine geeignete Vertretungsreserve zu installieren. Zur Abfederung der schulischen Belastungen ist die sog. Drittelpauschale auf eine „Vollpauschale“ aufzustocken.

#### Digitale Strukturen sind noch kein Bildungsinstrument

Heidi Becker zeigte abschließend für den VRB die Bedeutung der realen Bildung in unserer digitalen Welt auf. Die bisherige Ausstattung reiche bei den meisten Schulen nicht aus. Sie dürfe auch nicht abhängig sein von der Finanzkraft der Schulträger. Wenn Hardware funktionieren soll, dann braucht es weitreichende und mutige Regelungen. Helga Lerch sieht hier ein facettenreiches und herausforderndes Thema: „Digitale Strukturen sind noch kein Bildungsinstrument. Technik muss dienen und darf nicht Selbstzweck sein.“ Sie sieht bei der Landesregierung die Bereitschaft, den Bildungsprozess wirkungsvoll anzutreiben. Das zeige sich u.a. darin, dass der Ministerrat die Richtlinienkompetenz für Digitalisierungsanliegen an sich gezogen habe.

Text: Heidi Becker und Christoph Krier

Fotos: Wü

#### ► VRB IM GESPRÄCH MIT DER CDU-LANDTAGSFRAKTION:

## Gleichbehandlung statt Gleichschaltung der Schularten



Welchen Platz hat die Realschule plus in der Bildungspolitik der rheinland-pfälzischen CDU?

Foto: VRB

**Ende November trafen sich zum ersten Mal die neu gewählten CDU-Landtagsabgeordneten, die dem CDU-Arbeitskreis Bildung angehören, und der neu gewählte VRB-Landesvorstand zu einem konstruktiv-kritischen Dialog.**

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler hatte mit der bildungspolitischen Sprecherin der CDU, MdL Anke Beilstein, u.a. die Themen „Stärkung der Realschule plus“, die Entwicklungen im Bildungsbereich nach den Landtagswahlen, digitale Bildung, die Unterrichtsversorgung respektive die Situation von Vertretungslehrkräften sowie den anstehenden Doppelhaushalt als Gesprächseckpunkte vereinbart. Die Vertreter des VRB machten

deutlich, dass noch immer ein christdemokratisches Bildungskonzept fehle, bei dem die Realschule plus eine zentrale Rolle spiele. Zu Beginn des Gesprächs hebt Timo Lichtenthäler die besondere Stellung der Realschule plus im Koalitionsvertrag der rot-gelb-grünen Landesregierung hervor, deren Bedeutung für die rheinland-pfälzische Bildungslandschaft nun auch durch eine Informationskampagne noch einmal herausgestellt wird. Dessen

ungeachtet, so Lichtenthäler, beobachtet der VRB jetzt sehr genau und kritisch, inwiefern sich diese Akzentuierung und Wertschätzung auch im Schulalltag der Realschule plus niederschlägt. Nach wie vor muss vor allem die Realschule Plus im Sekundarbereich I gesellschaftliche Herausforderungen wie die Umsetzung von Inklusion und die Bewältigung von Migration stemmen. Ohne zusätzliche Investitionen in Personal, Sachausstattung (z.B. digitale Technik) und in den Schulbau wird die Landesregierung ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, die Realschule plus als attraktive Alternative zum Gymnasium zu stärken.

### Profilstunden nicht zweckentfremden

Zustimmung erfolgt aus den Reihen der CDU-Vertreterinnen und Vertreter, dass gerade die Realschulen plus mehr Ressourcen zur Bewältigung der Heterogenität und zur Bewältigung von Inklusion und Migration benötigen. Es müssen gute personelle Voraussetzungen geschaffen werden. Im Zusammenhang mit der Migration verweist Anke Beilstein auf die CDU-Forderung, Willkommensklassen zu ermöglichen. Jede Schule sollte es selbst in der Hand haben, so die bildungspolitische Sprecherin, wie die Integration und sprachliche Förderung junger Zuwanderinnen und Zuwanderer organisiert werden kann. Überdies dürften die Poolstunden, welche die Realschule plus zur Entwicklung ihres Schulprofils erhält, nicht für die Integration und Förderung von Flüchtlingskindern zweckentfremdet werden. Integration und Förderung dürften nicht zu Lasten eines attraktiven Gesamtangebots der Realschule plus erfolgen, fordert der stellvertretende VRB-Landesvorsitzende Erwin Schneider. Kleinere Klassen ab der Jahrgangsstufe 7, so Schneider weiter, sind auch Grundvoraussetzung für eine wirkungsvolle Förderung insgesamt.

### Welchen Platz hat die Realschule plus im CDU-Bildungskonzept?

Die CDU äußert die Befürchtung, die Stärkung der Realschule plus sei zunächst nur ein Versprechen im Koalitionsvertrag und es bestünde Anlass zur Sorge, dass die Informationskampagne zu klein gerate und darum verpuffe. Schließlich würde ja parallel auch die Schließung weiterer Realschulen plus diskutiert, bei denen die Schülerzahlen stark zurückgegangen seien. Die Vertreter des VRB teilen die Sorgen der CDU-Landtagsabgeordneten und beobachten die weiteren Entwicklungen kritisch und wachsam. Allerdings monieren die VRB-Vertreter auch die Unklarheit, wofür christdemokratische Bildung heute stehe und welchen Platz die Realschule plus in der Bildungspolitik der CDU hat. In den ersten Veröffentlichungen nach den Wahlen finde die Realschule plus keine Erwähnung. Der stellvertretende VRB-Landesvorsitzende Michael Eich merkte an, die CDU in Rheinland-Pfalz habe noch die Aufgabe vor sich, aus ihrem Werteverständnis heraus ihre Vorstellungen von Schule, Bildung und Erziehung umfassend und ganzheitlich zu umschreiben und zu erklären. Es fehle bislang ein christdemokratisches Bildungskonzept, bei dem die Realschule plus ein wesentlicher Faktor ist.



Gesprächsteilnehmer von links nach rechts: Erwin Schneider, MdL Guido Ernst, MdL Anke Beilstein (bildungspolitische Sprecherin), Timo Lichtenthäler, Martin Radigk, MdL Marion Schneid, Wolfgang Seebach, Michael Eich

Foto: Gereon Geissler (CDU)

### Keine Gleichschaltung der Schularten

Für die CDU ist wichtig, eine Gleichschaltung der Schularten zu verhindern. Nicht jedes Kind müsse Abitur machen, das verdeutliche schon die hohe durchschnittliche Quote der Studienabbrecher, betont Anke Beilstein. Es entspräche dem christdemokratischen Leitbild, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlich seien und es deshalb auch verschiedene schulische Wege respektive Schularten geben müsse. Das Gymnasium habe als Aufgabe, die Studierfähigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen zu sichern. Die Unterschiedlichkeit der Schulartenprofile müsste wieder deutlicher herausgearbeitet werden. „Und dabei ist es wichtig“, entgegnet Timo Lichtenthäler, „dass alle Schularten gleichbehandelt werden, und zwar bezüglich der Anmeldetermine, der personellen und sächlichen Ressourcen, der Anzahl an Funktionsstellen und Anrechnungstunden für besondere Aufgaben, bis hin zu den Investitionen in Schulgebäude-Infrastruktur.“

### Perspektiven für Vertretungslehrkräfte

Erwin Schneider erläutert der Gesprächsrunde, dass Realschullehrkräfte teilweise bereits seit zehn Jahren mit befristeten Vertretungsverträgen in Grundschulen eingesetzt sind, und das ohne Perspektive auf Festeinstellung. Zu Beginn des Schuljahres waren keine Lehrkräfte mit den Lehrkräften Realschule und Realschule plus für die Realschulen plus mehr verfügbar. Michael Eich hebt hervor, dass es nach dem Statistik-Stichtag gerade in den Herbst- und Wintermonaten zu vielen Krankheitsausfällen komme. Dies könnte durch eine Vertretungsreserve von 100 % plus X kompensiert werden. Außerdem müsse für besondere schulische Aufgaben (z.B. für Klassenleitungen, in deren Klassen Inklusions- oder Migrantenkinder unterrichtet werden) die derzeitige Drittelpauschale in eine Vollpauschale umgewandelt werden. Die dadurch gewonnenen Kapazitäten eröffneten Perspektiven zur Einstellung zusätzlicher junger Lehrkräfte, die an den Realschulen plus und an den integrierten Gesamtschulen benötigt würden.

Text: Michael Eich



## ► VRB-STELLUNGNAHME:

# Neuaufgabe Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS)



Das Bildungsministerium hat die vierte Auflage des Orientierungsrahmens im Entwurf vorgelegt. Der Verband Reale Bildung begrüßt in seiner Stellungnahme, dass die Neuaufgabe nun auch Leistungsfeststellungen, schulische Unterstützungsstrukturen sowie Fachlichkeit berücksichtigt. Es gibt daneben auch gravierende Kritikpunkte. Hier ein Auszug aus der Stellungnahme:

Der Fachlichkeit im Bereich des Unterrichts mehr Raum zu geben, behebt ein Defizit der alten Auflage und bildet unser Verständnis von Realer Bildung ab. Wenn bei der systematischen Qualitätsentwicklung an rheinland-pfälzischen Schulen im Zentrum der Unterricht bzw. die Unterrichtsqualität stehen soll, dann kann dessen Fachlichkeit nicht unberücksichtigt bzw. ausgeklammert bleiben. Ein qualitativ hochwertiger Unterricht ist immer auch ein fachlich anspruchsvoller Unterricht.

## Zieht sich Landesregierung aus der Qualitäts-Verantwortung zurück?

Auf der anderen Seite kritisiert der VRB, dass bei den „Rahmenbedingungen“ die Verantwortlichkeit einseitig bei den Schulen angesiedelt wird. Der Einfluss der Landesregierung, der Schulaufsicht oder des Schulträgers wird nicht mehr genannt. Es ist darüber hinaus aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass die „Zufriedenheit der Beteiligten“ ausgespart wurde. Die missverständliche, unklare und zum Teil einengende Verwendung der Begrifflichkeiten „Individuelle Förderung“, „Differenzierung und „diagnostische Verfahren“ bilden weitere Kritikpunkte.

Im Bereich Schulleitung und Schulmanagement nehmen wir zur Kenntnis, dass die anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgaben der Schulleitungsteams im ORS weiterhin einen hohen Stellenwert besitzen. Gleichzeitig regen wir die Aufnahme einer weiteren Dimension an, die den Titel „Schulaufsicht“ tragen sollte. Qualitätsarbeit gelingt nur im Dialog zwischen der Schulleitung und der Schulaufsicht.

## VRB fordert Investitionen für Multiprofessionalität

Dass das pädagogische Personal mit der gebotenen Professionalität im Schulalltag agiert, ist nach unserem Verständnis selbstverständlich. Vielmehr erheben wir die Forderung, dass zur Sicherstellung einer nachhaltigen Arbeit der multiprofessionellen Teams erhebliche Investitionen der Landesregierung notwendig sind.

Elternkooperation und -beratung gehören im Bereich der Schulkultur zu den wichtigsten Bestand-

teilen schulischer Partizipation. Bedingt durch den Zuzug vieler Familien aus dem Ausland und die damit verbundenen Sprachbarrieren wird die Kommunikation zeitweise sehr erschwert. Der ORS fordert für Eltern, die über geringe deutsche Sprachkenntnisse verfügen, eine rechtzeitige und verständliche Informationsweitergabe. Ohne entsprechende Unterstützungsmaßnahmen seitens des Ministeriums bzw. der Schulträger, beispielsweise durch das Bereitstellen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, muss man sich fragen, wie die Forderung vor Ort adäquat geleistet werden soll.

**Fazit:** Die Neuaufgabe des ORS bietet gute Ansätze, die dem Anspruch einer Realen Bildung Rechnung tragen. Es fehlen aus unserer Sicht aber weiterhin konkrete Unterstützungsmaßnahmen und eine mehrdimensionale Sichtweise auf die einzelnen Qualitätsbereiche.



*Lesen Sie unsere vollständige Stellungnahme auf unserer Homepage.*



**Timo Lichtenthaler**  
timo.lichtenthaler@  
vrb-rlp.de


 NEUE  
RUBRIK



# 俳句

## Haiku

„Aufgespießt“ – Einstieg in eine neue Rubrik von Dr. Peter Bung

### E-Book

Im Regal  
Gutenbergs Kinder  
bald wertlos?

So wie eine Karikatur dem Betrachter gesellschaftliche Erscheinungen schlagartig und drastisch verdeutlicht, lassen sich mit dem Haiku solche Phänomene in verdichteter sprachlicher Kürze „aufspießen“.

Dr. Peter Bung wird künftig mit seinen Haikus schul- und bildungspolitische Erscheinungen und Entwicklungen „aufspießen“.

Das Haiku (jap. 俳句; Plural: Haiku, auch: Haikus) ist eine traditionelle aphoristische japanische Versform, die weltweit verbreitet ist. Das Haiku gilt als die kürzeste Gedichtform der Welt.

Zum Einstieg machen wir anhand dreier Beispiele aus Dr. Bungs Etüden-Fundus mit den formalen Merkmalen vertraut.

Das Haiku besteht aus drei Zeilen mit jeweils fünf, sieben und wieder fünf Silben.

**Die Silben schwingen (5)**

**Im Rhythmus der Primzahlen (7)**

**Im Haikukorsett (5)**

Möglich sind auch Varianten mit drei, fünf und drei Silben

**Schnitt zum Kern (3)**

**mit dem Wortskalpell (5)**

**dem Haiku (3)**

oder noch kürzere mit zwei, drei und zwei Silben

**Silbig (2)**

**erschließt sich (3)**

**die Welt (2)**



## ► SAARLAND ZIEHT NACH VDR wird zu VRB

Mit großer Mehrheit wählten die Mitglieder des VDR Saar in ihrer Versammlung am 2.11.2016 in Heusweiler Karen Claassen als Vorsitzende des VRB, vormals VDR. Inge Röckelein hat nach rund 9 Jahren nicht mehr für das Amt kandidiert. Karsten Vitz wurde als Stellvertreter wieder gewählt. Kati Steinecke kam als neue Stellvertreterin hinzu.(...)

Außerdem wurde 60 Jahre nach Gründung des Verbandes eine Namensänderung beschlossen. Die Mitglieder des Landesverbands Deutscher Realschullehrer (VDR) haben ihrem Verband den Namen Reale Bildung (VRB) gegeben. Mit der Namensänderung ist eine Weiterentwicklung der Ver-

## ► BLICK NACH NORDRHEIN-WESTFALEN Inklusion und Integration nicht zum Spartarif zu haben

Brigitte Balbach, die seit 2008 an der Spitze von lehrer nrw steht, wurde in Mühlheim für vier weitere Jahre zur Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Lehrerverbandes gewählt.

Balbach forderte in den Bereichen Inklusion und Integration ein schlüssiges Gesamtkonzept und mehr Ressourcen ein. Dazu gehören zum Beispiel multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen und Integrationshelfern, fundierte Fortbildungen sowie eine durchgängige Doppelbesetzung aus Fachlehrer und Sonderpädagoge in inklusiv arbeitenden Klassen. Die Landesregierung NRW müsse endlich erkennen, dass Inklusion und Integration nicht zum Spartarif zu haben seien – und schon gar nicht auf Kosten der Gesundheit der Lehrkräfte.

Lehrer nrw ist wie der VRB Rheinland-Pfalz im VDR-Bundesverband organisiert.

*Wü/Quelle: PM lehrer nrw vom 18.11.2016*

## ► BLICK NACH BADEN-WÜRTTEMBERG Realschüler sind Fachkräfte der Zukunft

Der baden-württembergische Realschullehrerverband (RLV) hat eine neue Vorsitzende. Dr. Karin Broszat wurde beim letzten Landesrealschultag in Niefern gewählt. Der Überlinger Schulleiterin „liegt die Realschule am Herzen.“ Nur ungern erinnert sie sich an die ungemütliche Zeit, als die Realschule abgeschafft werden sollte. Die schweren Jahre seien zwar vorbei, doch die neue Landesregierung verwalte momentan nur den Status Quo, anstatt die Realschulen durch Korrekturen und Nachbesserungen deutlich zu entlasten und zu unterstützen.

bandsziele verbunden, die die Vertretung von Lehrkräften weiterer Lehrämter möglich macht. Damit reagiert man nach Auskunft der scheidenden und neuen Landesvorsitzenden Inge Röckelein und Karen Claassen auf die Wandlungen in der Gesellschaft und in der Bildungsstruktur des Landes: „Als stets an der Realität orientierter Verband und starke Lobby für Lehrkräfte und für ein differenziertes Schulsystem werden wir die gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen zukunftsorientiert begleiten und unsere Erfahrungen einbringen.“, sagten beide übereinstimmend.

*Ausriss Pressemitteilung VRB Saarland vom 4.11.2016*

## ► BLICK NACH ÖSTERREICH Schule ins 21. Jahrhundert bringen

Um die Schule ins 21. Jahrhundert zu bringen, müsse der Informatikunterricht aufgewertet werden, sagt der Bundesschulsprecher. „In der Schule werden wir nur auf dieselben Inhalte getrimmt: Fleiß, Gehorsam, Befehle ausführen, Fehler vermeiden, Auswendiglernen.“ Heutzutage müsste man aber auch Teamarbeit, Konfliktlösung und Medienkompetenz lernen.

*Ausriss: Bundesschulsprecher Harald Zierfuß in DER STANDARD. Österreichs unabhängige Tageszeitung vom 27.9.2016*

In der Nieferner Erklärung fordert der RLV unter der Überschrift „Realschüler sind Fachkräfte der Zukunft“ in einem Zehn-Punkte-Forderungskatalog starke Realschulen und eine hohe Qualität der Realschulbildung.

*Wü/Quelle: www.rlv-bw.de und Südkurier v. 28.10.16*



**Verband Reale Bildung**  
Landesverband Saarland e.V.



► LANDESWEITES PENSIONÄRSTREFFEN IN TRIER:

# Kultur, Informationen und geselliges Beisammensein bildeten den Rahmen

Zur viel beachteten Ausstellung im Trierer Landesmuseum NERO – KAISER, KÜNSTLER UND TYRANN hatten die drei VRB Bezirksverbände Neustadt a. d. Weinstraße, Koblenz und Trier die Pensionäre eingeladen. Annähernd 40 VRB-Mitglieder waren der Einladung gefolgt. Die Freude über das Wiedersehen war groß, denn viele Kolleginnen und Kollegen kennen sich aus der aktiven Zeit in Schule und Verbandsarbeit.

In einer interessanten Führung wurde anhand von mehr als 400 Exponaten die Entwicklung Neros vom hoffnungsvollen Thronanwärter bis zum verhassten Tyrannen erläutert. Die Exponate stammten aus 93 nationalen und internationalen Museen und Sammlungen. Moderne Videoinstallationen und Inszenierungen, z. B. die des Brandes von Rom, ergänzten die Ausstellung.

Birgitt Maczuck, ehemalige Bezirksvorsitzende von Trier, hatte für die Mittagspause in einem Lokal Plätze reserviert, wo die Teilnehmer die Gelegenheit zum regen Austausch nutzten.

Einige von ihnen nahmen danach noch die Gelegenheit wahr, die weiteren Ausstellungsorte im Museum am Dom und im Stadtmuseum Simeonstift zu besuchen. Andere unternahmten einen Stadtrundgang. Neuer Treffpunkt war das Café am Hauptmarkt, wo man bei Kaffee und Kuchen einen interessanten Tag mit vielen neuen Eindrücken und vielfältigen Erinnerungen ausklingen ließ.

## Pensionärstreffen auch künftig landesweit

Dieses Pensionärstreffen fand zum ersten Mal landesweit statt. Die Resonanz war positiv. Eine Neuauflage wurde angeregt. Gudrun Deck stellte bereits die nächsten Projekte und Termine vor.

## Wertvoll für die Verbandsarbeit

Wilfried Rausch, der im Landesvorstand das neu geschaffene Referat „Pensionäre“ übernommen hat, gab nach dem Ausstellungsbesuch mit Blick auf die Interessen und Anliegen der Pensionäre einen Überblick über die Verbandsarbeit. „Pensionäre“, so Wilfried Rausch, „werden in der Verbandsarbeit geschätzt“. Sie sind gerne gesehen bei den Veranstaltungen auf Landes- wie auch auf Bezirksebene. Engagiert und leidenschaftlich beteiligen sie sich bei Diskussionen, geben den Vorstandsmitgliedern wertvolle Hinweise und unterstützen den Landesverband bei Demonstrationen und Kundgebungen.

Das Vertrauen der Pensionäre, die beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst dem Verband die Treue halten, erfährt durch die Landesverbände und den Bundesverband besondere Wertschätzung. Die Pensionäre werden durch die einzelnen Bezirke vorbildlich betreut. Wilfried Rausch bedankte sich namentlich bei allen Referentinnen und Referenten der Bezirke. Einen besonderen Dank sprach er im Namen des Landesvorstands Birgitt

Maczuck und Hanns Peters aus, die im Bezirk Trier die Betreuung in neue Hände gegeben haben. Beide, so Wilfried Rausch, hätten mit großem Einsatz und Leidenschaft beispielgebend dieses Amt ausgeübt.

## Interessenvertretung für Pensionäre geschaffen

Verbandspolitisch gewinnt die Interessenvertretung der Pensionäre nach den Ausführungen von Wilfried Rausch nicht allein dadurch Gewicht, dass die Gruppe der Pensionäre wachse. Durch die steigende Zahl der Pensionäre gewinnt die soziale Absicherung an Bedeutung und wecke Begehrlichkeiten. Die Verbände sind gefordert, wachsam die Debatten zu verfolgen und darauf Einfluss zu nehmen. Der Bundesverband habe daher das Amt einer Bundesbeauftragten geschaffen, die mit den Landesbeauftragten die Verbandspolitik in der Interessenvertretung der Pensionäre abstimmen und koordinieren sollen. Auf Bundes- wie auch auf Landesebene werden sich die Beauftragten in den entsprechenden dbb-Gremien einbringen.

In der Verbandszeitschrift gibt es künftig einen Info-Punkt für Pensionäre (siehe nächste Seite oben).

Wilfried Rausch erklärte, dass die Pensionäre im Verband nach wie vor in der bewährten Form über die Bezirksvorstände betreut würden. Er bedankte sich bei Gudrun Deck, Klaus Hirsch und Horst Jurcyk, die im Bezirk Neustadt die Aufgabe seit Jahren ausübten, und bei Margit Lenarz, die im Bezirk Koblenz die Aufgabe wahrnahm, für ihr langjähriges Engagement, das auf große und dankbare Zustimmung stöße. Er informierte, dass im Bezirk Trier Christoph Krier und Erwin Schneider die Aufgabe der Pensionärsbetreuung neu übernommen hätten. Er dankte beiden, dass der personelle Wechsel im Bezirk Trier nahtlos vollzogen worden sei.

Fotos: Wünschel



Neu: Die Rubrik „Info-Punkt für Pensionäre“ trägt dieses Symbol und findet ab sofort ihren festen Platz in unserer Verbandszeitschrift.



Die drei VRB Bezirksverbände Neustadt, Koblenz und Trier hatten ihre Pensionäre zu einer Führung durch die viel beachtete Ausstellung NERO – KAISER, KÜNSTLER UND TYRANN ins Trierer Landesmuseum eingeladen. Das Interesse war groß. Die VRB-Pensionäre waren in mehreren Gruppen unterwegs.



„Pensionäre werden in der Verbandsarbeit geschätzt!“ Wilfried Rausch, der Landesbeauftragte für die Anliegen der Pensionäre, gab einen Überblick über die aktuellen VRB-Aktivitäten.



Einige der Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr, die weiteren Ausstellungsorte im Museum am Dom und im Stadtmuseum Simeonstift zu besuchen. Andere unternahmen einen Stadtrundgang.



Gudrun Deck stellte die nächsten Projekte (u.a. Besuch der Maya-Ausstellung in Speyer) vor und lud dazu ein.

► HERBSTSITZUNG VON DBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION:

## EntschlieÙung gegen Personalabbau



*dbb-Hauptvorstand in Bingen: Für den VRB nahm Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (8. v. re) teil. dbb-Vorsitzende Lilli Lenz (9. v. li) kritisierte die Stellenabbaupläne der Ampelkoalition. Deren Argumentation, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts nur und ausschließlich über die Personalausgaben erfolgen könne, werde nicht akzeptiert. Sie forderte auf, eine gründliche Aufgabenkritik und Personalbedarfsanalyse zu betreiben und diese transparent zu machen.*

Foto: Hestermann

**In den Herbstsitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des VRB-Dachverbandes dbb rheinland-pfalz wurde über die Arbeit der Landesleitung, der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz, der dbb jugend rheinland-pfalz, der dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz und dem dbb Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ berichtet.**

Vorstand und Hauptvorstand von dbb beamtenbund und tarifunion beschäftigten sich eingehend und kritisch mit den Stellenabbauplänen der rheinland-pfälzischen Ampel-Koalition. Dem öffentlichen Landesdienst wird ein Abbau von 2.000 Stellen verordnet, 600 davon bei den Ministerien und Mittelbehörden, die Hälfte daraus wiederum schematisch über die Einzelpläne des Landeshaushalts verteilt.

### Personalbedarfsanalyse fehlt

Der dbb rheinland-pfalz bekräftigt seine Ablehnung dieses Vorhabens, dem keine exakte und transparente Personalbedarfsanalyse zugrundeliegt.

Besonders kritisch bewerteten die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass von der Landesregierung in Bezug auf die Stellenreduzierung ständig das oft gehörte, aber vom dbb nicht akzeptierte Argument wiederholt wird, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts eben nur und ausschließlich über den höchsten Ausgabenposten, also die Personalausgaben erfolgen könne.

### Einstellungskorridore offenhalten

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Hauptvorstand einstimmig die EntschlieÙung „Gegen Personalabbau in der Landesverwaltung“ (Kasten). Darin wird von den Koalitionsparteien, der Landesregierung und den Landtagsfraktionen gefordert, gründliche Aufgabenkritik und Personalbedarfsanalyse zu betreiben und diese transparent

zu machen. Zur Gewährleistung eines „gesunden“ Altersdurchschnitts beim Personal sowie zur verantwortungsvollen Aufgabenerledigung müssen Einstellungskorridore unbedingt offengehalten werden. Der öffentliche Dienst muss für qualifizierten Nachwuchs attraktiv sein. Dies erfordern in besonderer Weise die Zwänge der Demografie.

### Tarifaufeinandersetzungen: Teilnahme an Warnstreikaktionen

Die Verhandlungsrunden über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind terminiert auf den 18. Januar 2017, den 30./31. Januar 2017 und den 16./17. Februar 2017.

Da mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2017/2018 im rheinland-pfälzischen Landtag für den März 2017 gerechnet wird, fällt die entscheidende Phase der absehbaren Tarifaufeinandersetzung in das zeitliche Vorfeld der für den Doppelhaushalt relevanten Plenarsitzung.

Falls von den Arbeitgebern in den ersten Verhandlungsrunden keine aus Sicht von dbb beamtenbund und tarifunion akzeptablen Angebote gemacht werden sollten, sind sowohl die tarifangehörigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes zu möglichen Warnstreikaktionen, als auch die Beamten und Versorgungsempfänger im Landes- und Kommunaldienst zu eventuellen Protestaktionen im Zusammenhang mit den Verhandlungsrunden aufgerufen.

### Aufruf zu Solidarität

Mit Blick auf die anstehenden Personalratswahlen und die zugehörigen Vorbereitungen rief Landesvorsitzende Lilli Lenz zur dbb-internen Solidarität und gegenseitigen Unterstützung auf, wenn zum Beispiel an einer Dienststelle mehrere dbb-Mitgliedsgewerkschaften zur Personalratswahl antreten.

Termin für die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz ist der 16. Mai 2017.



## Gegen Personalabbau in der Landesverwaltung – Entschließung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz vom 8. November 2016 (Auszug)

**Die rheinland-pfälzische „Ampel-Koalition“ hat dem öffentlichen Landesdienst einen Abbau von 2.000 Stellen verordnet, 600 davon bei den Ministerien und Mittelbehörden, die Hälfte daraus schematisch über die Einzelpläne des Landeshaushalts verteilt.**

Angesichts ständig zunehmender Aufgaben für den öffentlichen Dienst ist das für den dbb rheinland-pfalz der völlig falsche Weg. Mit immer weniger und im Durchschnitt älter werdendem Personal lässt sich die stetig mehr werdende Arbeit im öffentlichen Dienst nur noch schlecht und am Ende gar nicht mehr bewältigen (...)

Auch der im Koalitionsvertrag wegen des stark gestiegenen Lehrkräftebedarfs mit 270 zusätzlichen Stellen bedachte Schulsektor soll nun bluten und gleich wieder 310 Stellen einsparen. Wer über Stellenkürzungen in die Schulstruktur eingreift, verhindert Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. So torpediert die Ampel eigene politische Prestigeziele (...)

Der dbb rheinland-pfalz lehnt das Konzept zum Personalabbau in der Landesverwaltung (...) ab. Personalabbau ohne vorangegangene Aufgabenkritik ist der falsche Weg! Zur Gewährleistung eines gesunden Altersdurchschnitts beim Personal sowie zur verantwortungsvollen Aufgabenerledigung müssen Einstellungskorridore unbedingt offengehalten werden.

Ansonsten sehen wir in Zukunft schwarz für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz. Der öffentliche Dienst muss für qualifizierten Nachwuchs attraktiv sein.

Wir fordern die Koalitionsparteien, die Landesregierung und die Landtagsfraktionen auf, gründliche Aufgabenkritik und Personalbedarfsanalyse zu betreiben und diese transparent zu machen. Technokratisch gesetzter Personalabbau gefährdet die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes (...)

## dbb befürwortet schärfere Strafen für Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst

**Der Entwurf des Strafrechtsänderungsgesetzes eines Bundeslandes im Dezember 2016 sieht eine höhere Strafzumessung für Angriffe auf Menschen vor, die für das Gemeinwohl tätig sind.**

Die Gewalt reicht von der verbalen Attacke bis zum tätlichen Angriff und ist zum Alltagsphänomen geworden, von dem viele Beschäftigte betroffen sind: Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Rettungskräfte der Feuerwehr und der Sanitätsdienste, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, im Justiz- oder im Sozialen Dienst berichten von schockierenden Erfahrungen. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt stellt in der öffentlichen Diskussion immer wieder heraus: „Wer im öffentlichen Dienst arbeitet, ist im Einsatz für das Gemeinwohl. Jede Respektlosigkeit, jeder Übergriff ist deshalb zugleich ein Angriff auf unser friedliches Zusammenleben. Es geht um Straftaten, die nicht hinnehmbar sind. Dienstherrn und Arbeitgeber stehen in der Pflicht, ihre Beschäftigten besser davor zu schützen“.

Quelle: [www.dbb.de/teaserdetail/artikel/dbb-befuerwortet-schaerfere-strafen-fuer-angriffe-auf-beschaefigte-im-oeffentlichen-dienst.html](http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/dbb-befuerwortet-schaerfere-strafen-fuer-angriffe-auf-beschaefigte-im-oeffentlichen-dienst.html)

► HARRY WUNSCHEL NEUER VORSITZENDER DES BERUFSSCHULLEHRERVERBANDES VLBS:



Am Rande der Herbsttagung des dbb-Vorstands in Bingen traf RBiRP den neu gewählten Vorsitzenden des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs), Harry Wunschel. Das Gespräch führte Wolfgang Wünschel.

**RBiRP: Welche Ziele haben Sie sich gesetzt?**

*Harry Wunschel:* Verbandspolitisch betonen wir eine Kontinuität mit einer wichtigen Prise Weiterentwicklung. Bildungspolitisch steht die berufliche Bildung im Mittelpunkt. Innerhalb der Verbandsarbeit wollen wir die Repräsentanz weiblicher Lehrkräfte noch weiter stärken.

**RBiRP: Wie nutzen Sie die Erfahrungen Ihres Ehrenvorsitzenden?**

*Harry Wunschel:* Herr Brenken steht dem neuen Vorstand jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Es besteht ein völlig unkompliziertes Miteinander, das auf Unterstützung angelegt ist.

**RBiRP: Werden Sie die gute Kooperation zwischen unseren Verbänden fortführen?**

*Harry Wunschel:* Ich kann mir gut vorstellen, dass wir bei gemeinsamen Themen zusammen auftreten. Wenn man sich gemeinsam zeigt, hat man auch größere Chancen wahrgenommen zu werden. Auch innerhalb des dbb (deutscher beamtenbund – tarifunion) sehe ich einen guten Ansatzpunkt, gemeinsam Ziele wirkungsvoll zu vertreten, zum Beispiel, wenn es um die Interessen der Tarifbeschäftigten geht.

**RBiRP: Warum sehen Sie den VRB als eine Art natürlichen Partner Ihres Verbandes?**

*Harry Wunschel:* Wir vertreten beide das Anliegen, dass der beruflichen Bildung gegenüber der akademischen Bildung mehr Beachtung zukommen muss. Die Schularten sollten enger kooperieren, damit im Hinblick auf den Fachkräftemangel mehr

Jugendliche eine duale Ausbildung erfolgreich durchlaufen.

**RBiRP: Was droht uns, wenn die Weichen nicht umgestellt werden?**

*Harry Wunschel:* Es geht darum, Ausbildungsangebote in der Fläche zu halten und auch kleinere Berufsschulklassen zu erhalten. Deswegen ist für uns der Schulversuch BS20 (Weiterentwicklung der Berufsschule und Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche) so wichtig. Dort geht es z. B. um Möglichkeiten, den Unterricht in Lernfeldern ohne Qualitätsverluste für verschiedene Ausbildungsberufe zusammenzufassen.

**RBiRP: Herr Wunschel, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen in Ihrem neuen Amt viel Erfolg.**

*Text und Foto: Wü*

## ZUR PERSON

*Harry Wunschel (49) wohnt in Kaiserslautern, ist verheiratet und hat ein Kind. Er unterrichtet an der BBS I in Kaiserslautern – iberwiegend am beruflichen Gymnasium – die Fächer Chemie, Mathematik und Umwelttechnik. Er ist seit 2009 Mitglied im Hauptpersonalrat und war bis zu seiner Wahl Beisitzer im Vorstand seines Verbandes.*

*Wunschel engagiert sich in der Kommunalpolitik (Mitglied im Stadtrat) und in verschiedenen Vereinen. Er steht hinter dem FCK und ist auch gerne mal im Stadion.*



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 30. OKTOBER 2016

## VRB: Deutschunterricht aufwerten!

„Mit Blick auf die für Rheinland-Pfalz herausgefilterten Ergebnisse der Bildungsstudie 2015 kommt keine Freude auf“, resümiert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der am 28. Oktober vom IQB vorgelegten Studie zufolge liegen die Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz im Fach Englisch zwar im bundesdeutschen Schnitt. Ihnen wird, wie auch bundesweit, eine deutliche Verbesserung im „Leseverstehen“ und „Hörverstehen“ attestiert.

„Die Ergebnisse im Fach Deutsch hingegen sind aus Sicht des Verbandes Reale Bildung eher ernüchternd“, kommentiert Lichtenthäler. In den Kompetenzbereichen „Lesen“, „Zuhören“ und Orthografie“ liegen die rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler genau im bundesweiten Mittelwert, teils darüber, teils darunter. Aber die „Lesekompetenz“ wird in der Studie als statistisch bedeutsam hervorgehoben. Und hier haben sich die rheinland-pfälzischen Neuntklässler im Vergleich zum Jahr 2009 verschlechtert. „Ministerin Dr. Stefanie Hubig beansprucht, langfristig ein hohes Qualitätsniveau zu sichern. Demzufolge kann sie mit den vorgelegten Ergebnissen nicht zufrieden sein“, so der VRB-Landesvorsitzende. Der Ankündigung des Bildungsministeriums, die Ergebnisse der Studie gründlich zu analysieren, müssen Taten folgen, fordert der VRB. Der Deutschunterricht müsse qualitativ und quantitativ aufgewertet werden. Dazu gehören nach Auffassung des Lehrerverbandes Stütz- und Förderkurse sowohl für leistungsschwache als auch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler sowie differenzierte Maßnahmen zur sprachlichen Integration von Migranten.

**Zur Erläuterung:** Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (IQB) testete zum zweiten Mal im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) nach 2009 die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Englisch. Am IQB-Bildungstrend 2015 nahmen 37.100 Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe aus über 1.700 Schulen in allen 16 Bundesländern teil. Der Zeitraum der Datenerhebung erstreckte sich von Mitte April bis Mitte Juni 2015. Getestet wurden die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Englisch.

Im Einzelnen wurden im Fach Deutsch Testaufgaben zu den drei in den Bildungsstandards der KMK definierten Kompetenzbereichen „Lesen – mit Texten umgehen“, „Sprechen und Zuhören“ sowie „Schreiben“ eingesetzt. Allerdings wurde nicht die ganze Breite dieser Kompetenzbereiche überprüft, sondern lediglich die Teilbereiche „Lesen“, „Zuhören“ und „Orthografie“. In Englisch wurden „Leseverstehen“ und „Hörverstehen“ getestet.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 1. DEZEMBER 2016

## Die Zahlen zur Unterrichtsversorgung sind alltagsuntauglich Verband Reale Bildung fordert Festeinstellung der Lehrkräfte

„Die tatsächliche Unterrichtsversorgung entspricht nicht dem vom Bildungsministerium erhobenen statistischen Wert am Anfang des Schuljahres“, erklärt Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB) mit Blick auf die „schön anmutenden Zahlen“ des Bildungsministeriums. Unterrichtsausfälle im Laufe des Schuljahres seien nicht planbar, könnten aber durch eine Lehrerreserve an den Schulen weitgehend aufgefangen werden. Dazu müsste die Landesregierung mehr Geld in Lehrerstellen investieren, statt Lehrerstellen abzubauen, so der VRB-Landeschef in seiner Reaktion auf die veröffentlichte Schulstatistik des Bildungsministeriums. Momentan favorisiere die Landesregierung ein Sparkonzept auf Kosten der vollen Unterrichtsversorgung und der gut ausgebildeten Lehrkräfte. Diese Unterfinanzierung sei weder sachlogisch noch sozial gerecht. Zu viele Lehrkräfte sind nach Auffassung des Verbandes Reale Bildung (VRB) in befristeten Vertretungsverträgen beschäftigt. Nur durch deren Einsatz sei gewährleistet, dass das tatsächliche Unterrichtsdefizit nicht noch größer ist. Lichtenthäler fordert von

der Landesregierung eine bessere Versorgung mit Planstellen für alle ausgebildeten Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Lehrerinnen und Lehrer müssen beruflich und privat sicher planen können. Mit seiner Forderung „Lehrer von der Straße holen!“ und „Mehr Planstellen für ausgebildete Lehrkräfte!“ will der VRB erreichen, dass die Unterrichtsversorgung auch über das laufende Schuljahr hinweg gesichert ist. Der tatsächliche Unterrichtsausfall an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen liegt erfahrungsgemäß durchschnittlich bei etwa 8 Prozent, mancherorts weit darüber. Der Verband Reale Bildung fordert daher als Sofortmaßnahme eine schulinterne Lehrerversorgung von 100+5 Prozent. Nur die Verringerung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls ist maßgebend für die Beurteilung einer guten Unterrichtsversorgung. Bestandserhebungen am Schuljahresanfang, die Faktoren wie Erkrankungen, Klassenfahrten, Wandertage sowie Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nicht in Betracht ziehen, vernebeln den tatsächlichen Unterrichtsausfall. Sie sind daher nicht alltagstauglich.

► PERSONALRATSWAHLEN 2017:

# Bildungsrealisten des VRB treten für Sie an!

## ÖPR, BPR und HPR werden neu gewählt



Im Mai 2017 finden schulartübergreifend Personalratswahlen statt. Neben den örtlichen Personalvertretungen werden auch die Stufenvertretungen neu gewählt. Der Verband Reale Bildung tritt bei den Wahlen zum Bezirkspersonalrat (BPR) als auch zum Hauptpersonalrat (HPR) mit dem Ziel an, erneut die große Zustimmung der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zu erreichen.

Unabhängig davon, ob die jeweilige Realschule plus integrativ oder kooperativ, als Grund- und Realschule plus oder als Realschule plus mit Fachoberschule (FOS) organisiert ist: Der VRB setzt sich für alle Formen der Realschule plus ein. Für die Stufenvertretungen im Bereich Integrierte Gesamtschulen (IGS) ist der VRB wie bereits im Jahr 2013 eine Listenverbindung mit dem Philologenverband (PhV) eingegangen. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt, soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Ge-

meinsam mit dem PhV wollen wir unsere Position in den Stufenvertretungen der Integrierten Gesamtschule ausbauen und eine starke Koalition bilden. Warum es uns als Bildungsrealisten so wichtig ist, dass sich unsere Mitglieder für die örtlichen Personalräte aufstellen lassen und dass wir die Stimmenmehrheit in den Stufenvertretungen der Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen erhalten, davon handelt der nachfolgende Beitrag.



## Fundament ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die vertrauensvolle  
Zusammenarbeit ist Grundlage  
der VRB-Personalratsarbeit

Im Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) heißt es in § 2 Abs. 1:

**„Dienststelle und Personalvertretung arbeiten unter Beachtung der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und in engem Zusammenwirken mit den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Beschäftigten und zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben zusammen.“**

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist die Grundvoraussetzung, um unsere Schulen weiterzuentwickeln. Die von der Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen hierfür sind alles andere als optimal bzw. ausreichend, und das birgt ein großes Konfliktpotenzial! Zur Belastung zwischen örtlichem Personalrat und Schulleitung kann es kommen, wenn eine Seite oder beide Parteien unnachgiebig die eigenen Interessen verfolgen. In den Schulen vor Ort ist die Einsicht erforderlich, dass von allen Beteiligten die Bereitschaft zu Kompromissen verlangt werden muss.

## VRB: Konflikte lösen statt anheizen

**Wir treiben örtliche Personalräte nicht in unversöhnliche Auseinandersetzungen**

Kolleginnen und Kollegen, die diese Überzeugungen mit uns teilen, sollten für das Amt einer örtlichen Personalrätin bzw. eines örtlichen Personalrats kandidieren, denn sie wissen, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit von ihnen selbst und auch den Schulleitungen abverlangt werden muss. Letztlich ist es im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen, dass der Arbeitsplatz Schule lösungs- und nicht konfliktorientiert gestaltet wird. Sie können immer auf die Beratung erfahrener Personalräte des VRB zurückgreifen. Unser Anspruch und unser Versprechen sind, dass wir keine Konflikte in die Schule hineintragen oder bestehende Konflikte befeuern, um uns zu profilieren. Wir treiben örtliche Personalräte nicht mit unrealistischen Vorstellungen und maximalen Forderungen in unversöhnliche Auseinandersetzungen.

## VRB-Kümmerer im Bezirkspersonalrat

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) ist eine Mittelbehörde, die im Auftrag des Bildungsministeriums die Schulaufsicht ausübt. Zu den originären Aufgaben gehören die Dienst- und Fachaufsicht, die Beratung und Unterstützung der Schulen, die Zusammenarbeit mit den Studienseminaren, den pädagogischen Serviceeinrichtungen des Landes u. v. m. Wir alle bringen die ADD mit den Einstellungen von Lehrkräften, mit Abordnungen und Versetzungen in Verbindung. Bei alledem ist der Bezirkspersonalrat rechtzeitig, fortlaufend und allumfassend zu unterrichten. Das Landespersonalvertretungsrecht (LPersVG) räumt den Personalvertretungen umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte ein. Auch hier steht die vertrauensvolle Zu-

sammenarbeit im Zentrum. Gerade weil die personellen Rahmenbedingungen an unseren Schulen „suboptimal“ sind, entzündet sich leicht Konflikte, die durch die ADD reguliert werden müssen. Hier ist die ADD auf verlässliche Partner in den Stufenvertretungen angewiesen, die bei der Regulierung von Konflikten unterstützen und nicht noch zusätzlich Öl ins Feuer gießen. Wichtig: Der Bezirkspersonalrat muss gegenüber der ADD Distanz wahren, muss kritisch bleiben und darf sich nicht vereinnahmen lassen, damit er das ihm übertragene Wächteramt souverän ausüben kann. Unsere erfahrenen VRB-Bezirkspersonalräte kümmern sich um die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen, haben ein Ohr für ihre Probleme und stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

**VRB-Bezirkspersonalräte wahren Distanz gegenüber der Dienststelle, bleiben kritisch und lassen sich nicht vereinnahmen**



**Ein Hauptpersonalrat muss mit beiden Füßen fest in der schulischen Praxis stehen!**

## VRB-Schulpragmatiker im Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat ist das politische Gremium, das direkt bei der obersten Dienstbehörde – bei dem Bildungsministerium in Mainz – angesiedelt ist. Wie dem Bezirkspersonalrat stehen dem Hauptpersonalrat umfassende Beteiligungsrechte zu, um auf die Ausgestaltung der von ihm vertretenen Schulart Einfluss zu nehmen. Die Ausgestaltung der Bildungspolitik erfolgt in erster Linie über Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. Es ist daher nach unserem Ermessen zwingend erforderlich, dass ein Hauptpersonalrat mit beiden Füßen fest in der schulischen Praxis steht, denn nur mit diesem Erfahrungshintergrund

sind neue Initiativen der Landesregierung richtig einschätzbar. Die VRB-Vertreter im Hauptpersonalrat sind allesamt in ihren Schulen als Lehrkräfte oder Schulleitungsmitglieder tätig. Sie wissen um die Auswirkungen bestimmter Gesetzesvorhaben oder Verwaltungsvorschriften bzw. sie können diese aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Alltagspraxis richtig einordnen. Dementsprechend fallen auch unsere Verbandsstellungen aus: kritisch, an der Sache und am Schulalltag orientiert. Es sind daher auch unsere VRB-Hauptpersonalräte, die an Anhörungen und Ausschusssitzungen teilnehmen und ihre Expertise einbringen.

## Der VRB tritt mit einem jungen und bereits erfahrenen Team an

Im März dieses Jahres wurde der VRB-Landesvorstand neu gewählt, Timo Lichtenthäler trat die Nachfolge unseres langjährigen Landesvorsitzenden Bernd Karst an. Der Staffelnstab wurde übergeben, eine neue Generation von ehrenamtlich im VRB engagierten Kolleginnen und Kollegen setzt sich ein, um die Interessen unserer Schulen und der dort arbeitenden Lehrkräfte zu vertreten. Kurze Zeit darauf fand der Generationenwechsel auch in den drei Bezirken Koblenz, Neustadt/ Rheinland-Pfalz und Trier statt. Das alles war gut vorbereitet: Viele junge Kolleginnen und Kollegen hatten zuvor als Mitglieder in den Stufenvertretungen, als Referenten bei Personalräteschulungen und bei unseren Fachkongressen Erfahrungen gesammelt und waren deshalb gerne bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Kontinuität ist also gewahrt und Kompetenz geht nicht verloren – nach wie vor stehen uns unsere erfahrenen und verdienten VRB-Vorbilder beratend und unterstützend zur Seite.



**VRB tritt für Sie mit einem jungen und erfahrenen Team an!**



**Wir fordern nicht die Abschaffung unserer Schularten und beschädigen so die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen!**

## Wir reden unsere Schulen nicht schlecht

Wir wissen aus der Schul- und Unterrichtspraxis, dass Erziehung und Unterricht herausfordernder geworden sind. Die Landesregierung ist lange nach dem Prinzip verfahren: „Wir machen’s (uns) einfach – wir lassen’s die Schulen einfach machen“. Die Rahmenbedingungen wurden an die neuen Aufgaben und Anforderungen nur unzureichend angepasst. Der VRB moniert und kritisiert das und hat auch Verbesserungen erzielt: z. B. Erhaltung der Altersteilzeit, die Einrichtung der Funktionsstelle als

didaktischer Koordinator an den Realschulen plus, oder die Abkehr vom „Klemm-Abbaupfad von Lehrerstellen“. Unabhängig davon leisten unsere Kolleginnen und Kollegen in der Realität des Schulalltags engagierte und wertvolle Arbeit. Und das reden wir nicht schlecht, indem wir direkt oder indirekt die Abschaffung unserer Schulart fordern. Die das tun, lenken den Blick der Öffentlichkeit von der guten Arbeit und dem stimmigen Angebot „Realer Bildung“ an unseren Schulen ab.



„Reale Bildung“ ist das richtige Angebot, um Kinder und Jugendliche erfolgreich auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten!

## Bildungsrealisten aus Überzeugung

Uns alle eint die Motivation, dass wir uns mit pragmatisch denkenden Gleichgesinnten für unsere Schulen und unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen. Handlungsleitend sind dabei die Koordinaten „Wertschätzung, Arbeitsplatz und Unterrichtsqualität“, die VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthaler anlässlich seiner Wahl als die Eckpfeiler unserer Verbandsarbeit ausgewiesen hat. Wir setzen uns aber natürlich auch für „Reale Bildung“ ein. „Reale Bildung“ ist eine Form der Allgemeinbildung, die sich an den ökonomischen, gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten unserer modernen Welt orientiert. Sie steht für die Lebensnähe der Unterrichtsgegenstände und der Unterrichtsmethoden und für die Berufs- und Studienorientierung insbesondere in den Wahlpflichtfächern. Reale Bildung fördert die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft und befähigt junge Menschen, in der Welt von heute und morgen verantwortungsvoll mitzuwirken. Wir teilen letztlich die Überzeugung, dass „Reale Bildung“ das richtige Angebot ist, um viele Kinder und Jugendliche erfolgreich auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Darum machen wir uns für diejenigen Schulen stark, die „Reale Bildung“ vermitteln.

Gerade die Realschulen plus, ob nun integrativ, kooperativ, in Verbund mit einer Grundschule oder eine Fachoberschule, haben sich auf viele neue Herausforderungen eingestellt und haben ein Angebot, das für viele aufstiegs- und leistungsorientierte Schülerinnen und Schüler das richtige ist. Trotzdem steht gerade diese junge Schulart

## Genau hinschauen, wer Sie und unsere Schulen vertreten möchte

unter einem enormen Akzeptanzdruck. Sie muss der Öffentlichkeit erst noch beweisen und vor Augen führen, dass sie mit „Realer Bildung“ ein gleichwertiges Angebot zur „Akademischen Bildung“ aufzuweisen hat. Was unsere Schulen deshalb sicher nicht brauchen, sind Personalvertreterinnen und -vertreter, deren Organisationen sich für

„eine Schule für alle“ oder für „Abi an allen Schulen“ einsetzen. Frage: Welche Landesregierung investiert in eine Schulart, in deren Personalvertretungen Funktionäre sitzen, deren Verbände und Gewerkschaften diese am liebsten abschaffen würden? Die VRB-Vertreterinnen und -Vertreter sind von ihren Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen überzeugt, weil wir alle die Auffassung teilen, dass den vielfältigen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Talenten unserer Kinder und Jugendlichen am besten eine vielfältige Bildungslandschaft mit einem breiten schulischen Angebot gerecht wird. Wir kennen unsere Schularten aus der Praxis und setzen uns daher mit Überzeugung für diese ein.



Welche Landesregierung investiert in eine Schulart, in deren Personalvertretungen Funktionäre sitzen, deren Verbände und Gewerkschaften diese am liebsten abschaffen würden?

**Wir sind Bildungsrealisten, weil wir uns mit Überzeugung für Reale Bildung und unsere Schularten einsetzen.**

**Bildungsrealisten wählen!**



Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



**Verband Reale Bildung**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

**An die Damen und Herren Abgeordneten  
des rheinland-pfälzischen Landtages**

Bad Neuenahr, den 09.01.2017

## **Besoldung nach A 13 ohne zeitlichen Verzug für erfolgreiche Teilnehmer der Wechselprüfung II**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtages,

Sie beraten zurzeit in ihren jeweiligen Fachausschüssen den Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018. Im Haushaltsentwurf ist u.a. festgehalten, dass für jene Lehrkräfte, die erfolgreich eine Wechselprüfung II abgelegt haben, ab 2017 pro Jahr lediglich 300 Stellen für die Anhebung von A12 auf A13 vorgesehen sind. Die Landesregierung ist per Gerichtsurteil dazu verpflichtet, Lehrkräften mit dem Lehramt für Hauptschulen, zeitnah die Erlangung des Lehramts für Realschulen plus zu ermöglichen, und damit die Besoldung nach A13. Nach derzeitigem Stand haben sich 1200 Lehrkräfte zur Wechselprüfung angemeldet, mit weiteren Anmeldungen ist zu rechnen. Der Abschluss der Umsetzung des Gerichtsurteils ist für das Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 vorgesehen.

Als VRB standen wir dem Verfahren der Wechselprüfungen von Anfang an skeptisch gegenüber: Der Aufwand, den die zu prüfenden Lehrkräfte sowie die prüfenden Fachleiterinnen und Fachleiter in den Studienseminaren Realschule plus zu schultern hatten und haben, war und ist hoch. Wir sehen uns in unserer Einschätzung, dass Aufwand und Ergebnis in keiner angemessenen und zufriedenstellenden Relation stehen, bestätigt. Die Hälfte der 600 bereits geprüften Lehrkräfte soll dieses Jahr leer ausgehen bzw. einzelne Lehrkräfte müssen unter Umständen trotz erfolgreich absolvierter Wechselprüfung II bis zum Jahr 2021 warten, bis sie nach A13 besoldet werden! Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass ältere Kolleginnen und Kollegen trotz Teilnahme an der Überprüfung nicht mehr rechtzeitig vor ihrer Pensionierung das Lehramt für Realschulen plus erreichen. Eine solche Beschränkung mit den daraus resultierenden negativen Auswirkungen ist weder subjektiv noch objektiv nachvollziehbar.

Bislang haben rund 600 Lehrkräfte die Wechselprüfung II erfolgreich absolviert. Sie haben sich den fordernden Bedingungen der Wechselprüfungen gestellt. Gleichmaßen muss gesehen werden: Die Fachleiterinnen und Fachleiter mussten die Wechselprüfungen neben ihren Ausbildungsverpflichtungen begleiten und abnehmen. Deren außergewöhnlichem Engagement ist zu verdanken, dass die bisherigen Prüfungsverfahren professionell durchgeführt werden konnten.

Die 600 Absolventinnen und Absolventen sowie die Studienseminare konnten vorab von einem reibungslosen Laufbahnwechsel von A12 nach A13 ausgehen. Selbst zum Zeitpunkt der Überprüfungen hatten sie weder Kenntnis von einer Begrenzung der A13-Stellen noch von den Auswahlkriterien, die nun vom Bildungsministerium konstruiert werden. Die im Nachhinein festgelegten Modalitäten stoßen bei den Betroffenen und in den Lehrerkollegien auf Unverständnis, führen zu Motivations- und Vertrauensverlust, bergen ein großes Konfliktpotenzial sowie einen Klageanlass.

Wir halten die Stellenbeschränkung für nicht tragfähig und bitten Sie nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass alle Lehrkräfte nach erfolgreicher Wechselprüfung ohne zeitlichen Verzug nach A 13 besoldet werden.

**Verband Reale Bildung**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Timo Lichtenthäler  
Landesvorsitzender  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

**Kontakt**  
Tel: 0 26 41/9 11 72 84  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)

## ► WAHLRECHT UND WAHLMÖGLICHKEITEN:

# Schullaufbahn für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die Schulgesetzänderung in der Fassung vom 16.2.2016 hat die Elternrechte im schulischen Bereich erweitert. Ein weitreichendes individuelles Recht kommt den Eltern bei der Wahl der Schullaufbahn innerhalb der Sekundarstufe I und II zu (§ 59 Abs. 1 Schulgesetz (SchulG) und § 10 Abs. 1 der Übergreifenden Schulordnung (ÜSchO)).

Die individuellen und kollektiven Rechte der Eltern werden wir **ausführlich in unserem VRB-Handbuch im Kapitel 6** darstellen. Im Folgenden geben wir einen Auszug hinsichtlich der Schullaufbahn für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wieder, den wir im Kapitel 6.1.4 der nächsten Aktualisierung darstellen werden:

Rheinland-Pfalz hat die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Schulbereich sehr früh und konsequent betrieben. Im Jahr 2012 wurden mit einer Schulgesetzänderung die rechtlichen Grundlagen dafür gelegt, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen bzw. mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam mit Regelschülerinnen und Schüler in den Grund- und Sekundarschulen unterrichtet werden können. Mit der Schulgesetznovelle im Jahr 2014 erhielten die Eltern weitergehend ein **uningeschränktes Wahlrecht**, den Förderort ihrer Kinder zu bestimmen. Als Förderort können sie eine Förderschule oder eine Regelschule, die den Status einer Schwerpunktschule innehat, bestimmen (§ 59 Abs. 4 SchulG).

Die Förderschulen gewähren schulische Angebote, die speziell auf den jeweiligen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler abgestellt sind. Die Schwerpunktschulen bieten dagegen einen gemeinsamen und individuell fördernden, also inklusiven Unterricht an (§ 14 a Abs. 1 SchulG).

Schwerpunktschulen können an Grundschulen, Realschulen plus, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen eingerichtet werden. Auch Haupt- und Realschulen in freier Trägerschaft können den Status einer Schwerpunktschule erhalten (§ 14 a Abs. 4 SchulG). Den Eltern

ist möglichst wohnortnah eine Schwerpunktschule anzubieten. Die Eltern selbst haben nur eingeschränkt Einfluss auf die Auswahl des konkreten Förderorts. Dieser wird nach Anhörung der Eltern von der Schulbehörde, d. i. ADD, festgelegt (§ 59 SchulG Abs.4).

Sonderpädagogische Förderung zielt darauf ab, die Anschlussfähigkeit beim Wechsel des Förderorts oder bei Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu gewährleisten. Den Schülerinnen und Schülern soll ermöglicht werden, einen höherwertigen Bildungsabschluss zu erreichen bzw. den Übergang in den berufsbildenden Bereich zu bewältigen.

An den Schwerpunktschulen gelten für den Schullaufbahnwechsel die Vorschriften der Übergreifenden Schulordnung und entsprechend die Vorschriften der für die öffentlichen Förderschulen geltenden Schulordnung (§ 47 Abs. ÜSchO). Von dieser Regelung ausgenommen sind Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen und ganzheitliche Entwicklung. Das Unterrichtsangebot dieser Schülerinnen und Schüler ist zieldifferent, das heißt der Unterricht führt in der Regel zu einem besonderen Schulabschluss (§ 47 Abs. 2 ÜSchO). Der Unterricht bei den übrigen Schülern mit Förderbedarf kann zieldifferent oder zielgleich sein. Diese Schülerinnen und Schüler können sowohl den Abschluss der Berufsreife als auch die besonderen Abschlüsse des Förderschwerpunkts Lernen und/oder ganzheitliche Entwicklung erlangen.

Haben Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf den Abschluss Berufsreife oder den qualifizierten Sekundarabschluss I erreicht, dann stehen ihnen die gleichen An-



Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk

derzeit zum Preis von 29 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

**VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.**

schlussmöglichkeiten offen, die den Regelschülerinnen und Schüler mit entsprechenden Abschlüssen zu gewähren sind.

Eltern von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die die Sekundarstufe I **mit der besonderen Form der Berufsreife** abschließen, haben folgende Wahlmöglichkeiten:

- **Freiwilliges 10. Schuljahr** zum Erwerb der Berufsreife an ausgewählten Förderschulen oder an berufsbildenden Schulen
- **Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)** mit der Möglichkeit zum Erwerb der Berufsreife an einer berufsbildenden Schule
- **Duale Berufsausbildung** in einem Ausbildungsbetrieb und an einer berufsbildenden Schule

Schülerinnen und Schüler **mit dem Förderbedarf ganzheitliche Entwicklung** können mit dem Abschlusszeugnis ganzheitliche Entwicklung direkt eine **berufliche oder sonstige Tätigkeit** ausüben. Hierzu stehen (besonders strukturierte) Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung. Arbeitsplätze bieten daneben Integrationsbetriebe oder Behinderten-Werkstätten an.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

► DER VRB GRATULIERT:

# Ministerialrat a. D. Gerhard Weuthen – ein Realschulpionier wird 100

## Georg Stenner würdigt Lebensleistung und Weichenstellungen, die bis in die Gegenwart reichen



*Gerhard Weuthens äußeres Markenzeichen war und ist die Fliege. Dienstliche Merkmale waren seine Beharrlichkeit und das Gespür für den Marktwert der realen Bildung. In seine Zeit reichen schul- und bildungspolitische Weichenstellungen zurück, die bis heute nachwirken.*

Foto: privat

**Am 25. Februar 2017 wird Ministerialrat a. D. Gerhard Weuthen 100 Jahre alt. Er war von 1963 bis 1980 Referent für die Realschulen im Kultusministerium Rheinland-Pfalz.**

Von den Lehrkräften, die heute in den Realschulen und Realschulen plus des Landes tätig sind, kennen ihn wohl nur noch wenige. Ich begegnete ihm als junger Realschullehrer zum ersten Mal im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Schülermitverantwortung“, wurde später zeitweise sein Mitarbeiter im Referat und schließlich sein Nachfolger. Ich habe ihn von Anfang an – ungeachtet seines bisweilen streng wirkenden Blicks – als liebenswerten Menschen und engagierten Realschulreferenten erlebt,

der es verdient, der rheinland-pfälzischen Realschullehrerschaft in Erinnerung zu bleiben.

Gerhard Weuthen wurde 1917 in Uetterath (Kreis Heinsberg) geboren und machte am Humanistischen Gymnasium in Mönchengladbach Abitur. Als Soldat erlitt er eine schwere Verwundung und verlor ein Auge. Er studierte in Frankfurt, Bonn und Mainz und arbeitete von 1946 bis 1963 als Volksschullehrer, dann als Realschullehrer sowie als Schulleiter in Mainz. Außerdem war er Geschäftsführer und Studienleiter am Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik und organisierte in dieser Funktion Weiterbildungsveranstaltungen zur Vorbereitung auf die Realschullehrerprüfung, die Volksschullehrern auf dem Weg in den Realschuldienst halfen.

### 1963 erstes Realschulgesetz und rasches Wachstum des Realschulwesens

Mit seiner Berufung in das Kultusministerium im Jahre 1963, dem Geburtsjahr des ersten Realschulgesetzes in Rheinland-Pfalz, gab es erstmals einen Referenten nur für Realschulen. Mit Unterstützung des Realschullehrerverbandes (VDR) entstand dann rasch

auch für das Lehramt an Realschulen ein Vorbereitungsdienst mit entsprechenden Studienseminaren. Damit trug das Land dem dann folgenden raschen Wachstum des Realschulwesens Rechnung: Aus den 1963 in Rheinland-Pfalz bestehenden 52 Realschulen wurden bis zum Jahr 1980, in dem Gerhard Weuthen in den Ruhestand ging, mehr als doppelt so viele, nämlich 106.

Die mit dieser Entwicklung verbundene Aufbauarbeit lastete zu einem erheblichen Teil auf den Schultern des Realschulreferenten im Kultusministerium. Insofern verwundert es nicht, dass Gerhard Weuthen die Lehrplanarbeit für die junge Schulart zunächst zurückstellen musste, obwohl sie seiner eigentlichen Intention und Neigung entsprach.

Ersatzweise wurden zunächst die nordrhein-westfälischen Richtlinien für den Unterricht an Realschulen eingeführt. Erst 1970 lud Gerhard Weuthen zu einer Konferenz, die eine landes- und realschulspezifische Lehrplanentwicklung auf der Grundlage einer neuen Stundentafel für die Realschule einleitete.

### Eigenes Profil ausprägen und zugleich horizontale wie vertikale Durchlässigkeit ermöglichen

Damit stand das Realschulreferat vor einer weiteren Mammutaufgabe, bei der Gerhard Weuthen eigene Ideen einbrachte und Weitblick bewies. Gerhard Weuthen erkannte zielsicher, dass die Realschule als eigenständige und unverwechselbare Schulart zwischen Hauptschule und Gymnasium ein eigenes Profil ausprägen, aber zugleich horizontale wie vertikale Durchlässigkeit ermöglichen musste – horizontal vor allem nach der Orientierungsstufe zwischen Hauptschule und Gymnasium und vertikal nach dem Sekundarabschluss I nicht nur in das Gymnasium, sondern in alle Schulformen des beruflichen Schulwesens.

Dabei folgte Weuthen nicht nur eigenen Vorstellungen, sondern griff klug Ideen und Erfahrungen der Realschulen und der Realschullehrerschaft auf.



Er nutzte die Aufbruchstimmung in der zwar alten, aber durch die 1963 erfolgte gesetzliche Verankerung wieder neu belebten Schulart Realschule und die damit verbundene Bereitschaft der Realschulen, auch neue Wege und Wege mit Hindernissen zu gehen. Dabei fand er starke Unterstützung durch den Verband Deutscher Realschullehrer, der nicht nur die Interessen seiner Mitglieder, sondern auch die Zielsetzungen „seiner“ Schulart im Blick hatte.

### Wahlpflichtfächer verankert und Unterstützung der Wissenschaft gewonnen

Wie sonst hätte es gelingen können, Wahlpflichtfächer wie Kurzschrift und Maschinenschreiben oder Technisches Zeichnen in der Stundentafel als Wahlpflichtfächer zu verankern! Denn diese Fächer gehörten zwar zur realen Bildung, die in der Geschichte der Realschule fest verankert war und ist, es fehlten aber damals die eigentlich notwendigen Voraussetzungen wie Lehrpläne, Lehrbefähigungen und Erfahrungen. Entsprechendes gilt für die völlig neu konzipierten Wahlpflichtfächer wie Wirtschafts- und Sozialkunde oder wie Mathematik-Naturwissenschaften mit seinen Inhalten aus der Kybernetik und der Informatik

Ministerialrat Gerhard Weuthen setzte erfolgreich auf die Bereitschaft der engagierten Realschullehrerschaft zu curricularen Neuentwicklungen und Schulversuchen wie zur Fort- und Weiterbildung. Zugleich versicherte er sich der Unterstützung seitens der Wissenschaft.

So erfolgte die Entwicklung des Wahlpflichtfaches Wirtschafts- und Sozialkunde zusammen mit dem Wirtschaftspädagogischen Institut der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und die des Wahlpflichtfaches Mathematik-Naturwissenschaften zusammen mit der Universität Koblenz-Landau, in Sonderheit des Instituts für Physik in Koblenz.

### Öffnung für berufsfeldbezogene Lerninhalte als Grundlage für die heutige FOS

Natürlich war es in diesem Zusammenhang für die Schulart Realschule von außerordentlicher Bedeutung, dass die damalige Kultusministerin Dr. Hannarenate Laurien von Anfang an die schon traditionelle Öffnung der Realschule für berufsfeldbezogene Lerninhalte im Wahlpflichtbereich ausdrücklich förderte und ausbauen ließ. Damit wurde nach meiner Einschätzung die Grundlage dafür gelegt, dass das rheinland-pfälzische Schulgesetz seit 2009 die Einrichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus vorsieht, dass es diese inzwischen an 32 Realschulen plus gibt und dass Realschülerinnen und -schüler auf diesem Wege schon die Fachhochschulreife erworben haben.

Um den Bogen aus der Vergangenheit in die Gegenwart sowie zwischen Landespolitik und Verbandspo-

litik zu schlagen, sei an dieser Stelle erwähnt, dass damit im Grunde sogar – wenn auch unter den geänderten Bedingungen einer Realschule plus – die alte Forderung des Realschullehrerverbandes und seines früheren Vorsitzenden Werner Schappert erfüllt wurde, der immer wieder die Möglichkeit zum Erwerb der Fachhochschulreife an der Realschule gefordert hatte. Letztlich haben dazu Weichenstellungen beigetragen, die auch dem Weitblick des Realschulreferenten Gerhard Weuthen zu verdanken sind.

### Abschlussprüfung bleibt in der Schublade

Natürlich gibt es auch Entwicklungen, an denen Gerhard Weuthen maßgeblich beteiligt war, die aber nicht zum Erfolg führten, obwohl sie – zumindest zeitweise – auch vom Realschullehrerverband unterstützt wurden. So blieb die im Realschulreferat vorbereitete und sogar schon erprobte Abschlussprüfung an Realschulen wegen des Widerstandes anderer Lehrerverbände in der Schublade. In Rheinland-Pfalz ist es bis heute dabei geblieben. Dessen ungeachtet hat sich Gerhard Weuthen unzweifelhaft um die rheinland-pfälzische Realschule und um deren Leistung und Akzeptanz verdient gemacht.

### Eine stolze berufliche Bilanz

Abschließend möchte ich dem Jubilar zu seinem 100jährigen Geburtstag und zu seiner Lebensleistung gratulieren und ihm bestätigen, dass er auf ein erfülltes Leben und eine stolze berufliche Bilanz zurückblicken kann. Und diese Bilanz wird noch überhört, wenn man weiß und miterlebt, dass der Jubilar noch heute Besuch von ehemaligen Schülern erhält, die ihn als Lehrer und Erzieher wertschätzen. Denn Gerhard Weuthen hatte immer das Wohl der ihm – wenn auch in seinem Amt nur indirekt – anvertrauten Schülerinnen und Schüler im Blick. Diese innere Einstellung hat ihn auch bei seinem Handeln als Realschulreferent geleitet.

In den Chor der Gratulanten reihe ich mich – wie sicherlich noch viele andere – gerne ein und danke Gerhard Weuthen für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für seine Unterstützung und für seine Freundschaft. Ich möchte mit ihm noch oft in Köln über alte Zeiten plaudern.

Georg Stenner



Georg Stenner hat Gerhard Weuthen als engagierten Realschulreferenten erlebt, „der es verdient, der rheinland-pfälzischen Realschullehrerschaft in Erinnerung zu bleiben“. Stenner war zeitweise (1971/72) Gerhard Weuthens Mitarbeiter im Referat und schließlich sein Nachfolger (1980 bis 2003).

Foto: Wünschel

NEUE  
RUBRIK

# Auf ein WORT,



## ... Herr Klauk!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“. Das erste führte Wilfried Rausch mit Oliver Klauk, der beim PL die Krisenberatung und Krisenintervention koordiniert.

### Heterogenität in den Lehrerkollegien

„Die Unterschiedlichkeit in den Lehrerkollegien muss als Mehrwert für das Schulsystem verstanden und genutzt werden. Darum muss der Unterschiedlichkeit in den Lehrerkollegien Raum gegeben und die Unterschiedlichkeit selbst gefördert werden.“

### Umgang mit Heterogenität an den Schulen

„Der Umgang mit Heterogenität im Kollegium ist für jeden eine große Herausforderung. Die Auseinandersetzung mit den Ansichten anderer muss gepflegt und geübt werden. Schulleitungen haben hierbei eine wichtige Schlüsselfunktion. Der Umgang innerhalb des Kollegiums wird sehr schnell zum Modell für Schülerinnen und Schüler für den Umgang mit Heterogenität.“

### Lehrergesundheit

„Lehrergesundheit hat für die Schulpsychologie einen hohen Stellenwert. Wir unterstützen die Lehrkräfte in diesem Bereich.“

### Kollegiale Entlastung

„Lehrerinnen und Lehrer selbst können einen wichtigen Beitrag zur Lehrergesundheit leisten. Entlastung ist durch kollegiale Zusammenarbeit und kollegiale Beratung möglich und notwendig. Aber Kollegialität braucht Zeit!“

### Individuelle Belastung und Entlastung

„In den Kollegien müssen die Anforderungen gerecht verteilt werden. Beim Einsatz ist darauf zu achten, dass jede Lehrkraft ihre Stärken einbringen kann.“

### Schutz vor Überlastung

„In der Schule müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Die Herausforderungen in der Arbeit müssen überschaubar sein!“

### Schulpsychologie

„Als Schulpsychologen nehmen wir die Lehrkräfte als zentrale Partner in unserer Tätigkeit wahr. Lehrer sind wichtige Partner mit hohem Engagement in nicht einfachen Zeiten.“

## StichWORTGEBER

war Wilfried Rausch, der hierzu die Bezirksversammlung in Neuwied am 8. November 2016 nutzte.



Fotos: Claus Brier, Karin Berneburg

## Pinnwand

### ► TROTZ AUSSERORDENTLICHER KÜNDIGUNG: Personalratsmitglied klagt erfolgreich gegen Hausverbot

Einem Personalratsmitglied darf grundsätzlich der Zutritt zu der Dienststelle durch ein Hausverbot versagt werden. Ihm steht ein Recht auf ungestörte Ausführung der Personalratsaufgaben zu. Dies entschied das Verwaltungsgericht Mainz.

Die Antragstellerin ist Vorsitzende eines Personalrats in einer Verwaltung. Die Dienststellenleitung verfolgt ihre außerordentliche Kündigung wegen des Vorwurfs, mitarbeiterbezogene dienstliche Unterlagen aus dem Büro eines Kollegen entnommen zu haben, um sie diesem außerhalb der Dienststelle zukommen zu lassen. Die Antragstellerin wurde deshalb (widerruflich) von der Erbringung ihrer Arbeitsleistung freigestellt. Zugleich wurde ihr ein Hausverbot erteilt. Gegen dieses richtete sich ihr Eilantrag auf weiteren Zugang zu der Dienststelle. Sie machte geltend, der Zutritt sei zur Erledigung ihrer Personalratsarbeit erforderlich, für die sie vom Arbeitgeber an zwei Tagen der Woche freigestellt sei. Die Dienststellenleitung hielt das Hausverbot vor dem Hintergrund des Kündigungsvorwurfs für gerechtfertigt und die weitere Anwesenheit der Personalratsvorsitzenden in den Dienstgebäuden auch wegen sonstiger Ver-

säumnisse für unzumutbar. Das Verwaltungsgericht gab dem Eilantrag der Personalratsvorsitzenden weitgehend statt und erlaubte vorläufig den Zutritt zur Dienststelle für erforderliche Personalratsstätigkeiten insbesondere an den beiden Freistellungstagen.

Personalratsmitgliedern stehe grundsätzlich ein Recht auf Zutritt zur Dienststelle zu, soweit dies zur Erledigung ihrer Personalratsstätigkeiten erforderlich sei. Eine ungestörte Amtsausübung setze den notwendigen Kontakt mit der Dienststelle und ihren Beschäftigten voraus. Das Zugangsrecht sei auch während eines (hier bereits anhängigen) gerichtlichen Verfahrens auf Ersetzung der Zustimmung des Personalrats zur außerordentlichen Kündigung eines Personalratsmitglieds gewährleistet. Bis zu einem rechtskräftigen Abschluss dieses Gerichtsverfahrens bestünden das Arbeitsverhältnis und die Personalratsmitgliedschaft fort. Deshalb dürfe in der Zwischenzeit grundsätzlich kein Hausverbot erteilt werden. Es sei nach den Umständen des Einzelfalls auch nicht ausnahmsweise untragbar, der Personalratsvorsitzenden einen Zutritt zur Dienststelle zu erlauben. Der Kündigungsvorwurf bedürfe in tatsächlicher und rechtlicher



Foto: www.fotolia.de

Hinsicht noch einer genaueren Prüfung. Auch sonst ergäben sich keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass durch die Anwesenheit der Personalratsvorsitzenden der Dienstbetrieb unmittelbar gefährdet sei.

*Hr/Beschluss des Verwaltungsgerichts Mainz vom 14. Oktober 2016, Az.: 5 L 989/16.MZ*

### ► REALSATIRE: Mit dieser Anordnung wird endlich alles einfacher – oder vielleicht doch nicht?

„Verwaltungsanordnung zur Änderung der Verwaltungsanordnung zur Vereinfachung und Bereinigung der Verwaltungsvorschriften des Landes Rheinland-Pfalz vom 20. September 2016“

*Hr/Quelle: Gemeinsames Amtsblatt des Ministeriums für Bildung und des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Nr. 7, S. 140*

**BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++ BITTE VORMERKEN +++**

## Personalratswahlen 2017: Wahlvorstandsfortbildungen

**8. Februar 2017**

in Mertensdorf für den Bezirk Trier

**13. Februar 2017**

in Koblenz für den Bezirk Koblenz

**16. Februar 2017**

in Mutterstadt für den Bezirk Neustadt/W.

### Tagesordnung

**Wahlberechtigung und Wählbarkeit:** Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) zur Wahl

**Durchführung der Wahl:** Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz (WO LPersVG)

**Was muss der Wahlvorstand bei einer ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl beachten?** Praktische Beispiele

**Gesprächs- und Fragerunde** zu offenen Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur anstehenden Personalratswahl



► RECHT AN SCHULEN:

# Handynutzung bei Klassenfahrten



Schülerinnen und Schüler pflegen einen intensiven Umgang mit ihren Handys. Vor allem kommunizieren sie über Stunden mit ihren Freundeskreisen. So wird auch aus dem persönlichen Alltag und Umfeld über Facebook oder WhatsApp alles Mögliche gepostet und geliked. Auf Klassenfahrten wollen Schülerinnen und Schüler daher auf die Nutzung ihres Handys nicht so ohne weiteres verzichten. Sie wollen nach wie vor kommunizieren und sich über die sozialen Medien informieren. Ein Großteil der Eltern unterstützt ihre Kinder dabei, dass das Handy auf Klassenfahrt zur Nutzung freigegeben wird. Lehrkräfte haben unter Umständen andere Vorstellungen zur Mitnahme und Nutzung der Handys auf Klassenfahrten.

Daher haben wir bei Rechtsanwältin Antonia Dufeu nachgefragt, welche Regelungen Lehrkräfte auf Klassenfahrten treffen können.



**Klassenfahrten sollen als wichtiger Bestandteil des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags vor allem das Zusammenleben fördern. Und dieses Ziel kann durch uneingeschränkte Nutzung von Handys gefährdet werden.**

## Kann eine Lehrkraft die Mitnahme der Handys auf Klassenfahrten verbieten?

Theoretisch ja. Die Klassenfahrt ist eine Schulveranstaltung und es gelten die Schulordnung und alle anderen Regelungen, die auch in der Schule gelten. In Rheinland Pfalz ist die Handynutzung nicht ausdrücklich im Schulgesetz geregelt. Daher ist es Sache der Schulen, den Umgang mit dem Handy zu regeln. Gilt hier ein absolutes Handyverbot, so gilt dies auch auf einer Klassenfahrt. Bei jüngeren Schülern, etwa in den 5. und 6. Klassen, kann man durchaus noch verlangen, dass sie gar kein Handy mitnehmen, sondern lediglich eine kleine Digitalkamera, um Erinnerungsfotos zu machen. Im Notfall sind die Kinder über die Lehrer grundsätzlich zu erreichen. In den höheren Jahrgängen sollte jedoch das Einvernehmen mit Eltern und Schülern gesucht werden. Inzwischen dient das Handy ja nicht nur dem Telefonieren, sondern ist als multimediales Endgerät mit vielen anderen Funktionen ausgestattet. Da besteht natürlich ein starkes Interesse, seine eigene Musik oder Hörbücher mit auf Klassenfahrt zu nehmen oder auch nur Erinnerungsbilder oder -filme von der Klassenfahrt zu machen.

## Ist also ein Verbot der Handynutzung abhängig vom Alter der Schüler?

Ja. Die Handynutzung ist bei verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich zu handhaben und richtet sich nach dem Alter der Kinder und deren Einsichtsfähigkeit.



**In der Schule gibt es verbindliche Regelkataloge, die darauf abzielen, dass das Lernen und das Zusammenleben in der Schule möglichst störungsfrei ablaufen können. Sehr oft formulieren Klassenleiter gemeinsam mit ihren Schülern Klassenregeln.**

## Kann ein Klassenleiter eine Handynutzungsordnung für Klassenfahrten erstellen?

Ja, das ist auch sinnvoll. So kennen alle Beteiligten von Anfang an die geltenden Regeln. Möglicherweise können diese Regeln auch zusammen mit der Klasse erarbeitet werden. Durch die Mitwirkung der Schüler entsteht eine größere Transparenz und damit auch Akzeptanz für die vereinbarten Regeln.

## Worauf sollten Klassenleiter und Schulen dabei besonders achten?

Schulen sollten darauf achten, dass die aufgestellten Regeln auch während der Klassenfahrt durchgesetzt werden können. Sonst verlieren sie ihre Verbindlichkeit und der Lehrer büßt an Glaubwürdigkeit ein. Außerdem sollte die Nutzungsordnung auch auf Tablets und MP3-Player erweitert werden, die die Schüler mitführen.

## Was darf ein Klassenleiter auf Klassenfahrt reglementieren?

Der Klassenleiter könnte klare Handyzeiten festlegen, wie zum Beispiel Nutzung eine Stunde vor oder nach jeder Mahlzeit oder abends zwischen 21:00 bis 22:00 Uhr. Ansonsten muss das Handy ausgeschaltet oder wenigstens auf stumm geschaltet sein und darf in Taschen oder Rucksäcken verwahrt werden, also nicht sichtbar in der Hand getragen werden. Es darf zwischen den festgesetzten Zeiten nur nach ausdrücklicher Genehmigung der Lehrkräfte zum Beispiel zum Fotografieren von Sehenswürdigkeiten oder zur Stadtrallye (wie z. B. Geocaching) eingeschaltet sein.

## Ist es sinnvoll, dass eine Schule in ihrer Handynutzungs-

### ordnung eine für alle verbindliche Regelung für die Klassenfahrten aufnimmt?

Ja, das ist sehr zweckmäßig. So wissen alle Schüler, was sie bei Verstößen erwartet. Allerdings ist auch hier zwischen dem Alter und der Einsichtsfähigkeit der Schüler zu differenzieren. Außerdem könnte man hier direkt festlegen, dass das Mitbringen der wertvollen Geräte freiwillig geschieht und die Schule keine Haftung für in der Schule bzw. auf Klassenfahrten entstandenen Schäden übernimmt.



**Schüler suchen jede Gelegenheit, sich mit Freunden und Mitschülern über die sozialen Medien auszutauschen oder sich anderweitig mit ihrem Handy zu beschäftigen. Sie finden oft kein Ende.**

### Kann ein Ausschalten der Handys ab 22.00 Uhr zur Sicherung der Nachtruhe angeordnet werden?

Die Regel ist sinnvoll, um nächtliche Mediennutzung zu unterbinden. Schwierig ist meines Erachtens allerdings die Durchsetzung dieser Regel. Entweder sammelt der Klassenleiter alle Endgeräte ein (und muss diese sorgfältig verwahren oder einen nächtlichen Weckruf ertragen) oder er muss die Schüler regelmäßig nach 22 Uhr kontrollieren. Beides scheint nicht leicht durchführbar zu sein.

### Ist es statthaft, ein Ausschalten der Handys während der Essenszeiten von Schülern zu verlangen?

Ja.

### Ist es möglich, ein Ausschalten der Handys während des gemeinsamen Programms anzuordnen?

Ja, mit verbindlichen Ausnahmeregelungen, wann das Handy genutzt werden darf.



**Regeln erweisen sich nur dann als wirkungsvoll, wenn die verbindliche Einhaltung nicht nur gefordert sondern auch kontrolliert wird. Regelübertretungen müssen dann auch entsprechend geahndet werden.**

### Welche Sanktionen bei Missachtung der Handynutzung kann ein Klassenleiter vor der Klassenfahrt Eltern und Schüler ankündigen?

Die Sanktionen müssen den Schülern von Anfang an bekannt und nachvollziehbar sein. Das heißt, die Schüler müssen wissen, was sie bei einem ersten oder einem wiederholten Verstoß erwartet. **Dabei muss jede Maßnahme verhältnismäßig bleiben.** Das heißt, sie muss **geeignet, erforderlich und angemessen** sein.

Als erste mögliche Sanktion kommt natürlich das Einziehen des Handys bis zur nächsten Handyzeit in Frage. Dabei ist allerdings nicht zu empfehlen, dass der Lehrer selbst das Handy verwahrt, weil er dann Sorge dafür tragen muss, dass dem Gerät nichts passiert. Am besten ist der Verbleib im Tresor der Jugendherberge.

Darüber hinaus gibt es noch andere Sanktionen wie Verweis, Tadel etc. Hier dürfen Lehrkräfte durchaus auch kreativ werden und andere Maßnahme aussprechen, wie etwa den Aufenthaltsraum aufzuräumen, Frühstücks- oder Küchendienst zu übernehmen oder auch einen Erlebnisaufsatz zu schreiben. Bei schlimmeren Vergehen, wie beispielsweise eine heimliche Aufnahme in den Duschräumen, kann auch der Ausschluss von der Klassenfahrt angedroht und durchgeführt werden.



**Die Diskussionen um das Für und Wider der Handynutzung auf Klassenfahrten werden u. a. an Elternabenden teilweise kontrovers geführt. Es zeigt sich, dass Eltern unterschiedliche Erziehungsstile praktizieren und auf Klassenfahrten diese toleriert sehen wollen. Es ist nicht immer einfach, für alle Beteiligten zufriedenstellende Absprachen zu treffen.**

### Welche Tipps können sie Lehrkräften geben, damit Klassenfahrten trotz Nutzungsregelungen und Einschränkungen im Gebrauch der Handys gelingen können?

Lehrer sollten klar stellen, dass eine Klassenfahrt ein unvergessliches Gruppenerlebnis ist und dass die Handys höchstens für gelegentliche Kontaktaufnahmen verwendet werden sollen.

Wenn Eltern auf die Handynutzung bestehen, weil sie wissen wollen, ob ihr Kind gut angekommen ist oder wann es genau zurückkommt, können Lehrer genau für diese Zwecke das Handy zulassen. Zu beachten ist ebenfalls, dass viele Familien gar keine Kameras mehr besitzen, so dass nur mit dem Handy die Möglichkeit gegeben ist, Erinnerungsfotos von der Klassenfahrt zu machen.

Eine klare und konsequente Handhabung bei der Nutzung von Handys und sonstiger multimedialer Endgeräte wie MP3-Player oder Tablets auf Klassenfahrten zahlt sich aus.

*Anmerkung: Im kommenden Heft kommen wir einem Wunsch unserer Leserinnen und Leser nach, die Beiträge Frau Dufeu über ein Fundstellenverzeichnis zugänglich zu machen.*



**Wilfried Rausch**  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



## ► SÄNGER CLUESO IM INTERVIEW: „Ich hatte damals Lust auf andere Sachen“

Du scheinst bereits in deiner Jugend gerne gegen den Strom geschwommen zu sein. Schließlich hast du nach deinem Hauptschulabschluss eine Friseurlehre abgebrochen.

Wenn es darum geht, Dinge durchzuziehen, die wenig Spaß machen, bin ich nicht sehr diszipliniert. Ich hatte damals Lust auf andere Sachen, auf Musik. Das hat mir den Mut gegeben, meine Ausbildung hinzuwerfen. (...)

Glaubst du, du könntest ein guter Lehrer sein?

Wahrscheinlich wäre ich zu ungeduldig, um die nötige Geduld für Schüler wie mich aufzubringen. Als Lehrer braucht man eine Leidenschaft für seinen Beruf, sonst packt man das nicht.

*Wü/Quelle: „Clueso zieht aus. Der Sänger erzählt im Kina-Interview, warum er sich in der Schule nicht wohl gefühlt hat.“  
In: Husumer Nachrichten vom 14. Oktober 2016*

## ► FUNDSACHE: Familienpflegezeiten werden geregelt

Die Landesregierung hat Ende November einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Ankündigung des Koalitionsvertrages und eine Forderung von VRB und dbb aufnimmt. Eingeführt werden neue Beurlaubungsmöglichkeiten oder Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten zur Sterbebegleitung von schwerstkranken Angehörigen. Geplant ist auch die Möglichkeit einer vollständigen Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung

## ► DIGITALE KOMPETENZEN: Als verpflichtende Module verankern?

Rheinland-Pfalz hat eine gute Platzierung im „Länderindikator 2016 – Schule digital“ der Deutschen Telekom Stiftung erreicht. „Die digitale Welt ist fester Bestandteil der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern. Der Umgang mit digitalen Endgeräten wird zur Schlüsselkompetenz. Es ist daher wichtig, dass das Lehren und Lernen mit den digitalen Medien fester Bestandteil des Unterrichtes ist. Dazu gehört auch, die digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte zu fördern und sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen...“, unterstrichen die Ministerpräsidentin und die Bildungsministerin. Ziel in den kom-

menden Jahren werde sein, Online Lehren und Lernen mit digitalen Lehr- und Lernmitteln zum Teil des schulischen Alltags zu machen und digitale Kompetenzen als verpflichtende Module in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zu verankern. Ein besonderes Augenmerk komme auch der nachhaltigen Verankerung der schuleigenen Medienkonzepte zu.

Anmerkung: Deutet sich hier an, Fort- und Weiterbildung aus der Interessenszone in eine Art Verpflichtungszone zu führen?

*Wü/Quelle: NL Staatskanzlei 14.11.2016*

## ► FORSA-UMFRAGE: Qualität des öffentlichen Dienstes

Das Image der Beamten kann sich sehen lassen. Das ergab die Forsa-Studie „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2016“. Sie wurde Ende August vom Bundesvorsitzenden des dbb, Klaus Dauerstädt, in Berlin vorgestellt. Das Image der Beamten habe sich nachhaltig verbessert, betonte er.

Mehr als 70 Prozent der Befragten bewerten die öffentlich Beschäftigten als ‚pflichtbewusst‘, 65 Prozent halten Staatsdiener für ‚kompetent‘, 2007 sagten das nur 59 Prozent der Befragten. Was ihr Auftreten angeht, gibt es allerdings offenbar noch Luft nach oben, denn 42 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Beamte ‚stur‘ sind (2007: 54 Prozent).

Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) sind davon überzeugt, dass die Ausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen sind. Und hier hat sich mächtig was getan, denn vor zehn Jahren sah das nur ein gutes Drittel der Befragten so.

Betrachtet man die Veränderung im Vergleich zur ersten „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007, dann ist insbesondere das Ansehen der Müllmänner (+10 Prozentpunkte), der Briefträger (+8 Prozentpunkte) und der Lehrer (+7 Prozentpunkte) gestiegen.

*Rad/Quellen: [www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa\\_2016.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa_2016.pdf) und [www.dbb.de](http://www.dbb.de)*



Foto: www.fotolia.de

der Besoldung für einen Elternteil zur Sterbebegleitung eines todkranken Kindes.

Der VRB wird sie nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens über die für Lehrkräfte geltenden Regelungen informieren. Bei weiteren Fragen wenden Sie sich gerne an das Beraterteam des VRB: [www.vrb-rlp.de/vrb-in-rlp/vrb-referenten/](http://www.vrb-rlp.de/vrb-in-rlp/vrb-referenten/)

*Radigk/Quelle: Entwurf eines ... Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften; Beteiligung gemäß § 53 Satz 1 Beamtenstatusgesetz in Verbindung mit § 98 Absatz 3 Satz 1 Landesbeamtengesetz – Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 2. Dezember 2016*

## ► ERFOLG FÜR DEN VRB:

## Altersteilzeit wird im Schulbereich fortgeschrieben!

Die bisherigen Regularien der Altersteilzeit für Lehrkräfte sollten mit Ende des Kalenderjahres 2016 auslaufen: Nach der bisher geltenden Regelung konnten Lehrkräfte die ATZ mit Antragschluss zum 1.2.2016 letztmalig für den 1.8.2016 beantragen. Der VRB-Landesvorstand hatte gegenüber der Landesregierung Alarm geschlagen und von Ministerpräsidentin Dreyer, Bildungsministerin Dr. Hubig, Finanzministerin Ahnen und Innenminister Lewentz mit Nachdruck gefordert, dass die Landesregierung die Altersteilzeit für Lehrkräfte über das Jahr 2016 hinaus beibehält. Diese Initiative hatte Erfolg.

### Evaluation: Regelungsziele erreicht

Aufgrund einer gesetzlichen Vorgabe mussten die Wirkungen der ATZ für Beamtinnen und Beamte in RLP bis zum 31. Mai 2016 evaluiert werden.

Der Bericht der Landesregierung wurde dem Landtag von RLP am 1. Juni 2016 vorgelegt (Landtagsdrucksache 17/57). Zusammenfassend stellte die Landesregierung fest, dass „die bestehenden Altersteilzeitregelungen im Schulbereich positiv aufgenommen werden und die mit den Bestimmungen der Altersteilzeit verfolgten Regelungsziele erreicht wurden. Betroffenen älteren Beamtinnen und Beamten wurde ein flexibler Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand ermöglicht, durch Wiederbesetzung freiwerdender Stellenanteile konnte die Einstellung junger Lehrkräfte verbessert werden, zugleich wurde der Altersschnitt der rheinland-pfälzischen Lehrerschaft reduziert.“ Der VRB berichtete im Einzelnen in der letzten Ausgabe von RBIRP.

### Fortschreibung im Gesetzgebungsverfahren

Mit EPOS-Schreiben vom 25.10.2016 informierte Bildungsministerin Hubig die Schulen über die Verlängerung der derzeitigen ATZ-Regelung. Die entsprechende Gesetzesvorlage ist derzeit im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren.

Vorgesehen ist, die Altersteilzeit künftig ab dem 56. Lebensjahr zu gewähren. Damit werden die bislang geltenden Regelungen zur Dauer der gesamten Altersteilzeit entsprechend der Erhöhung der Regelaltersgrenze für beamtete Lehrkräfte um ein Jahr hinausgeschoben.

Die Voraussetzungen zur Gewährung der Altersteilzeit und deren finanzielle Bedingungen werden nicht verändert.

### Rahmenvorgaben – Voraussetzungen:

- Vollendung des 56. Lebensjahres bei Antritt der Altersteilzeit
- Innerhalb der letzten 5 Jahre vor Antritt der ATZ mindestens eine Teilzeitbeschäftigung von drei Jahren
- Beantragung der ATZ bis zum 1. Februar vor Beginn des kommenden Schuljahres
- Dienstliche Belange dürfen nicht entgegenstehen

Für bisher teilzeitbeschäftigte Beamtinnen und Beamte kann Altersteilzeit nur im Blockmodell gewährt werden.

Bei schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch kann sich der

Antrag auch auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes nach Vollendung des 63. Lebensjahres erstrecken.

Nach § 75 b LBG kann sich der Zeitraum der ATZ auch bis zu einem Ruhestandsbeginn, der drei Jahre über die Regelaltersgrenze hinausgeschoben wird, erstrecken.

### Rahmenvorgaben – Finanzielle Bedingungen:

Das hälftige Grundgehalt wird mit dem jeweils geltenden Altersteilzeitzuschlag aufgestockt:

- beim sog. Kurzmodell (§ 75 a LBG) 20 % ATZ-Zuschlag
- beim sog. Langmodell (§ 75 b LBG) 40 % ATZ-Zuschlag

Bei der Anrechnung als ruhegehaltfähige Dienstzeit wird die ATZ wie eine Teilzeitbeschäftigung anteilig, also zu 50 %, berücksichtigt.

Die Verlängerung der Altersteilzeitregelung für Lehrkräfte soll bis Ende 2021 gelten. Das wurde Ende November vom Bildungsministerium offiziell angekündigt. In diesem Zusammenhang sagte Bildungsministerin Dr. Hubig, Lehrer leisteten hervorragende, aber auch anstrengende Arbeit, das erkenne die Regierung an.

Die dazu nötige Änderung des Landesbeamtengesetzes muss noch vom Landtag beschlossen werden.

## VRB-BERATERTEAM

*Haben Sie Fragen? Brauchen Sie Unterstützung?  
Wenden Sie sich an unser Beraterteam.*

*Zuständig für den Bereich „Besoldungs- und  
Versorgungsrecht/Altersteilzeit“:*

*Martin Radigk  
Tel.: 0 62 32/40 444  
martin.radigk@vrb-rlp.de*



**Martin Radigk**  
martin.radigk@vrb-rlp.de

► ENTGELTORDNUNG FÜR LEHRKRÄFTE:

## Tarifrunde 2017 steht an

Im März 2015 wurde in der Tarifrunde zwischen der TDL und dbb beamtenbund und tarifunion, ver.di und GEW eine spürbare Tarifierhöhung von 2,1 % für 2015 und 2,3 % für 2016, mindestens aber 75 Euro, ausgehandelt. Allein der dbb nutzte bei dieser Tarifrunde die Chance, eine jahrelange Hängepartie bei der Entgeltordnung für Lehrer zu beenden. Er schloss im Alleingang einen Tarifvertrag für die Gruppe der Lehrkräfte ab.

### Jahrelange Verhandlungen um eine Entgeltordnung für Lehrkräfte erfolgreich beendet

Ohne Entgeltordnung konnte die Vergütung der Lehrkräfte von den öffentlichen Arbeitgebern nach eigenem Ermessen festgelegt werden. Vor allem in den neuen Bundesländern kam es dadurch zu erheblichen Unterschieden zu Lasten der Lehrkräfte. db beamtenbund und tarifunion haben sich seit den Anfängen des TV-L im Jahre 2006 für eine Entgeltordnung für Lehrkräfte eingesetzt, gerade um dem Vergütungsföderalismus, der vor allem bei sogenannten Nichterfüllern nach der Umstellung vom alten bundeseinheitlichen BAT auf den neu ausgehandelten TV-L eingesetzt hatte, Einhalt zu gebieten. Dieser Verhandlungsprozess hat fast eine Dekade angedauert und wurde durch das beherzte Ergreifen der Regelungschance durch den dbb beendet.

### Entgeltordnung für Lehrkräfte schafft endlich Rechtssicherheit

In allen Bundesländern gilt nunmehr, dass der Tarifvertrag die Eingruppierung in die Entgeltgruppen auch für Lehrkräfte festlegt. Die konkrete Eingruppierung wird dabei von der in den jeweiligen Ländern für vergleichbare beamtete Lehrkräfte geltenden Besoldungsgruppe abgeleitet. Die Laufbahn wird durch entsprechende Höhergruppierungsmöglichkeiten abgebildet, wodurch Lehrkräften eine höhere Eingruppierung ermöglicht wird. Diese muss allerdings von der Lehrkraft individuell beantragt werden. Erst mit dem Antrag auf die höhere Entgeltgruppe gilt auch die Einbeziehung in den Eingruppierungstarif.

### Stufenplan für Höhergruppierungen in die Parallel-Tabelle

dbb-beamtenbund und tarifunion und die Bundesländer haben ab dem Schuljahr 2016 den konkreten Einstieg in weitere Höhergruppierungen nach Maßgabe der sogenannten Parallel-Tabelle vereinbart. Dazu wurden vielen Lehrkräften bis einschließlich

EG 11 ab August 2016 zunächst eine monatliche Zulage in Höhe von 30 Euro gezahlt bis zum künftigen Ergebnis einer Höhergruppierung insbesondere von EG 11 nach EG 12 (= A 12), von EG 10 nach EG 11 (A 11), von EG 9 nach EG 10 (A 10) und von EG 9 klein nach EG 9 (A 9).

### Vorbereitung von dbb beamtenbund und tarifunion für die nächste Tarifrunde 2017

Zurzeit wird die Tarifrunde 2017 vorbereitet. Die Gewerkschaften befinden sich in der Phase der Forderungsfindung. dbb-beamtenbund und tarifunion werden darauf hinwirken, dass dem Einstieg in die Entgeltordnung für Lehrkräfte nun auch der Aufstieg folgt. Das heißt, dass die 2015 ausgehandelten Beträge und Bedingungen eine deutliche Verbesserung erfahren.

Die GEW konnte sich bei den Verhandlungen in der Tarifrunde 2015 nicht zu einer Unterzeichnung der Entgeltordnung für Lehrkräfte entschließen, weil die Landesverbände zu keiner einheitlichen Entscheidung finden konnten.

In der kommenden Tarifrunde geht es für dbb-beamtenbund und tarifunion um die Verbesserung der im Jahr 2015 erreichten Ergebnisse, die vielen Tarifbeschäftigten schon spürbare Verbesserungen ihrer Einkommen gebracht hatten.

Der VRB wird seine Mitglieder über die Tarifverhandlungen auf dem Laufenden halten und seine tarifbeschäftigten Mitglieder im Sinne der Forderungen von dbb-beamtenbund und tarifunion vertreten.



Regina Bollinger  
regina.bollinger@vrb-rlp.de



Martin Radigk  
martin.radigk@vrb-rlp.de

## Einkommensrunde: dbb fordert 6 Prozent

6 Prozent Einkommensplus lautet die Forderung des dbb für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder. „Die Landesbeschäftigten hinken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen jetzt schon um rund vier Prozent hinterher“, erklärte dazu der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 14. Dezember 2016 in Berlin. Weitere Kernpunkte der dbb-Forderung sind:

- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten der Länder und Kommunen
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte (Erhöhung der Angleichungszulage)
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Länderbereich

Quelle: [www.dbb.de/teaserdetail/artikel/dauderstaedt-einkommensschere-schliessen.html](http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/dauderstaedt-einkommensschere-schliessen.html)



► INTERVIEW:

## „Die zweite Ausbildungsphase ist praxisgerecht ausgerichtet!“

VRB im Gespräch mit Seminarleiter Manuel Cappel



Bengjamin Bajraktari (re), Nicole Weiß-Urbach (2.v.li) und Christian Theisen (li) trafen Manuel Cappel, den Leiter des Koblenzer Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus, zu einem Gespräch und informierten sich aus erster Hand über die Ausbildung am Studienseminar.

Foto: Wünschel

Manuel Cappel, seit Sommer Seminarleiter des Staatlichen Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus, schätzt an seinem Amt den Gestaltungsspielraum und die Möglichkeiten, Dinge zu entwickeln. Das geschieht gemeinsam mit seinem Kollegium, das offen ist für Veränderungen und Erneuerungen. Bengjamin Bajraktari, Nicole Weiß-Urbach und Christian Theisen trafen ihn zu einem Gespräch und informierten sich aus erster Hand über die Ausbildung am Studienseminar.

» *Wir wollen eine gute, praxisgerechte und effektive Ausbildung bieten.*

**RBIRP: Welche Erwartungen haben Sie an sich und andere?**

*Manuel Cappel:* Die Ansprüche in der zweiten Ausbildungsphase sind vielfältig: Unseren Anwärterinnen und Anwärtern wollen wir eine sehr gute, praxisgerechte und effektive Ausbildung bieten. Die Fachleitungen wünschen sich ein planbares Berufsleben. Meine Erwartung beziehungsweise mein Anspruch ist es, das Seminar weiterzuentwickeln und alle Herausforderungen der zweiten Ausbildungsphase zu berücksichtigen.

Das Studienseminar in Koblenz führt zurzeit zahlreiche Wechselprüfungen vom Typ II durch. Die Bewerber haben einen Anspruch auf eine zügige und reibungslose Prüfung, dem wir gerecht werden wollen.

**RBIRP: Welche neuen Ziele haben Sie sich gesetzt?**

*Manuel Cappel:* Neben der Aufnahme der Aspekte inklusiven Unterrichts in die Ausbildung arbeiten wir zurzeit zum Beispiel an der Ausbildung unserer Anwärterinnen und Anwärter im Bereich DaZ/DaF. Zwei unserer Fachleitungen haben in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium eine Ausbildungsreihe aus fünf Modulen erarbeitet, die wir den Anwärterinnen und Anwärtern anbieten, und die auf eine sehr gute Resonanz stößt.

» *Wir haben eine neue Ausbildungskultur entwickelt.*

**RBIRP: Die Schulstrukturreform mit der Einführung der neuen Schulart Realschule plus hat auch das Studienseminar mit einbezogen. Was waren für Sie die größten Herausforderungen in den letzten Jahren?**



„Unsere Anwärterinnen und Anwärter werden sowohl an Realschulen plus mit allen ihren Ausprägungen und an Integrierten Gesamtschulen eingesetzt. Wir achten darauf, dass möglichst zwei oder mehr Anwärter an einer Schule untergebracht werden können. Wir wollen weg vom Lehrerbild des Einzelkämpfers hin zum Teamplayer.“

Foto: Wünschel

**Manuel Cappel:** An unserem Seminar haben wir in den vergangenen Jahren eine starke und positive Entwicklung erfahren. Kollegien vier verschiedener GHS- und RS-Seminare sind zusammengewachsen. Jeder hat etwas aus anderen Seminaren mitgebracht, von dem wir als Studienseminar Koblenz profitieren konnten. Wir haben eine neue Ausbildungskultur entwickelt. Im Zentrum der zweiten Ausbildungsphase stehen die Anwärterinnen und Anwärter, die wir begleitend unterstützen und von denen wir mehr Selbstständigkeit fordern.

**RBIRP: Was hat sich in der zweiten Phase der Lehrerausbildung verändert?**

**Manuel Cappel:** Anwärterinnen und Anwärter sind erwachsene Menschen mit erstem Staatsexamen, die ein fundiertes fachwissenschaftliches Studium mitbringen. Bei uns im Studienseminar steht daher der schulische Einsatz im Mittelpunkt. Die Anwärterinnen und Anwärter sind im Gegensatz zu der zweiten Ausbildungsphase der vergangenen Jahre persönlich stärker gefordert. Sie erhalten Entwicklungsaufgaben, die ihre ganze Aufmerksamkeit und ihren ganzen Einsatz fordern.

**RBIRP: Wie werden die Lehramtsanwärter auf die Anforderungen eines inklusiven Unterrichts vorbereitet?**

**Manuel Cappel:** Wir beschäftigen zwei Förderschullehrkräfte mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten, die die berufspraktischen Seminare sowie die Intensivtage begleiten. Sie beraten die Anwärterinnen und Anwärter in konkreten schulpraktischen und rechtlichen Fragen und bieten zudem separate Sprechzeiten an. Jeder muss im Rahmen der Ausbildung mindestens einmal ein solches Sprechstundenangebot wahrnehmen, auch wenn er nicht einer Schwerpunktschule zugeordnet ist.

» Die Wahlpflichtfächer sind ein Markenzeichen

**RBIRP: Die Wahlpflichtfächer gehören zum Markenzeichen der Realschule plus. Wie ist das Studienseminar bei der Ausbildung für den Einsatz in den Wahlpflichtfächern eingebunden?**

**Manuel Cappel:** Die Anwärterinnen und Anwärter besuchen

ein Fachseminar gemäß ihres Studienfachs, also in HuS, WuV oder TuN. Für alle Fachrichtungen stehen die jeweiligen Ausbildungseinheiten zur Verfügung. Das heißt, wir können alle Fachrichtungen durch die entsprechend vorhandenen Fachleitungen ausbilden.

**RBIRP: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden Studienfächer wie Wirtschaft-Arbeit-Technik, Technik oder Wirtschaftswissenschaften erst seit einigen Jahren als lehramtsbezogene Studienfächer an unseren Universitäten angeboten. Kann das Studienseminar die Qualifizierung in den Wahlpflichtfächern als Zusatz bzw. Erweiterung leisten?**

**Manuel Cappel:** Bei Lehramtsanwärterinnen und –anwärtern, die nicht aus Rheinland-Pfalz stammen und unter einer anderen Fachbezeichnung diese Fächer studiert haben, legt das Ministerium fest, welches Fachseminar zu besuchen ist. Da alle ein Grundverständnis von dem besitzen, was ein Wahlpflichtfach ist, nivellieren sich die Unterschiede in den studierten Fächern schnell durch die praxisorientierte Arbeit in den jeweiligen Fachseminaren mit ihren Ausrichtungen auf die praktische Arbeit an einer Realschule plus.

**RBIRP: Viele Schulen in unserem Bezirk beklagen, dass zu wenige Lehrkräfte in den Mangelfächern wie Französisch und Kunst für eine Einstellung zur Verfügung stehen. Kann das Studienseminar den Bedarf an diesen Mangelfächern nicht decken? Wie sieht es mit den anderen Fächern aus?**

**Manuel Cappel:** In diesem Jahr können wir in Koblenz wieder in allen Studienfächern ausbilden. Wie es allerdings in 18 Monaten aussehen wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Aktuell sind die Studienfächer Deutsch und Erdkunde eher überlaufen. Bei den Naturwissenschaften sind die Anwärterzahlen rückläufig. Außerdem stellen wir eine Verschiebung vom Fach Religion hin zum Fach Ethik fest.

» Wir haben ein gutes Verhältnis zu den Ausbildungsschulen

**RBIRP: Die Studienseminare sind in der Ausbildungsphase auf die Zusammenarbeit und Unterstützung der Ausbildungsschulen angewiesen. Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit? Gibt es von Ihrer Seite Wünsche an die Ausbildungsschulen?**

*Manuel Cappel:* Wir haben ein wirklich gutes Verhältnis zu unseren Ausbildungsschulen, das geprägt ist durch gegenseitige Wertschätzung. Im Seminar bieten wir den schulischen Ausbildungsleitern spezielle Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Beratung, kompetenzorientiertes Vorgehen, Beurteilen und so weiter an. In der konkreten Zusammenarbeit suchen und finden wir praktikable und flexible Lösungen wie beispielsweise beim Unterrichtseinsatz.

**RBiRP: Die Ausbildung an den Schulen wird an unterschiedlichen Schularten und Schulformen mit unterschiedlichen Profilen durchgeführt. Konkret seien die Integrierten Gesamtschulen, die Realschulen plus mit den kooperativen und integrativen Formen und die Schwerpunktsschulen genannt.**

**Wie bewältigt das Seminar diese Herausforderungen? Sind Sie personell gut aufgestellt? Gibt es Kooperationen mit dem Studienseminar für Förderschulen und für Gymnasien wegen der IGS?**

*Manuel Cappel:* Unsere Anwärterinnen und Anwärter werden sowohl an Realschulen plus mit allen ihren Ausprägungen und an Integrierten Gesamtschulen eingesetzt. Wir achten darauf, dass möglichst zwei oder mehr Anwärter an einer Schule untergebracht werden können. Wir wollen weg vom Lehrerbild des Einzelkämpfers hin zum Teamplayer. Außerdem haben wir eine enge Kooperation mit dem Förderschul- und dem Grundschulseminar. Exemplarisch weise ich auf mögliche Übergangsproblematiken bei Kindern beim Wechsel von der Grundschule zur Realschule plus hin. Aus diesem Grund absolvieren unsere An-

wärterinnen und Anwärter unter anderem ein Praktikum in einer Grundschule und erhalten während dieser Zeit entsprechende Entwicklungsaufgaben. Unsere Anwärterinnen und Anwärter tauschen sich regelmäßig mit den Referendarinnen und Referendaren an den Integrierten Gesamtschulen aus. Dazu ermutigen wir sie ausdrücklich.

» *Die guten Perspektiven für die Realschule plus werden von den Studierenden sehr wohl gesehen.*

**RBIRP: Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung des Studienseminars am Standort Koblenz?**

*Manuel Cappel:* Ich sehe uns in Koblenz sehr gut aufgestellt. Wir sind ein Seminar mit großer Belegung, das in der Region einen guten Stand hat. Meine Einschätzung ist, dass die Realschule plus eine Schulform mit vielen Möglichkeiten und Chancen ist. Was die Realschule plus alles bietet, die Differenzierung, Vielfalt, verschiedene Neigungsrichtungen und die Berufsorientierung, das ist beeindruckend. Vertiefende Praktika in allen Schulformen im Rahmen des Bachelorstudiums eröffnen den Studierenden zahlreiche Perspektiven. Die guten Perspektiven für die Realschule plus werden in Koblenz von den Studierenden sehr wohl gesehen. Dass dies so ist, verdanken wir auch dem enormen personellen Einsatz meines Kollegiums, indem sie Lehraufträge an der Universität Koblenz-Landau wahrnehmen und auf diesem Wege durch kompetente Beratungshilfen für unsere Schulform werben können.

**RBIRP: Herr Cappel, wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit als Seminarleiter alles Gute.**

*Text: Christian Theisen und Wilfried Rausch*

*Fotos: Christian Theisen*

## ZUR PERSON



*Manuel Cappel ist seit 2003 Fachleiter, anfangs für Englisch, später dann für das Allgemeine Seminar, und im Rahmen der Schulstrukturreform 2011 nach Koblenz versetzt worden. Seit 2012 ist er stellvertretender Seminarleiter am Koblenzer Studienseminar. Seit der Verabschiedung von Dr. Heinz Ollmann, dem ehemaligen Seminarleiter, leitet er das Seminar. Hier fühlt er sich unter anderem deshalb wohl, weil er „ein engagiertes Kollegium und ein tolles Sekretariat“ hat. Diese Menschen haben maßgeblich zu seiner Entscheidung, sich zu bewerben, beigetragen.*

*Er wünscht sich, „dass wir jeder Anwärterin und jedem Anwärter gerecht werden, dass wir uns noch stärker auf unser Kerngeschäft, nämlich die zweite Ausbildungsphase, konzentrieren und die Realschule plus aktiv und zukunftsorientiert mitgestalten können.“*



## ► SPANIEN

### Spanier wollen Hausaufgaben landesweit bestreiken

In Spanien haben Familien der „Hausaufgaben-Flut“ den Krieg erklärt. Im November sollen die Hausaufgaben an den Wochenenden „bestreikt“ werden, wie der Dachverband der Familien mit Kindern an öffentlichen Schulen mitteilte. Ziel der Kampagne sei die gänzliche Abschaffung der Hausaufgaben, sagte Verbandspräsident José Luis Pazos. Wenn die Protestaktion keine Wirkung zeigt, soll der Streik 2017 auf alle Wochentage ausgeweitet werden. Nach einer Studie der OECD von 2012 brauchen 15-Jährige in Deutschland 4,7 Stunden pro Woche für die Hausaufgaben, in Spanien sind es 6,5 Stunden.

Hr/www.zeit.de 02.11.2016

## ► UNTERSUCHUNG

### Zentrale Ergebnisse von TIMSS 2015 und Bildungspolitische Folgerungen

Zentrale Ergebnisse von TIMSS 2015, die die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Grundschulkindern der 4. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich untersucht, sind:

Die Viertklässlerinnen und Viertklässler in Deutschland erreichen erneut ihr Kompetenzniveau von 2007, das im internationalen Vergleich im mittleren Bereich liegt. Dies gelingt trotz einer zunehmend heterogenen Schülerschaft. Die Leistungen der Kinder mit Migrationshintergrund haben sich verbessert. Den Unterricht in Mathematik und in den Naturwissenschaften bewerten die Schülerinnen und Schüler positiv.

Angesichts der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft bleibt es weiterhin eine zentrale Aufgabe, alle Schülerinnen und Schüler mit angemessenen Fördermaßnahmen zu unterstützen und bestmöglich individuell zu fördern. Dies betrifft vor allem die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler. ... Auch die Potenziale der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler müssen gezielter ausgeschöpft werden.

Der Lehrerberuf, so die Meinung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller, ist von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Bildungschancen unserer Kinder geht: „In den nächsten Jahren wollen wir die Lehrkräfte darin unterstützen, neben den leistungsschwachen auch leistungsstarke Kinder gezielt zu fördern sowie digitale Medien sinnvoll in den Unterricht einzubeziehen“.

Quelle: [www.bmbf.de/de/grundschuelerinnen-und-grundschueler-in-deutschland-halten-leistungsniveau-in-mathematik-3648](http://www.bmbf.de/de/grundschuelerinnen-und-grundschueler-in-deutschland-halten-leistungsniveau-in-mathematik-3648).

## ► FINNLAND

### Will Finnland künftig auf Schulfächer verzichten?

(...) „Nach einer zweijährigen Vorbereitungsphase mit unzähligen Pilotversuchen und Schulungen von Lehrern durch Experten findet nun eine kleine Revolution in den Unterrichtsräumen statt. Für die Finnen ist die Einteilung des Lehrstoffes in Fächer wie Mathematik, Erdkunde, Geschichte ein veralteter Ansatz. Mit dem Beginn dieses Schuljahres im August sollen die klassischen Schulfächer schrittweise abgeschafft werden. Stattdessen sollen Lehrer unterschiedlicher Fachrichtungen in übergreifenden Projekten, die unterschiedliche „Phänomene“ untersuchen, die Schüler unterrichten. Das gilt in allen Klasse von Stufe eins bis zwölf.“ (...)

**Anmerkung:** Finnlands Schulsystem gilt immer wieder als Vorbild. Es erreichte in den PISA-Studien anfangs sehr gute und zuletzt gute Platzierungen. In Mathematik lagen die finnischen Schüler zuletzt nicht mehr unter den ersten 10, aber immer noch über dem Durchschnitt.

Ausschnitt aus: „Kein Mathe mehr. Revolution im Klassenzimmer: Warum Finnland künftig auf Schulfächer verzichten will“ (Die Rheinpfalz vom 16.11.16)

## ► KREATIV

### Elternabend einmal anders

Eltern und Schüler der Augustiner-Realschule plus in Hillesheim haben einen ungewöhnlichen Abend erlebt. Während die Eltern die Klassenelternsprecher wählten und wichtige Fragen zur Schule klärten, waren die Schüler in verschiedenen Gruppen auf dem Schulgelände unterwegs.

Dabei mussten in einem Wettkampf verschiedene, mitunter kuriose Aufgaben erfüllt werden. Unterstützt wurden die Schüler dabei von ihren Klassenpaten aus den zehnten Klassen. Im Anschluss an die Siegerehrung wurde gemeinsam mit den Eltern auf dem Schulhof gegrillt. (red)

Quelle: TrVf vom 16.10.2016

## ► UNTERFORDERUNG

### Über die Angst der Lehrer, den Schülern zu viel abzuverlangen

In Deutschland haben inzwischen 80 Prozent der Mathematiklehrer das Fach studiert. Ihnen gelingt es zwar, den Leistungsschwachen einen kognitiv aktivierenden Unterricht zu bieten, die Leistungsstärksten hingegen werden systematisch unterfordert. Ganz offenkundig sitzt die Angst der Lehrer tief, den Schülern zu viel abzuverlangen. Vermutlich könnten die Grundschüler viel mehr leisten, wenn man sie nur liebe und entsprechend forderte. Über die Einstellung von Lehrern in unterschiedlichen Ländern ist wenig bekannt. In jedem Fall werden sie in der Lehrerfortbildung wohl Instrumente kennenlernen müssen, wie einzelne oder auch ganze Lerngruppen noch intensiver gefördert werden könnten. Die Bereitschaft der Lehrer, digitale Techniken im Unterricht einzusetzen, sei deutlich „unterdurchschnittlich ausgeprägt“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Stefan Müller bei der Vorstellung in Berlin.

Ausschnitt aus: Heike Schmall: Das tieffliegende Klassenzimmer. Warum deutsche Grundschüler in Mathematik und Naturwissenschaften schwächeln: In: FAZ v. 30.11.16

## ► RBiRP IM GESPRÄCH (TEIL 2):

# „Am schönsten sind die Tage, an denen wir denken: wow, sie haben jetzt echt schon viel gelernt.“

## Psychologiestudentinnen zeigen beispielhaftes Engagement



Kurz vor den Sommerferien hatte „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ die Psychologiestudentinnen Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda zu ihren Motiven und Erfahrungen bei der ehrenamtlichen Sprachförderung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau befragt. Der erste Teil des Interviews erschien unter dem Titel „Und sie sind uns auch schon sehr ans Herz gewachsen.“ – Psychologiestudentinnen zeigen beispielhaftes Engagement und langen Atem.



RBiRP traf die Studentinnen Anfang Dezember noch einmal. Sie beweisen in der Tat einen langen Atem. Drei Mal pro Woche kommen sie auch im neuen Schuljahr zur Sprachförderung in die Schule. Sie haben zwei neue Gruppen übernommen.

Im ersten Teil des Interviews (Heft 4–5/2016) ging es darum, wie die Studentinnen zu ihrem Projekt gefunden haben, wie sie ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern sehen und was sie antreibt.

Im zweiten Teil beschreiben Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda, was ihnen die Sprachförderung selbst „bringt“, ob sie auch schon mal ans Aufhören dachten. Sie fragen sich, was Menschen bewegt, feindselig zu sein und was sie für erforderlich halten, dass in unserer Gesellschaft Integration gelingt.

**RBiRP: Sie haben angedeutet, dass Sie sich auch in Ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung etwas davon versprechen, sich für andere einzusetzen und zu engagieren oder zu helfen. Können Sie das für unsere Leser nochmal ein wenig vertiefen?**

*Leonie Zeising:* Schon im kleinen Rahmen kann man sehen, dass Sprachprobleme zu Konflikten führen. Ich glaube, mit Menschen umzugehen, die in dieser schwierigen Lage sind, hilft einem zu verstehen, was gerade in der Gesellschaft abläuft. Und das, finde

*Mittwochs treffen Leonie Zeising, Luise Smidoda und Holly Britton (von li.) schon in der Pause, wenn die Schüler noch auf dem Schulhof sind, in der Schule ein. Immer kommt irgendeines „ihrer Kinder“ zu ihnen und sagt Hallo. Auch von Lehrerseite bekommen sie positive Rückmeldungen.*

ich, hat auch mir geholfen, den Blickwinkel zu verändern und meinen Horizont zu erweitern.

*Leonie Zeising:* Und dazu kommt noch etwas Anderes. Es ist eine Herausforderung mit einer Situation umzugehen, die man eigentlich nicht gewohnt ist, vor diesen Kindern zu stehen und sie irgendwie dazu zu bringen, Spaß am Lernen zu haben. Am schönsten sind die Tage, an denen wir denken: wow, sie haben jetzt echt schon viel gelernt.

*Luise Smidoda:* Ich glaube, dass wir auch etwas für unser Studium mitnehmen können. Ich habe seit diesem Semester Pädagogische Psychologie, und ich kann immer viel von dem, was ich hier im Unterricht erlebe, an der Uni einbringen. Und natürlich auch umgekehrt: was ich dort in den Vorlesungen oder in den Seminaren lerne, hier im Unterricht einbringen.

*Leonie Zeising:* Ich möchte noch gerne etwas ergänzen zur Frage, was diese Arbeit uns bringt. Mir geht es so, dass ich auch ein bisschen aus diesem Uni-Alltag herauskomme. Wenn man sich immer mit dem Studium beschäftigt, dann ist man so ein wenig „gefangen“ in seinen Gedanken und wenn man sich



**Holly Britton (21)** will einen Beruf ergreifen, in dem sie mit Menschen in Kontakt ist. Sie möchte eventuell Psychoonkologin werden.



Kurz vor den Sommerferien hatte „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ die Psychologiestudentinnen Leonie Zeising, Holly Britton und Luise Smidoda (von links) zu ihren Motiven und Erfahrungen bei der ehrenamtlichen Sprachförderung an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit FOS in Landau befragt. Keineswegs selbstverständlich ist, dass sie sich auch im neuen Schuljahr in der Schule engagieren. Anfang Dezember sprachen wir noch einmal mit ihnen. Ihr Bachelor-Studium neigt sich dem Ende zu. Sie berichten von einer Aufbruchsstimmung Richtung Masterstudium. Das kann den Wechsel in eine andere Stadt mit sich bringen. Aber unglücklich wäre keine von ihnen, wenn sie in Landau bleiben könnten.

dann mit den Kindern beschäftigt, dann kommt man mal raus aus seinem Alltag und gewinnt nicht nur einen ganz anderen Blickwinkel auf das, was man eigentlich so macht, sondern auch neue Werte.

» Ich weiß gar nicht, ob die Kinder wissen, dass wir das freiwillig machen.



**Luise Smidoda** (22) freut sich, dass sie in Landau studieren kann. Vorstellen kann sie sich, Kinder- und Jugendtherapeutin zu werden.

**RBiRP: Frau Sersch hat deutlich gemacht, dass man einen langen Atem braucht. Was verhilft Ihnen zu Ihrem langen Atem.**

*Luise Smidoda:* Man sieht einfach, dass es was bringt, was wir machen. Und man sieht die Fortschritte, die die Schüler machen. Das motiviert einen dann natürlich auch.

*Leonie Zeising:* Und sie liegen uns auch am Herzen.

*Luise Smidoda:* Also hauptsächlich finde ich, dass man merkt, dass die Schüler uns auch gerne haben. Sie erzählen uns gerne mal so was, was sie erlebt haben.

*Holly Britton:* Mittwochs treffen wir in der Pause ein, wenn die Schüler noch auf dem Schulhof sind. Man kommt eigentlich nie, ohne dass irgendjemand zu einem „Hallo“ sagt. Das gilt auch für Frau Nortmann. Sie sagt uns immer wieder, wie froh sie ist, dass wir helfen und auch, wie froh die Schüler sind. Also auch von Lehrerseite bekommen wir die positive Rückmeldung.

*Leonie Zeising:* Ich weiß nicht, ob die Kinder wissen, dass wir das freiwillig machen. Aber trotzdem schätzen sie uns, das ist ja eigentlich das Schöne.

**RBiRP: Gab es schon mal Situationen, in denen Sie ans Aufhören dachten?**

*Holly Britton:* Nein.

*Leonie Zeising:* Es ist natürlich schon viel neben der Uni. Aber auch in Bezug auf nächstes Jahr sind wir uns alle drei einig, dass wir weitermachen wollen.

*Holly Britton:* Aber dadurch, dass wir zu dritt sind, können wir auch viel Arbeit aufteilen. Es gibt nicht so viel Material, auf das wir praktisch aufbauen können. Wir gestalten das dann meistens selbst. Das ist recht arbeitsintensiv und deshalb ist es ganz gut, wenn wir arbeitsteilig vorgehen.

» So haben wir angefangen, Texte und Arbeitsblätter selbst zu schreiben.

**RBiRP: Ich habe nicht erwartet, dass Sie auch noch Materialien selbst entwerfen.**

*Luise Smidoda:* Am Anfang haben wir versucht, uns alles mit den Büchern zusammenzusuchen, aber weil die Schüler einfach so unterschiedlich schnell sind, war es immer gut, wenn wir ein bisschen was dabei hatten und dann individuell steuern konnten. Der eine bearbeitet in der Zeit drei Arbeitsblätter und der andere nur eins. Genau deswegen haben wir dann angefangen, uns das selber zusammen zu stellen.

*Leonie Zeising:* Wir haben jetzt eigentlich nur noch Arbeitsblätter, die wir selber machen.

*Holly Britton:* Genau, anfangs war auch das Problem, dass die vorgefertigten Texte für Anfänger noch zu schwer zu lesen sind. Wir hatten zum Beispiel einen Text, den sollten eigentlich auch Anfänger lesen können. Aber da waren Wörter drin, die sehr schwer sind, wenn man dazu keinen Bezug hat. Zum Beispiel „Feuerwehr“.

*Luise Smidoda:* Selbst wenn sie die Buchstaben schon lesen können, können sie es immer noch nicht zu einem Wort zusammensetzen, wenn die Vorstellung dazu fehlt.

*Holly Britton:* Deutschsprechende Kinder haben ein Kopfbild von „Feuerwehr“, das sie mit dem Wortbild verknüpfen können. So haben wir angefangen, Texte und Arbeitsblätter selbst zu schreiben.

» Ohne Kontakt kann man keine Vorurteile abbauen.

**RBiRP: Sehen wir einmal von Ihnen persönlich ab. Was halten Sie denn für erforderlich, dass**

### Integration in unserer Gesellschaft gelingt?

*Holly Britton:* Auf jeden Fall Kontakt. Ohne Kontakt kann man keine Vorurteile abbauen. Und wenn man keinen Kontakt zu Migranten hat, dann bleiben die Vorurteile bestehen.

*Leonie Zeising:* Und verstärken sich vielleicht noch durch gehörte Erfahrungen anderer, die Einzelfälle beschreiben und so weiter...

*Luise Smidoda:* Ja und für den Kontakt ist eben die Sprache am wichtigsten, um Missverständnisse zu vermeiden...

» *Wichtig, dass man auch über kulturelle Begebenheiten aufklärt.*

### RBiRP: Haben Sie noch irgendetwas, das noch gesagt werden müsste?

*Leonie Zeising:* Darf ich noch ganz kurz etwas ergänzen? Ich glaube, es ist auch wichtig, dass man über kulturelle Begebenheiten aufklärt, also über Bräuche oder Verhaltensweisen, die bei uns anders sind, als in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen. Sich auch umgekehrt dafür zu interessieren, was Menschen zum Beispiel im Ramadan machen. Das ist vielleicht auch was Wichtiges, um Vorurteile abzubauen.

**RBiRP: Mir ist das sehr wohl aufgefallen, als Sie vorhin das Zuckerfest-Beispiel erzählt haben. Es ist nicht nur Ihr Anliegen, aufzuklären über die Bräuche und Gepflogenheiten in unserer Gesellschaft, sondern Sie haben sich ganz instinktiv für die Gebräuche und Gewohnheiten in den Gesellschaften, aus denen die Kinder kommen, interessiert. Und das dürfte wohl die zweite Voraussetzung gegen Vorurteile sein, dass man seine eigene Kultur mitbringen kann und nicht abliefern muss.**

» *Komme auch öfter mal ins Grübeln darüber, was Menschen bewegt, feindselig zu sein.*

**RBiRP: Das Gespräch mit Ihnen, hat mich in der Vorstellung bestärkt, dass wir gemeinsam die Botschaft vermitteln können: da ist eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft und das Gelingen hängt von jedem einzelnen ab.**

*Leonie Zeising:* Ich muss sagen, ich komme öfter mal ins Grübeln darüber, was Menschen bewegt, feindselig gegenüber anderen Menschen eingestellt zu sein, die in Not sind. Das ist eine Frage, die ich mir stelle, weil ich das selbst nicht so nachvollziehen kann. Vielleicht liegt das für Psychologen nahe, dass man

immer hinterfragt, an was es liegen könne, welche Motivation dahintersteckt, Gruppen zu bilden gegen andere Menschen.

**RBiRP: Ja und sogar Wirksamkeitsgruppen. Die Parteienlandschaft verändert sich unter dieser Thematik. Sind das auch Dinge, denen Sie in Ihrem Studium begegnen oder gehört das eher zur Soziologie?**

*Leonie Zeising:* Also zur Sozialpsychologie auf jeden Fall...

» *Die Befragten zeigten sich größtenteils sehr tolerant.*

*Holly Britton:* Wie es zu Gruppen und Gruppenmeinungen kommt, wie Meinungen weitergetragen werden, das sind schon Fragen, mit denen wir uns befassen. Das ist halt oft sehr theoretisch.

*Luise Smidoda:* Aber nicht nur: Letztes Semester haben wir eine Studie durchgeführt, in deren Rahmen ich mit einer Gruppe eine Umfrage gemacht habe. Da ging es unter anderem um die Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Die Befragten zeigten sich größtenteils sehr tolerant. Aber es war schon auch erschreckend, was man da teilweise gelesen hat.

**RBiRP: Danke für das Gespräch. Ich wünsche Ihnen weiter Erfolg bei Ihrem Studium, bei Ihrer ehrenamtlichen Arbeit und bei der Mitgestaltung unserer künftigen Gesellschaft.**

*Das Gespräch führten Regina Sersch und Wolfgang Wünschel für „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“*

*Fotos: Wünschel*



**Leonie Zeising (21)** wollte schon immer etwas machen, was sie herausfordert und in Kontakt mit Menschen bringt. Sie kann sich nach dem Studium eine Tätigkeit im therapeutischen Bereich oder in der Personalentwicklung in der Wirtschaft vorstellen.

#### ► POSITION UND FORDERUNG DES VRB:

## Migration geht alle an!

Ohne die wertvollen, spontanen und individuellen Initiativen aus dem gesellschaftlichen Umfeld der Schulen, hätte die Integration von Flüchtlingskindern weniger zwischenmenschlichen Glanz. Das zeigt unser Interview mit den drei Landauer Studentinnen. Doch allein mit ehrenamtlichem Engagement lässt sich diese Aufgabe nicht bewältigen. Deshalb begleitet der VRB auch alle Maßnahmen der Landesregierung kritisch-konstruktiv und vertritt dabei die Interessen der Lehrkräfte und der Schulen. Bei der letzten Hauptversammlung des VRB hat Landesvorsitzender Timo Lichenthäler das Thema Migration aufgegriffen. Unter Bezug darauf fassen wir die Position und Forderungen des Verbandes zusammen.

Bei der Eingliederung der Migrantenkinder leisten die Lehrkräfte aller Schulen hervorragende Arbeit und engagieren sich im Interesse der Jugendlichen über ihre Pflicht hinaus. Besonders betroffen sind neben den Grundschulen die Realschulen plus und auch die Gesamtschulen,

da dort die meisten Flüchtlingskinder angemeldet werden. Es ist daher zwingend, dass Lehrkräfte dieser Schularten bei den Fortbildungen zur Erteilung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) verstärkt berücksichtigt werden.

Mit der Erteilung von Sprachunterricht allein ist es nicht getan. In den Klassen müssen Kinder mit unterschiedlichsten Vorkenntnissen, kulturellen und religiösen Hintergründen sowie intellektuellen Voraussetzungen zusammengeführt werden. Die Klassenleitungen sowie die DaZ-Lehrkräfte brauchen für die außerunterrichtliche Beziehungsarbeit (Eltern, Schüler, Kooperationspartner) dringend Entlastungsstunden. Zusätzlich benötigen die Schulen Unterstützungsteams, zu denen Schulsozialarbeiter, Psychologen und auch Dolmetscher gehören. Außerdem ist die pädagogische und organisatorische Koordination der Integrationsarbeit zu bewältigen. Dafür müssen geeignete Kolleginnen und Kollegen unterrichtlich entlastet werden. Die Sprachförderung von jungen Menschen

mit Flüchtlings- bzw. Migrationshintergrund ist Herzensangelegenheit, nichtsdestotrotz aber eine zusätzliche Aufgabe und Herausforderung, die nicht zu Lasten bestehender Angebote geleistet werden darf. Die Realschule plus muss weiterhin attraktive unterrichtliche und außerunterrichtliche Angebote machen können, daher benötigt gerade diese Schulart eine optimale Personalversorgung.

Konkret: Der Ausbau der Sprachförderzentren ist dringend erforderlich. Die Einrichtung von Deutschintensivkursen ist an jeder Schule zu gewährleisten, und es bedarf entsprechender Entlastungen und Personalisierungen. Der VRB fordert mit Nachdruck, dass die Erkenntnisse der monatlichen Abfrage des sogenannten FMI-Bogens nicht nur belastbares Zahlenmaterial für die Schulstatistik bringt, sondern auch eine spürbare Verbesserung an jedem einzelnen Schulstandort nach sich zieht, an denen Deutschintensivkurse angeboten werden.



## Mit langem Atem den ehrenamtlichen Aufgaben nachkommen

Auf Pfarrer Jürgen Leonhard hatten die Studentinnen gleich zu Beginn ihres Gesprächs mit RBiRP verwiesen. Er sei der Impulsgeber eines Unterstützungsprojektes für Flüchtlingskinder gewesen. Das weckte unser Interesse. Wir trafen Pfarrer Leonhard in der Konrad-Adenauer-Realschule plus, wo er sein Unterrichtsdeputat einbringt und auch eine Kletter-AG betreut.

Im letzten Jahr hat sich seine Stiftskirchengemeinde des Themas Flucht und Flüchtlinge angenommen. Ihre Bereitschaft, nicht nur Unterstützung zu leisten, sondern auch weitgreifende Unterstützung zu suchen, führte zur Kooperation mit der KARS. Ein Aufruf in der Kirchengemeinde und in der evangelischen Studierendengemeinde war erfolgreich. Über 70 Inte-

ressierte fanden sich in der Schule ein. Für Pfarrer Leonhard war der Erfolg der Aktion nicht selbstverständlich, weil den Interessenten die Bereitschaft abverlangt wurde, mit langem Atem ihren ehrenamtlichen Aufgaben nachzukommen: Die Flüchtlingskinder sollten nicht ständig wechselnde Bezugspersonen haben.

Die Stiftskirchengemeinde hat sich von Anfang an als „Lobby“ der Flüchtlinge verstanden. Bis heute unterstützt sie auch die Einrichtung „Café Asyl“. Nach einem Jahr hat sich dort viel verändert. Anfangs war die Botschaft „Ihr seid bei uns willkommen.“ Die Herausforderung heute ist „Perspektiven entwickeln und vermitteln“. Inzwischen haben Sprachkurse Früchte getragen, es wird deutsch gesprochen. Und die Flüchtlinge bringen sich inzwischen auch in der Kirchengemeinde ein.

Damit Integration in unserer Gesellschaft gelingt, müssen nach Auffassung Jürgen Leonhards beide Seiten große Beiträge erbringen. Die Flüchtlinge, indem sie die Sprache erlernen und sich auf die Gesellschaft einlassen. Die Gesellschaft, indem sie sich öffnet, Sprachunterricht anbietet und Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten entwickelt und bereitstellt.

Nach Pfarrer Leonhard muss die Gesellschaft bereit sein, Ängste abzubauen statt sie zu schüren. Kirche hat eine klare Position, die er mit einem Bibelwort beschreibt: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“



Schulische Kletter-AG mit Pfarrer Leonhard. Bei Außeneinsätzen ist auch seine Hündin Franka mit von der Partie.





# APP-CHECK



## NEUE RUBRIK

In der neuen Rubrik App-Check testen wir für Sie neue Apps und Tools rund um das Thema Smartphone und Tablet-PC im Unterricht. In der heutigen Ausgabe haben wir uns das neue Online-Format funk einmal näher angesehen. Was der Online-Sender zu bieten hat, erfahren Sie hier!

ARD und ZDF haben einen neues „Inhalte-Netzwerk“ erfunden, bei dem es neue Formate gezielt für junge Menschen von 14 bis 29 Jahren zu sehen gibt. Ob mit 29 Jahren wirklich schon Schluss ist, muss aber jeder für sich selbst entscheiden. Kommen wir nun zu der viel wichtigeren Frage, ob und inwiefern sich funk auch für den Einsatz im Unterricht lohnen könnte und ob es vielleicht doch versteckte Risiken gibt.



Zunächst sei darauf hingewiesen, dass es die Online-Formate von ARD und ZDF auf Drittplattformen wie Facebook, YouTube, Snapchat, aber auch in der eigenen funk-App und funk-Webseite zu sehen gibt.

Besitzer eines Smartphones oder Tablets können sich die App kostenlos herunterladen und selbst testen, ob ihnen das Angebot zusagt.

### Welche Ziele verfolgt funk?

Mit den Kategorien „Informieren“, „Orientieren“ und „Unterhalten“ werden gezielt Menschen unter 30 Jahren an-

gesprochen, die durch Feedback an die Entwickler das Programm mitgestalten können.

### Warum gibt es funk?

ARD und ZDF reagieren mit ihrem neuen Format auf die sich stetig verändernde Mediennutzung junger Menschen. Facebook, Snapchat & Co. verdrängen zunehmend klassische Formate.

### Was ist bei funk anders als bei ARD und ZDF?

funk wurde als „Online-Only-Angebot“ durch Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz auf den Weg gebracht. Die Inhalte sind speziell für soziale Netzwerke konzipiert. Ein Sendungsbezug zu Fernsehen oder Hörfunk muss nicht gegeben

sein. Das Format bietet auch internationale Serien im Original an.

### Warum lohnt es sich, funk im Unterricht auszuprobieren?

Gerade die Rubrik „Informieren“ bietet Lehrkräften Chancen, Wissen modern und mit Lebensweltbezug zu vermitteln. Die Formate sind interaktiv aufgebaut. Ansprechendes Design und kurze Videosequenzen sprechen für sich.

### Welche Risiken birgt die Nutzung von funk?

funk bietet auch die Rubrik „Unterhaltung“ an. Hier findet man aktuell die Serie „ Fargo“ mit einer FSK von 16 Jahren. Einmal abgesehen davon, dass man mit einer Klasse eher keine Serien ansehen wird, sei vor einem gänzlich unbedachten Einsatz der App gewarnt.



Christian Theisen  
christian.theisen@vrb-rlp.de

Personalratswahlen 2017:

*Bildungsrealisten wählen!*



**Timo Lichtenthäler**

Landesvorsitzender

timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

**Benjamin Bajraktari**

Bezirksvorsitzender

bengjamin.bajraktari@vrb-rlp.de

**Gerhard Hein**

Stellv. Bezirksvorsitzender

gerhard.hein@vrb-rlp.de

**Joanna Boehlke**

Bezirksschriftführerin

joanna.boehlke@vrb-rlp.de

**Nicole Weiß-Urbach**

Bezirksschatzmeisterin

nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

### ► BEZIRKSVERSAMMLUNG KOBLENZ:

## Umgang mit besonders belasteten bzw. traumatisierten Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung

Die besondere Herausforderung, die vor allem die Realschulen plus in den vergangenen Monaten zu bewältigen hatten, nämlich die schulische Integration von Flüchtlingskindern, hatte den Bezirksvorstand bewogen, dieses Thema in den Mittelpunkt der diesjährigen Bezirksversammlung zu rücken.

Den Rückmeldungen aus den Schulen, die die Vorstandsmitglieder erreichten, zeigten das Bemühen vor Ort, diesen Schülern gerecht zu werden. Viele Kolleginnen und Kollegen berichteten über ihre Erfahrungen, die auch deutlich machten, wo sie ihre Grenzen im pädagogischen Handeln sehen. Für viele ist es nicht einfach, mit traumatisierten Schülerinnen und Schülern im schulischen Alltag umzugehen. Für die Vorstandsmitglieder war klar, hier einen Verbandsbeitrag leisten zu müssen, um die Kolleginnen und Kollegen u. a. vor überzogenen Erwartungen zu schützen. Als Referent konnte Oliver Klauk vom Pädagogischen Landesinstitut gewonnen werden.

### Mehr Wertschätzung für den Arbeitsplatz ist dringend notwendig

Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari zeigte sich bei seiner Begrüßung erfreut über die rege Teilnahme. In seiner Rede, in der er auch auf die vielfältigen Tätigkeiten des neu gewählten Bezirksvorstands einging, stellte er die Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen, die diese bei den ständig steigenden Herausforderungen im schulischen Alltag benötigen, in den Vordergrund: „Die Wertschätzung für den Arbeitsplatz Schule muss wieder oberste Priorität haben, dazu gehören neben einer guten Unterrichtsversorgung mit einer eigenen Vertretungsreserve auch

feste Planstellen, die spürbar zu einer Reduzierung der Arbeitsbelastung führen. Die Wertschätzung gegenüber einer jeden Lehrkraft, die täglich mit vollem Einsatz unsere Kinder unterrichten, darf kein Sparprogramm auf den Schultern der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort sein“.

### Nominierungen der Kandidaten für die Stufenvertretungen

Die Mitglieder hatten in diesem Jahr eine Pflichtaufgabe zu erledigen, nämlich die Kandidaten für den Bezirks- und Hauptpersonalrat zu nominieren. Dank guter Vorarbeit gelang es dem Vorstand, eine ansehnliche Kandidatenliste zur Abstimmung zu stellen und bei den Anwesenden für eine Kandidatur zu werben. Die Nominierungsliste wurde einstimmig verabschiedet. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler dankte in einem Grußwort den Anwesenden für ihre Bereitschaft, sich für den Verband nicht nur im Personalratswahlkampf zu engagieren. „Es wird uns gelingen, Kandidatenlisten aufzustellen, die deutlich machen, dass wir aus allen Bezirken sowie in allen Altersgruppen gut vertreten sind“.

### Umgang mit traumatisierten Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung: Schule als sicheren Ort gestalten!

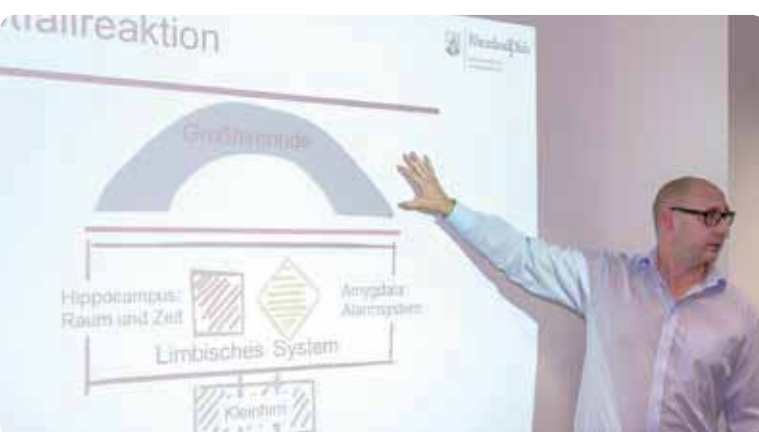
Oliver Klauk, landesweiter Koordinator für Krisenberatung, Krisenintervention und Schulleitungsbildung, gab einen Einblick in das Thema „Trauma“. Sein Vortrag war so angelegt, dass die anwesenden Lehrkräfte immer wieder Gelegenheit erhielten, eigene Erfahrungen einzubringen. Im interaktiven Austausch sammelte er die offenen Fragen der Teilnehmer, nahm Impulse aus den Reihen der Zuhörer auf und gab aus seiner Erfahrung heraus wertvolle Denkanstöße. Oliver Klauk ermutigte die Lehrkräfte, Schule als sicheren Ort für Flüchtlingskinder zu gestalten. Über den Weg eines äußeren sicheren Ortes, so Oliver Klauk, könne der Weg zu einer inneren Sicherheit geebnet werden.



Die Bezirksversammlung in Neuwied am 8.11.2016 fand regen Zuspruch.

### Unverarbeitete gefährliche Situationen wirken in der Schule nach

In einem anschaulichen und informativen ersten Teil referierte Oliver Klauk über Basisinformationen zum Thema Psychotrauma. Er ging auf die Hirnstrukturen und -funktionen ein, nannte häufige Symptome im Zusammenhang mit der belastenden Situation, die sich von den Symptomen einer Traumatisierung nicht unterscheiden. Hierzu zählte er beispielsweise Schreckhaftigkeit, Verspannungen, Kopf- und Bauchschmerz, Reizbarkeit, Aggressivität, Schlafstörungen, Depression, Antriebslosigkeit, Ohnmachtsanfälle, Lähmungserscheinungen, Schmerzunempfindlichkeit und Konzentrationsstörungen auf. Wenn die als gefährlich erlebte Situation unverarbeitet bleibe, könne es passieren, dass ein Trigger (Hinweisreiz) dem Körper im Hier und Jetzt die gleiche Gefahr wie in der Vergangenheit signalisiert und es somit wieder zu den Symptomen kommen könne.



Oliver Klauk stellte die Widerstandskraft der Menschen mit Fluchterfahrung heraus und appellierte daran, ihre Ressourcen zu nutzen.

### Begriffsklärung: Traumatisierung

Traumatisierung heißt: „Keine Integration des Erlebten, weil die Notfallreaktion zusammen mit Hilflosigkeit und Ohnmacht verhindern, dass die Informationen in der langsamer arbeitenden Verstandesebene verarbeitet werden. Bruchstücke des Erlebten werden – in unterschiedlichen Wahrnehmungsqualitäten – unzusammenhängend abgespeichert. Sie sind nicht bewusst abrufbar, werden aber durch Ähnlichkeiten im aktuellen Erleben wieder aufgerufen (getriggert).“ Hat ein Kind zum Beispiel viel Blut sehen müssen, so Herr Klauk, kann es sein, dass die



Oliver Klauk versteht es, die Teilnehmer aktiv einzubinden.



Benjamin Bajraktari dankt dem Referenten im Namen des Bezirksvorstandes für den informativen und ermutigenden Vortrag.

Farbe „rot“ generalisiert wird, sodass das Kind beim Anblick eines roten Balles Symptome zeigt. Das, was Lehrerinnen und Lehrer zum Teil als merkwürdiges Verhalten eines Kindes erleben, kann also eine getriggerte Notfallreaktion sein.

**Traumatisierten Schülern mit Wertschätzung und Respekt begegnen**

Oliver Klauk machte deutlich, wie sehr es auf die eigene innere Haltung ankommt. Der oder die Jugendliche mache es so gut, wie er oder sie es im Moment könne, weshalb wir ihnen mit Respekt und Wertschätzung begegnen sollten. Die Hauptkonsequenz beim Arbeiten mit Traumatisierten sei, und so schloss Herr Klauk den Kreis wieder, Schule als sicheren Ort zu gestalten. Grundprinzipien seien hierbei: Orientierung, Strukturierung, Beziehung und Mobilisierung. Abschließend zeigte er Möglichkeiten auf, wie dies

gelingen kann. Vorrangig ginge es darum, erzählen zu lassen, Unterstützung und Sicherheit zu vermitteln, die Bewältigung zu erfragen, Symptomatiken zu normalisieren, Struktur durch Regeln zu geben, Zukunftsperspektiven zu schaffen und Druck bei sich selbst und anderen rauszunehmen.

Fotos: Claus Bier



► VRB-BEZIRKE TRIER UND KOBLENZ: PERSONALRÄTEFORTBILDUNG:

## Personalräte zwischen Wächteramt und Mitbestimmung

Mitte November trafen sich Vertreter der örtlichen Personalvertretungen aus Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen in Treis-Karden zu einer Fortbildung über Rechte und Aufgaben der Schulpersonalräte.



Neben den bekannten HPR- und BPR-Referenten konnten als Gastredner für den Tag Dr. Elisabeth Gläber (Projekt Lehrergesundheit – ADD Trier) und Rudolf Funken (Referat Realschulen plus – ADD Trier) gewonnen werden. Sie informierten über das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), die Gefährdungsbeurteilung bei Schwangerschaften, die Bedeutung des Gliederungsplans und das Erstellen eines Vertretungskonzepts an Schulen.

**„Lehrer von der Straße holen“**

Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Teilnehmer auf die bevorstehende Personalratswahl eingestimmt. Sie bekamen einen Überblick über die Aufgaben zur Einleitung und Vorbereitung der Wahl. Der VRB wird Fortbildungen für die Wahlvorstände anbieten. Informiert wurde über die aktuell laufende landesweite VRB-Aktion „Lehrer von der Straße holen“, die bereits vielfältige Unterstützung erfahren habe.

Christoph Krier referierte über die vielfältigen Aufgaben, die im Laufe eines Schuljahres auf die örtlichen Personalräte zukommen und hob hierbei das Wächteramt und die Beteiligungsrechte des ÖPR hervor. Der Vortrag wurde durch das Arbeiten an Fallbeispielen aus der Praxis ergänzt.

### Unterstützung für schwangere Lehrerinnen: Gefährdungsbeurteilung

Gastreferentin Dr. Gläßer informierte die Anwesenden über das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen plus seien signifikant häufiger von Belastungen betroffen als Kolleginnen und Kollegen anderer Schulformen. Der Referentin war der Hinweis wichtig, dass das BEM nicht als Kontrollinstrument für die Schulleitungen zu sehen sei, sondern als Unterstützungsangebot wahrgenommen werden müsse, um Kolleginnen und Kollegen wieder sukzessiv in den Schulalltag einzugliedern.

Mit Blick auf die neuen Verfahrensvorgaben zur Gefährdungsbeurteilung bei Schwangerschaften informierte Dr. Gläßer, wann und zu welchem Zeitpunkt ein individuelles befristetes Beschäftigungsverbot durch den Gynäkologen und wann ein generelles Beschäftigungsverbot durch den Arbeitgeber bzw. Betriebsarzt ausgesprochen wird. Hier entscheidet die ADD über erforderliche Maßnahmen mit.

### Vertretungskonzepte werden vor Ort erarbeitet

Am Nachmittag referierte Rudolf Funken (ADD Trier) zum Thema Gliederungsplan, erklärte dessen Aufbau und die Bedeutung der Eintragungen. Zu Beginn machte Herr Funken deutlich, dass er sich bei der Arbeit am Gliederungsplan eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Schulleitungen und örtlichen Personalvertretungen sowie dem Bezirkspersonalrat und der Schulaufsicht wünsche. Zweiter Schwerpunkt seines Referats war das Vertretungskonzept, das sich jede Schule selbst gibt und an dessen Ausarbeitung der örtliche Personalrat zu beteiligen ist. Hier verwies er darauf, dass an den Schulen individuelle Konzepte und Lösungen erarbeitet werden müssen, um auf die Gegebenheiten vor Ort reagieren zu können.

### Fragerunde zum Abschluss

Abschließend informierten Christoph Krier und Benjamin Bajraktari aus der Arbeit des Hauptpersonalrates und des Bezirkspersonalrates und beschlossen die Veranstaltung mit der gewohnt interessant verlaufenden Fragerunde.



Christoph Krier referierte über die vielfältigen Aufgaben, die im Laufe eines Schuljahres auf die örtlichen Personalräte zukommen.



Dr. Elisabeth Gläßer informierte die Anwesenden über das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Sie betonte, dass das als Unterstützungsangebot wahrgenommen werden müsse, um Kolleginnen und Kollegen wieder sukzessiv in den Schulalltag einzugliedern.



Benjamin Bajraktari berichtete aus der Arbeit des Bezirkspersonalrates und ging in der abschließenden Fragerunde auf aktuelle Anliegen der Seminarteilnehmer ein.

Fotos: VRB



Christoph Krier  
christoph.krier@vrb-rlp.de

## ► VRB VOR ORT:

## Bezirksverband Koblenz zu Gast an der Realschule plus in Remagen



Vertreter des Bezirksverbands Koblenz trafen sich zu einem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen an der Realschule plus Remagen. Foto: Christian Theissen

Vertreter des Bezirksverbands Koblenz, hierunter der Bezirksvorsitzende und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus bei der ADD in Trier, Benjamin Bajraktari, die Bezirksschriftführerin Joanna Boehlke sowie Diana Schütte-Seitz, Mitglied des erweiterten Bezirksvorstandes, trafen sich Anfang Dezember zu einem gemeinsamen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen an der Realschule plus Remagen.

Der Verband Reale Bildung hält über die Bezirksverbände den Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, um sich ein Bild über die Stimmungslage, die Problembereiche und gelungene beispielhafte Projekte zu machen. Die Wahl fiel u. a. deshalb auf die Realschule plus Remagen, weil diese Schule ausläuft und die Versetzungsproblematik die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sehr beschäftigt.

### Wertschätzung und Transparenz

Die Verbandsvertreter haben eingehend die besondere schulische Situation erörtert und Ratschläge und Hilfestellungen geben können: Es müssen rechtzeitig transparente Lösungen gefunden werden. Wichtig ist, dass alle Beteiligten vor Ort in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst bis zur letzten Minute an der auslaufenden Schule leisten, müssen besondere Wertschätzung und Unterstützung erfahren.

Weitere Gesprächsthemen waren die Situation von Lehrkräften in Vertretungsverträgen, die langfristig auf die Perspektive einer Festanstellung durch das Land hoffen, die Ungleichheit der Bezahlung und – zumindest aus finanzieller Sicht – die nicht ausreichende Wertschätzung der Arbeit von Pädagogischen Fachkräften.

### Engagierte Verbandsarbeit

Abschließend bekräftigte Benjamin Bajraktari das Interesse des Verbandes, im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen zu bleiben, um im gegenseitigen konstruktiven Austausch auch die Erwartungen der Lehrkräfte an ihre Interessenvertretung zu erfahren. Der Bezirksvorsitzende machte allerdings auch deutlich, dass Verbandsarbeit nur Früchte tragen kann, wenn möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer ihren Anliegen eine Stimme geben.



Benjamin Bajraktari stellte weiterführende Hilfe durch den VRB in Aussicht.

Foto: Christian Theissen



## Bezirk Neustadt

Personalratswahlen 2017:



### ► BEZIRKSVERSAMMLUNG NEUSTADT:

## VRB nimmt Lehrerergesundheit ernst: Ihre Stimme ist uns wichtig!

Im Mittelpunkt der jüngsten Bezirksversammlung stand in doppelter Hinsicht „die Stimme“: Zum einen die Stimme der Lehrerin und des Lehrers als kostbares Instrument im Beruf, zum anderen die Stimme in ihrer Bedeutung für den Verband Reale Bildung im Hinblick auf die Personalratswahlen im Mai.

### Starke Stimme im Beruf

Bezirksvorsitzende Saskia Zimmermann begrüßte die Anwesenden und führte in die Thematik ein. Sie betonte den Wert der Lehrerstimme in allen Bereichen von Schule und Unterricht. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass nachweislich viele Lehrkräfte früher oder später gesundheitliche Probleme mit dem intensiv genutzten Medium Stimme haben. Für nicht wenige endeten diese in der Dienstunfähigkeit.

Der VRB nimmt diese Probleme ernst. Deshalb habe man die Logopädin, Stimpädagogin und Stimmtherapeutin Sabrina Roth eingeladen, welche die Thematik im Rahmen eines interaktiven Vortrags mit dem Titel „Starke Stimme im Beruf des Lehrers“ beleuchtete. Die Referentin gab zunächst einen Einblick in das komplexe Feld von Physiologie und Funktion der Stimme. Mithil-

fe verschiedener Videosequenzen veranschaulichte sie die dabei ablaufenden Vorgänge an den Stimmlippen. Auch verschiedene Stimmstörungen wurden so visualisiert.

### Stimmstörungen: Zusammenspiel verschiedener Aspekte

Weiterhin zeigte Sabrina Roth vielfältige Hintergründe und Ursachen von Stimmproblemen auf. Es sei nie nur eine Ursache, die eine Stimmstörung bedinge, vielmehr ein Zusammenspiel verschiedener, sich gegenseitig bedingender Aspekte aus den Bereichen Stimme, Körper und Psyche. Die Stimmtherapeutin betonte, neben verschiedenen körperlichen Ursachen seien es immer häufiger die wachsenden Anforderungen an die Lehrkräfte und die daraus resultierende psycho-emotionale Belastung dieser Berufsgruppe, welche zu vielfältigen Stimmstörungen führten.



Sabrina Roth lud die Teilnehmer ein, verschiedene Übungen durchzuführen und so auch den von ihr im Vorfeld beschriebenen untrennbaren Zusammenhang von Körper, Atmung und Stimme zu erleben.

**Tipps zur Gesunderhaltung der Stimme**

Abschließend gab Frau Roth nützliche Hinweise und Tipps zur Gesunderhaltung der Stimme. In diesem Zusammenhang lud sie die Teilnehmer ein, hierzu verschiedene Übungen durchzuführen und so auch den von ihr im Vorfeld beschriebenen untrennbaren Zusammenhang von Körper, Atmung und Stimme zu erleben.

Die interessierten Anwesenden nutzten bereits während des Vortrags, aber auch im Anschluss die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Auf diese Weise kamen ein reger Erfahrungsaustausch und eine damit verbundene Reflexion von Konsequenzen für den Berufsalltag des Lehrers zustande.

**Personalratswahlen: Kandidatenlisten verabschiedet**

Im zweiten Teil der Bezirksversammlung stellten die Mitglieder aus Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat, Regina Bollinger

(Mitglied BPR IGS), Martin Radigk (Vorstandsmitglied BPR RS plus) und Michael Eich (Vorstandsmitglied HPR RS plus), ihre Aufgabenbereiche im jeweiligen Gremium vor.

Es sei wichtig, betonte der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich, dass in den Bezirks- und Hauptpersonalräten Lehrerinnen und Lehrer vertreten sind, die Schule mit ihren Missständen und Problemen auch in der Praxis erleben.

Satzungsgemäß stellte die Versammlung eine Kandidatenliste des Bezirks Neustadt für die Wahl der Stufenvertretungen (BPR und HPR) auf und verabschiedete diese.

Abschließend machte die Bezirksvorsitzende Saskia Zimmermann noch einmal deutlich, dass der richtige Einsatz der Stimme nicht nur im Kontext von Schule und Unterricht wichtig, sondern auch bei den anstehenden Wahlen von großer Bedeutung sei. Der VRB verfolge realistische Ziele und brauche demnach eine starke Vertretung in ÖPR, BPR und HPR.

Fotos: Wolfgang Wünschel



# ZUR PERSON

Sabrina Roth ist Organisatorin und Referentin eines Internationalen Tages der Stimme. Er findet am 8. April 2017 in Kaiserslautern statt und steht unter dem Motto „Unsere Stimme – dynamisch und flexibel – Ausdruck unseres Selbst“. Infos und Anmeldung unter [www.lauternstimmt.de](http://www.lauternstimmt.de)



Satzungsgemäß wurden die Kandidatenlisten des Bezirks Neustadt für die Wahl der Stufenvertretungen (BPR und HPR) aufgestellt.



Stimmtherapeutin Sabrina Roth zeigte vielfältige Ursachen von Stimmproblemen auf. Es sei nie nur eine Ursache, die eine Stimmstörung bedinge.



Saskia Zimmermann mit ihrem Vorstand: Der VRB verfolgt realistische Ziele und ist eine starke Kraft in den Personalvertretungen!



► IGS-FORUM LUDWIGSHAFEN:

## VRB und PhV gehen auf aktuelle IGS-Anliegen ein

**In der Integrierten Gesamtschule LU-Edigheim fand Ende letzten Jahres das 9. IGS-Forum statt. Die IGS-Foren sind Tagungen, die sich aktueller Probleme in der IGS annehmen und Fragen der Anwesenden klären. Veranstaltet werden sie durch den Verband Reale Bildung (VRB) und den Philologenverband (PhV).**

Nach der Begrüßung durch Christoph Schneider (VRB) erläutert Christiane Mai (PhV) die Probleme des Faches Gesellschaftslehre in der IGS. Da die Fächer Erdkunde, Sozialkunde und Geschichte in diesem Fach subsumiert sind, ist es nicht mehr möglich, den Schülerinnen und Schülern ein stringentes Wissen der einzelnen Disziplinen zu vermitteln. Das jeweils Fachliche wird nur punktuell unterrichtet, sodass kein Wissenszusammenhang entstehen kann, was den Lernerfolg deutlich verringert. Wenn in der Oberstufe eines dieser Fächer als Leistungskurs gewählt wird, müssen die Schülerinnen und Schüler wissen, welche Inhalte hinter diesen Fächern stehen. Deshalb ist es eine gemeinsame Forderung der Verbände, die Fächer Erdkunde, Sozi-

alkunde und Geschichte wie an der Mehrheit der Realschulen plus und Gymnasien einzeln zu unterrichten.

Robert Tophofen (PhV) erklärte im Anschluss Regeln und Verfahrensweisen der A14-Beförderungen für Kolleginnen und Kollegen des Lehramts für Gymnasien. Unter anderem erläuterte er auch die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei den Beförderungen. Hierzu entwickelt sich anschließend eine rege Diskussion.

Regina Bollinger (VRB) zeigte auf, was beim Einsatz von Realschul- sowie Hauptschullehrkräften in der Oberstufe zu beachten ist. In der IGS dürften bei Bedarf auch nichtgymnasiale Lehrkräfte Grundkurse in der Oberstufe übernehmen. In Abhängigkeit vom Einsatzumfang redu-

ziert sich die Unterrichtsverpflichtung. Bollinger ging in diesem Zusammenhang auch auf Verfahrens- und Vertragsschwernisse bei teilzeitbeschäftigten Tarifbeschäftigten ein.

Zum Schluss führte Horst Wittig (PhV) aus, was Potentialanalysen sind und welche Rahmenbedingungen die Durchführung voraussetzen. Ziel der Potentialanalysen ist sowohl der Ausbau der Berufsorientierung als auch die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Der PhV-Referent beschrieb als Probleme einen hohen Personal- sowie Zeitaufwand. Insgesamt sei zu befürchten, dass die Potenzialanalyse trotz des großen Aufwands nur wenig neue Erkenntnisse erbringe.

Wenn Sie daran interessiert sind, dass das nächste IGS-Forum an Ihrer Schule stattfindet, lassen Sie uns das wissen.

Foto: Saskia Zimmermann



IGS-Forum - Die Teilnehmer mit den Referentinnen und Referenten Christoph Schneider (9. v. li.), Regina Bollinger (8. v. li.), Christiane Mai (10. v. li.), Horst Wittig (11. v. li.) und Robert Tophofen (12. v. li.). Seitens des VRB-Bezirksverbandes waren darüber hinaus Saskia Zimmermann (hinter der Kamera) und Katharina Bitz (re.) anwesend.

► VRB-BEZIRK NEUSTADT: PERSONALRÄTEFORTBILDUNG:

## Stressmanagement: Lehrkräfte müssen nicht immer erreichbar sein und überall arbeiten



60 Personalvertreter aus 30 Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen nahmen an der Herbstfortbildung des VRB teil. Im Mittelpunkt standen Lehrgesundheit und Arbeitsplatzqualität sowie die Beteiligungsrechte der Schulpersonalräte.



Die Diplompsychologen Dr. Tanja Kurtz und Till Beutel, Referenten des Instituts für Lehrgesundheit (IfL), stellten den Personalvertretern das Angebot ihres Instituts vor und veranstalteten Workshops zum Thema „Stressmanagement“.

An der Herbstfortbildung des VRB nahmen mehr als 60 Personalvertreter aus 30 Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen teil. Im Mittelpunkt standen einerseits Lehrgesundheit und die Qualität des Arbeitsplatzes, andererseits die Beteiligungsrechte der Schulpersonalräte.

Die Diplompsychologen Dr. Tanja Kurtz und Till Beutel, zwei Referenten des Instituts für Lehrgesundheit (IfL), stellten den Personalvertretern das Angebot des Instituts für Lehrgesundheit (IfL) vor und leiteten Workshops zum Thema „Stressmanagement“.

Dabei wurde über die verschiedenen Arten von Stress informiert. Nachdem die Kolleginnen und Kollegen ihre individuellen Stressfaktoren hinterfragten, konnten sie unterschiedliche Möglichkeiten zur Stressvermeidung bzw. zum Abbau der psychischen Belastung kennen.

Es stellte sich heraus, dass es von großer Bedeutung ist, Grenzen zu setzen. Sich sowohl in der Zeitplanung als auch der Auswahl des Arbeitsplatzes arbeitsfreie Räume zu schaffen, wurde als wichtiger Ratschlag mit auf den Weg gegeben: Lehrkräfte müssen nicht immer erreichbar sein und überall arbeiten.

Auch in der Gestaltung des Schularbeitsplatzes sollte auf Ruhezeiten und Ruhezeiten geachtet werden. Hier kommt dem Personalrat aufgrund seines Mitbestimmungsrechtes eine besondere Rolle zu.

Die VRB-Bezirksvorsitzende Saskia Zimmermann dankte den Referenten des IfL und machte auf die VRB-Kampagne für Lehrgesundheit aufmerksam. Der Verband Reale Bildung fordert mehr finanzielle Mittel für Gestaltung des Arbeitsplatzes in den Schulen und mehr Ressourcen in der Personalausstattung, um so notwendige Maßnahmen zur Unterstützung der Lehrgesundheit umzusetzen. Daher schätzt der VRB die Arbeit des IfL und wird das Institut weiter begleiten.

### Weitere Schwerpunkte der Fortbildungsveranstaltung

- Katharina Bitz zeigte die Veränderungen in den organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen der ADD auf.



Bezirksvorsitzende Saskia Zimmermann blickte auf die im nächsten Jahr anstehenden Personalratswahlen und informierte über die Bildung des Wahlvorstandes und dessen Aufgaben. Sie wies auf die Bedeutung der Wahlen hin: „Jede Schule sollte eine handlungsfähige Personalvertretung haben.“

- Tatjana Kuhn erläuterte die Neuerungen des Gliederungsplanes und gab Hinweise für die inner-schulische Erörterung.
- Michael Eich klärte aktuelle Fragen zur Mehrarbeit anhand von Fallbeispielen und berichtete aus der Arbeit des Hauptpersonalrates.
- Martin Radigk gab Hinweise zu Altersteilzeitregelungen und berichtete aus der Arbeit des Bezirkspersonalrates.
- Saskia Zimmermann blickte in ihrem Vortrag zur Bildung des Wahlvorstandes und dessen Aufgaben auf die im nächsten Jahr anstehenden Personalratswahlen und wies auf die Bedeutung der Wahlen hin: „Jede Schule muss eine handlungsfähige Personalvertretung haben. Voraussetzung für eine reibungslose Personalratswahl ist ein gut geschulter Wahlvorstand.“

Bis zum Februar werden von den derzeitigen Personalvertretungen Wahlvorstände berufen, die noch zur Wahlvorstandsschulungen am 16. Februar 2017 in Mutterstadt eingeladen werden.

Fotos Wolfgang Wünschel



**Martin Radigk**  
martin.radigk@vrb-rlp.de

#### Für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bietet das IfL u.a. an:

- Individuelle Beratung bei gesundheitlichen Fragestellungen
- Gesundheits- und Fitness-Check-Ups für Lehrkräfte
- Impfmanagement
- Fragen zum Mutterschutz
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

#### Für Schulen sind im Angebot:

- Gefährdungsbeurteilungen und Schulbegehungen
- Beratung bei der Arbeitsplatzgestaltung
- Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Studientagen in Zusammenarbeit mit den Schulpsychologischen Beratungszentren (SPBZ)



Die VRB-Referenten (von links: Martin Radigk, Tatjana Kuhn, Saskia Zimmermann, Katharina Bitz und Michael Eich) fordern, auch in der Gestaltung des Schularbeitsplatzes mehr auf Ruhezeiten und Ruhezeiten zu achten.

► REISS-ENGELHORN-MUSEUM MANNHEIM:

## Barock – Nur schöner Schein?



**Dieser Frage gingen kulturhistorisch interessierte VRB-Mitglieder während einer fachkundigen Führung durch die Barock-Ausstellung im Reiss-Engelhorn-Museum nach. Anhand von ca. 300 Exponaten wird dort diese Epoche in sechs Themenkomplexen charakterisiert.**

Eine Museumspädagogin erläuterte in der 1. Sequenz „Raum“: Weltreisen nahmen dank verbesserter Navigation und Schiffbaukunst stark zu, was auch die große Anzahl von Schiffsgemälden aus dieser Zeit belegen. Luxuriöse Reiseschreibtische und Reisenecessaires, die mit auf die Reise gingen, konnten in der Ausstellung bestaunt werden. Auch die Wagenbaukunst wurde verbessert, so dass luxuriöse Karossen mit edler Ausstattung die Reisen zum Erlebnis werden ließen.

In der Sequenz „Körper“ konnten die Teilnehmer Gemälde mit den für diese Zeit bekannt üppigen Körpern bewundern.

Das Zeitalter des Barocks war auch eine Zeit der Entfaltung von „Wissen“, mit weitreichenden Entwicklungen und Erfindungen großer Wissenschaftler wie Galileo Galilei, Blaise Pascal und Isaak Newton. Ein Minimikroskop von Leeuwenhook das 270-fach vergrößerte, wurde von den Teilnehmern bestaunt.

„Ordnung“ ist ein weiterer Themenkomplex in der Ausstellung. Deutlich wird dies in der Gesellschaftsordnung, der damaligen Ständehierarchie, die neben üppig lebenden Ständen auch viele Menschen im Elend und in Krankheiten verharren ließen. Eine strenge Ordnung zeigte sich auch in der Stadt- und Gartenplanung, so ist Karlsruhe (1715) beispielsweise in Fächerform angelegt worden.

„Glauben“, eine weitere Sequenz der Ausstellung, weist auf die Glaubenskriege der Reformation und Gegenreformation hin. Der üppige Baustil barocker Kirchen und Schlösser vor allem in katholischen Gegenden, sollte u. a. die Menschen beeindrucken und an die Kirche binden, erläuterte die Historikerin.

Im abschließenden Kapitel wird diese Zeit anhand großzügig ausgestatteter Uhren dargestellt. In Gemälden finden sich oft versteckte Hinweise auf die Vergänglichkeit, z. B. in Blumenstillleben mit einer bereits verwelkten Blüte.

Im Museumscafé kamen die Teilnehmer in einer lebhaften Diskussion überein, dass den Menschen im Barock der „schöne Schein“, vielleicht auch im Hinblick auf die Vergänglichkeit sehr wichtig war.

Foto: VRB

Text: Gudrun Deck

► SPRECHSTUNDEN IM BEZIRK NEUSTADT:

## Miteinander füreinander – VRB VorOrt

Wir kennen das alle: Uns schwirrt eine Frage oder ein Problem im Kopf herum und wir kommen nicht mehr davon los. Im Kollegium weiß auch niemand so wirklich Rat. Auch gibt es Themen, über die man nicht im Kollegium oder mit der Schulleitung sprechen möchte. Oder es beschäftigen einem die Herausforderungen des Schulalltags, worüber man sich einmal mit unbeteiligten Kolleginnen oder Kollegen auf Augenhöhe austau-

schen möchte. Daher lädt der Bezirksvorstand Neustadt zu einem konstruktiven Dialog ein.

In einer geschützten Atmosphäre stehen Ihnen „Bildungsrealisten“ des VRB in ausgewählten Räumlichkeiten auch für verbandbezogene Fragen zur Verfügung.

Bislang wurden die Sprechstunden für Mit- und Nichtmitglieder in Flonheim, Kaiserslautern und Landau angeboten.

Nacheinander wird der VRB in allen Regionen des Bezirks „Vor Ort“ sein, um dort miteinander füreinander da zu sein.

Aktuelle Termine finden Sie auf unserer Homepage. Für Ihre eigene Planungssicherheit bieten wir Ihnen gerne an, sich für die Sprechstunde bei der Bezirksvorsitzenden anzumelden:

saskia.zimmermann@vrb-rlp.de

## Bezirk Trier

Personalratswahlen 2017:



### ► BEZIRKSVERSAMMLUNG:

## Notengebung: transparent – begründet – nicht anfechtbar

Im Fokus der diesjährigen Bezirksversammlung standen das Thema „Notengebung: transparent – begründet – nicht anfechtbar“ und die im Jahr anstehenden Personalratswahlen. Bezirksvorsitzender Christoph Krier zeigte sich erfreut, dass zahlreiche interessierte Kolleginnen und Kollegen der VRB-Einladung gefolgt waren.

pädagogische Verantwortung und Freiheit der Lehrkraft. Sie erinnerte daran, vielfältige mündliche, schriftliche und praktische Beiträge zu berücksichtigen. Auch der Umgang mit der Anfechtung von Noten und das rechtliche Vorgehen

### Notengebung ist und bleibt Herausforderung

Im ersten Teil referierte die VRB-Justitiarin, Rechtsanwältin Antonia Dufeu, zum Thema Notengebung. Anhand alltags-tauglicher Fälle erklärte die Anwältin, wie Lehrerinnen und Lehrer mit Konfliktsituationen, die durch die Notenbildung entstehen, umgehen können und sollten.

Nachdem der Begriff der Note umfassend geklärt war, bestätigte die Referentin die



Bezirksvorsitzender Christoph Krier zeigte sich erfreut, dass zahlreiche interessierte Kolleginnen und Kollegen der VRB-Einladung gefolgt waren.



Die Mitgliederversammlung nominierte satzungsgemäß Kandidatinnen und Kandidaten für die VRB-Liste bei der Wahl zum HPR und BPR.

wurden den Zuhörern verdeutlicht. Die vorgetragenen Informationen gaben den Teilnehmern einen umfassenden Überblick über die komplexe Thematik. Offene Fragen konnten geklärt werden. Unbestritten blieb, dass auch künftig die Notengebung für alle Unterrichtenden eine stetige Herausforderung bleibt.

**Wertschätzung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen in den Fokus gerückt**

Im Anschluss an den öffentlichen Teil der Veranstaltung stimmte der Bezirksvorsitzende die Mitgliederversammlung des Bezirks Trier auf die bevorstehenden Personalratswahlen ein. Er griff die Leitgedanken der letzten Hauptversammlung auf, die die Verbandspolitik als VRB-Koordinaten bestimmen: Wertschätzung – Arbeitsplatz – Unterrichtsqualität. „Einen ersten Aufschlag haben wir mit einer Plaka-

taktion und einer Schulumfrage gemacht und dabei die Wertschätzung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen in den Fokus gerückt, die seit drei, vier oder mehr Jahren in Vertretungsverträgen beschäftigt sind und auf eine Planstelle warten. Hier muss sich etwas ändern!“.

**Mit starker Stimme auftreten**

Der Bezirksvorsitzende appellierte an die Verbandsmitglieder, in den kommenden Monaten mit einer starken Stimme aufzutreten. Er gab als Ziel aus, gestärkt aus den Personalratswahlen im Mai 2017 hervorzugehen. Das gelte für alle Ebenen: die örtlichen Personalräte, den Bezirkspersonalrat (BPR) und den Hauptpersonalrat (HPR).

Die Mitgliederversammlung nominierte satzungsgemäß Kandidatinnen und Kandidaten für die VRB-Liste bei der Wahl zum HPR und BPR. Im Namen des gesamten Bezirksvorstandes bedankte sich Christoph Krier für die Unterstützung der Mitglieder, die sich mit ihrer Nominierung für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen einsetzen möchten.



Im ersten Teil referierte Rechtsanwältin Antonia Dufeu zum Thema Notengebung.

Fotos: Holger Schwab

**Anna Becker**  
anna.becker@vrb-rlp.de

**Christoph Krier**  
christoph.krier@vrb-rlp.de



Mitglieder des Bezirksvorstands sind vor Ort im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen (hier der RS plus Nelson-Mandela-Trier, RS plus Trier-West, RS plus Trier-Ehrang und der RS plus Schweich mit FOS). Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs stehen Themen wie Vertretungsverträge und Unterrichtsversorgung, Inklusion und Sprachförderung, Schulentwicklung und Fachoberschule sowie Unterrichtsqualität und Berufsorientierung.

#### ► VRB-TRIER VOR ORT:

## Miteinander füreinander: Neue Impulse gewinnen

**Ein starker Verband muss den Schulalltag kennen und mit den dort wirkenden Menschen stets im Austausch stehen. Dies hat für den VRB Tradition. Aktuell nutzt Bezirksvorsitzender Christoph Krier das Projekt „VRB vor Ort: Miteinander füreinander“ auch, um sich und seinen neuen Bezirksvorstand „vor Ort“ vorzustellen.**

#### Impulse für die Verbandsarbeit

Die Mitglieder des Bezirksvorstands besuchen verschiedene Schulstandorte im Bezirk Trier, um dort mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern ins Gespräch zu kommen, ohne dass diese weite Anreisen auf sich nehmen müssen. Hierzu werden auch die umliegenden Schulen an den jeweiligen Tagungsort eingeladen. Der Bezirksvorstand erhofft sich, hierdurch unmittelbar Einblicke in die Bedürfnisse der Schulen vor Ort und der Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen und neue Impulse für die Verbandsarbeit zu erhalten.

Zuletzt fanden Schulgespräche an der Nelson Mandela Realschule plus Trier und der Realschule plus mit FOS Birkenfeld statt. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs standen u.a. die Themen Vertretungsverträge für Lehrkräfte, Deutsch als Zweitsprache, die Fachoberschule und der Berufsorientierung.

#### Vielfältige Anliegen: Nachsteuern erforderlich

Die Teilnehmer der Gesprächsrunden waren sich einig, dass Vertretungsverträge für Lehrkräfte, die immer wieder verlängert werden, sowohl für die betroffenen

Kollegen als auch für die Schulen unzumutbar sind. Kontinuität geht verloren und erschwert zielgerichtete Arbeit.

Im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) wünschen sich die Kolleginnen und Kollegen mehr Fortbildungsangebote und mehr Zusammenarbeit mit anderen weiterführenden Schulen.

Die FOS wird als Chance gesehen. Wünschenswert sind Fortbildungsangebote zur Leistungsmessung und Individualisierung. Es mangelt bei der individuellen Förderung an Diagnostikmitteln und der Materialien.

Die Kompetenzanalyse nach Profil AC erscheint den Gesprächspartnern sinnvoll, allerdings muss noch dringend an den Organisationsmöglichkeiten für die Schulen gearbeitet werden. Die erkennbar interessanten Analyseergebnisse bedürfen einer Verankerung im Alltag, um gewinnbringend für die Schülerinnen und Schüler genutzt werden zu können.

Begrüßt wird, dass es gelungen ist, eine neue Funktionsstelle an den Realschulen plus mit über 540 Schülern zu etablieren. Die Aufgabenvielfalt an der Realschule

plus ist in den letzten Jahren so umfangreich und vielfältig geworden, dass der neue „Didaktische Koordinator“ nicht ausreichen wird. Nachsteuern ist erforderlich.

Dem Wohl der Schülerinnen und Schüler kann man durch den Aufbau multiprofessioneller Teams dienen. Darüber hinaus sollte es Möglichkeiten geben, die Stundenkontingente der Schulsozialarbeit bedarfsgerecht anzupassen.

#### Kreative Ideen an den Schulen

Bemerkenswert war, dass es neben vielen Verbesserungsideen und dem Blick auf notwendige Unterstützungsmaßnahmen auch möglich war, die gute Arbeit an den Realschulen plus zu beschreiben und zu würdigen. Es ist beeindruckend, wie motiviert sich Kolleginnen und Kollegen für Bildung und Unterrichtsqualität einsetzen und welche kreativen Ideen an den Schulen verwirklicht werden.

Ein Teilnehmer merkte an, dass die Schule Birkenfeld durch die neue Schulform Aufschwung erfahren habe. Empfohlen wird, die Chancen der FOS auch andersorts auszubauen. „Mögen die positiven Seiten und Chancen für unsere Schülerinnen und Schüler der Realschule plus nicht nur uns Kollegen, sondern auch dem Ministerium, der Wirtschaft und den Eltern ins Auge stechen, damit wir unseren Schülerinnen und Schülern weiter eine echte Alternative zum Gymnasium sein können.“

Foto: Holger Schwab



**Katharina Becker**  
katharina.becker@vrb-rlp.de



Foto: fotolia.de

## Bezirk Trier

**84. Geburtstag**  
Josef Hilgers 19. März

**79. Geburtstag**  
Horst F. Catrein 10. März

**78. Geburtstag**  
Friedrich Tesch 3. März  
Hartmut Guckert 10. April  
Josef Braun 12. April  
Dieter Westhäusler 16. April

**77. Geburtstag**  
Ingrid Praus 17. Januar

**76. Geburtstag**  
Klaus Nober 12. Januar  
Herbert Pies 1. März

**75. Geburtstag**  
Ruprecht Matuschek 24. Februar

**74. Geburtstag**  
Jürgen Mayer 20. Januar  
Birgitt Maczuck 13. April

**72. Geburtstag**  
Christiane Werner 6. Februar  
Mechthild Büttner 10. Februar

**71. Geburtstag**  
Götz Krieger 13. April

**70. Geburtstag**  
Manfred Schäfer 16. März

## Bezirk Koblenz

**87. Geburtstag**  
Gabriele Rodenstock 19. März

**85. Geburtstag**  
Charlotte Hüschen-Ripplinger 2. März

**84. Geburtstag**  
Herbert Simons 13. April

**83. Geburtstag**  
Herbert Flögel 28. April

**81. Geburtstag**  
Dr. Wolfgang Schaefer 24. April

**80. Geburtstag**  
Hannelore Mannheim 16. April  
Rudolf Lamerz 28. April

**79. Geburtstag**  
Dieter Seidenberg 12. 01  
Wilfried Kälicke 14. März

**78. Geburtstag**  
Ernst Pobloth 31. März

**77. Geburtstag**  
Ludwig Chmela 3. März  
Helmut Köllig 28. März  
Horst Neumeyer 2. April

**76. Geburtstag**  
Evelyn Czybulka 10. März  
Brigitte Burth 1. April  
Horst Gerber 16. April  
Marlene Breil 22. April

**74. Geburtstag**  
Rüdiger Kosinski 2. April

**73. Geburtstag**  
Gerwig Adam 13. Februar  
Ursula Giesen 24. Februar  
Dieter Zorbach 28. Februar  
Klaus Ginter 26. März

**72. Geburtstag**  
Traute Backes 27. Januar  
Detlef Heep 5. Februar

**71. Geburtstag**  
Hannelore Griesel 22. Februar  
Hans-Peter Wüst 17. März  
Irmtraud Schneider 20. März

**70. Geburtstag**  
Margret Hess 1. Januar  
Werner Eckes 18. April



## Bezirk Neustadt

### 94. Geburtstag

Dr. Hermann Bierbaum 7. März.

### 90. Geburtstag

Joachim Diery 14. April

### 85. Geburtstag

Richard Scherer 5. April

### 84. Geburtstag

Berthold Hauck 23. Januar  
Norbert Freiermuth 25. Januar

### 82. Geburtstag

Rainer Jung 17. Februar  
Karl Gerd Scheidt 19. April

### 81. Geburtstag

Roland Speitel 14. Januar  
Gerhard Sattel 15. Februar  
Kunibert Stanko 26. März

### 80. Geburtstag

Rudolf Klöckner 8. Januar  
Arno Wolff 13. März

### 79. Geburtstag

Bernd Werdich 26. Januar  
Frank Peter Mutzbauer 27. Januar  
Nordfrid Schiller 12. Februar  
Werner Lugenbühl 21. Februar

### 78. Geburtstag

Georg Stenner 18. Januar  
Mechthild Töpfer 1. April  
Brigitte Minarech 10. April

### 77. Geburtstag

Reinhard Kermann 22. Februar

### 76. Geburtstag

Klaus-Jürgen Pohlit 3. Februar  
Axel Hübler 16. Februar  
Edeltraut Bäuerlein 21. März  
Horst Jurczyk 12. April

### 75. Geburtstag

Heidemarie Stappert 8. Februar

### 74. Geburtstag

Gudrun Lorenz 20. Januar  
Karl-Heinz Hebllich 2. Februar  
Bernd Holler 16. Februar  
Jürgen Schmidt 1. April  
Bärbel Müller 6. April

### 73. Geburtstag

Hartmut Petrus 21. Januar  
Brigitte Herbert 22. Januar  
Heinz Mahlerwein 5. Februar  
Dietmar Gottlieb 13. März

### 72. Geburtstag

Dr. Peter Willenbacher 7. Februar  
Ernst Geiger 25. April

### 71. Geburtstag

Heinz-Richard Funck 21. April  
Walter Mainer 25. April  
Wolfgang Häring 25. April

### 70. Geburtstag

Jürgen Braun 5. Februar

---

**Haben wir jemanden vergessen?  
Bitte entschuldigen Sie unser  
Versehen – wir sind dankbar für  
Ihren Hinweis.**

## Vorschau auf das nächste Heft



### In der kommenden Ausgabe:

- berichten wir über eine landesweite VRB-Planstellen-Aktion,
- gratulieren wir vier Referendaren zum Examen und sprechen mit ihnen über die Optimierung schulischer Ausbildungsbedingungen,
- interviewen wir den Präsidenten der Technischen Hochschule Bingen,
- schauen wir auf ein MINT-Forum in Berlin,

- beleuchten wir den schulischen Datenschutz,
- stellen wir die Kandidaten und VRB-Konzepte für die Personalratswahl vor,
- berichten wir über die VRB-Angebote und -Veranstaltungen für Wahlvorstände.

Und wir fassen in einem Sonderteil die Ergebnisse des VRB-Fachkongresses „Schule 4.0 – vernetztes Lernen in einer digitalen Welt“ zusammen.

► DER VRB GRATULIERT:

## Hans Thielen feiert 80. Geburtstag

„Verbandsarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie von möglichst vielen Menschen getragen wird. Viele Hände schaffen das Ganze.“



*Bernd Karst gratuliert im Namen des Landesvorstandes dem ehemaligen Landes- und Bundesvorsitzenden Hans Thielen zum 80. Geburtstag. Im Mittelpunkt des Gespräches der beiden Ehrenvorsitzenden standen Erinnerungen an den Aufbau und die Weiterentwicklung des Realschulwesens sowie die aus vielen Beispielen abgeleitete Feststellung, dass es unserem Verband gelungen ist, elementare Profile der Realschule in die neue Schulart Realschule plus zu übertragen.*

**Bevor ich ins persönliche Detail gehe, möchte ich eine kleine Geschichte zitieren. Sie stammt aus dem Buch von Gustav Keller „Dümmer, frecher, fauler“, herausgegeben im Jahre 2005 im Auer Verlag (Stichwort: „Tierwelt gründet Schule“, S. 5 f.). Ich habe diese Parabel ausgewählt, weil sie die jahrzehntelange Verbandsarbeit unseres Ehrenvorsitzenden Hans Thielen begreifbar macht.**

Das Eichhörnchen, das im „Klettern“ herausragend war, bekam Muskelkater im Fach „Fliegen“, zumal der Lehrer auch noch forderte, beim Fliegen vom Boden aus zu starten und nicht nur vom Baumwipfel. Die Überanstrengung führte dann sogar im Lieblingsfach „Klettern“ nur noch zu befriedigenden Leistungen.

### Plädoyer für ein leistungsbezogenes Schulsystem

Der Bezug zu Hans Thielen ist leicht herzustellen: Hans Thielen hat sich in besonderer Weise für ein differenziertes Schulwesen eingesetzt. Er hätte niemals zugestimmt, „Adlern, Eichhörnchen und Kaninchen“

gleiche Leistungen abzuverlangen. In seiner VDR-Bilanz zur Landtagswahl 1996 sagte Hans Thielen (Realschule in RLP, Heft 1/96, S. 3): „Ein leistungsbezogenes Schulsystem, in dem allein oder gemeinsam erzielte Erfolge auch die notwendige Freude vermitteln, ist für den VDR eine fundamentale Voraussetzung für jede zukunftsorientierte Bildungspolitik. Daran muss sie sich messen lassen.“

1936 in Trier geboren, hatte sich Hans Thielen schon früh in seiner beruflichen Laufbahn für die Realschule entschieden. Nach den anfänglichen Dienstjahren in einer einklassigen Volksschule in der Eifel entschied er sich zum Laufbahnwechsel. 1967 legte er die „Aufstiegsprüfung“ für das Lehramt an Realschulen ab, unterrichtete dann an der Robert-Schumann-Realschule in Trier und wurde 1973 Gründungsschulleiter der Realschule Speicher. Von 1987 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2002 leitete er die Hermann-Staudinger Realschule Konz.

Verbandserfahrung erwarb Hans Thielen zunächst im Bezirksverband Trier. Dort war er von 1975 bis 1981 Bezirksvorsitzender. Sein Wirkungskreis sollte sich von 1981 an sukzessive erweitern. Hans Thielen ließ sich dafür allerdings Zeit. Er wurde am 22. Mai 1981 von der VDR-Hauptversammlung zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

### Schulgeschichtlicher Exkurs in die verbandspolitische Anfangsära des Jubilars

Ein persönlicher Rückblick ist zeitlich immer auch mit markanten Situationen und objektiven Sachverhalten verbunden. So mag es an dieser Stelle von besonderem Interesse sein, einmal in Erinnerung zu rufen, welche Forderungen das Antragspaket der Hauptversammlung 1981 enthielt. Aufschlussreich ist dieser Rückblick sowohl für jene, die diese Zeit im aktiven Schuldienst erlebten, als auch für jüngere Kolleginnen und Kollegen, die sich ein wenig für die rheinland-pfälzische Schulgeschichte interessieren. Der Blick in die Tagungsunterlagen der Hauptversammlung von 1981 würde manche Erstaunen auslösende Vergleiche mit der Gegenwart provozieren. Fünf Beispiele aus dem Jahre 1981 habe ich ausgewählt:

#### Beispiel 1: Antrag 17

**Der Landesvorstand wird beauftragt, sich nachdrücklich beim Kultusministerium für eine Senkung der Klassenmazzahl von 27 + 10% einzusetzen.**

**Beispiel 2: Antrag 30**

Gefordert werden die Kündigung des „Stillhalteabkommens der Länder“ und eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Stunden.

**Beispiel 3: Antrag 36**

Gefordert wird die Anhebung der Funktionalermäßigung auf 3/3.

**Beispiel 4: Antrag 38**

Gefordert werden feste Anrechnungsstunden für Klassenleiter, Beratungslehrer und Fachkonferenzleiter.

**Beispiel 5: Antrag 43**

Gefordert wird eine Neuregelung der Anrechnungsstunden für Personalratsmitglieder vor dem Hintergrund, dass nur 1 Anrechnungsstunde gewährt wird.

Manches Anliegen von 1981 ist längst erfüllt, mancher Antrag ließe sich leicht in den Forderungskatalog der nächsten Hauptversammlung im Jahr 2020 einfügen.

Übrigens hatte die damals amtierende Kultusministerin Dr. Hanna-Renate Laurien 1981 vor der Realschullehrerschaft in Mainz ihren letzten Auftritt in Rheinland-Pfalz, bevor sie als Senatorin nach Berlin wechselte. Rheinland-pfälzische Politiker zog es immer gerne nach Berlin. Auch Hans-Thielen zog es häufig nach Berlin – aber erst viel später, als Berlin Bundeshauptstadt wurde, später in seinen neuen Funktionen - zunächst als Stellvertretender Bundesvorsitzender und ab dem 8. Mai 1998 als Bundesvorsitzender des VDR.

**Rollenvielfalt und Loyalität**

Zurück zur Arbeit in Rheinland-Pfalz. In der Ära des Landesvorsitzenden Heinz-Dieter Heers, also von 1981 bis 1990, war Hans Thielen Stellvertretender Landesvorsitzender. Was Hans Thielen auszeichnete, war seine uneingeschränkte Loyalität. Hans Thielen hat immer die vorgegebenen Rollen respektiert – und forderte umgekehrt entsprechende Korrektheit ebenso deutlich ein.

Als Mitglied des Hauptpersonalrates und als Landesvorsitzender wusste er sehr gut zu unterscheiden, in welcher Funktion er jeweils zu agieren hatte. Er bewegte sich in seiner Rollenvielfalt zwischen gebotener Zurückhaltung und erwarteter Offensive. In seiner Rolle als VDR-Landesvorsitzender von 1993 bis 1998 ging Hans Thielen mit seinem ganzen politischen Gewicht in die Offensive. Er bediente sich dabei einer unnachahmlichen Rhetorik. Hierzu eine kleine „Kostprobe“, die beim Lesen ein wenig Konzentration abverlangt (Die Realschule in RLP, Heft 1/96, S. 2): „Dass Schule, insbesondere die Realschule, aufgrund ihres Bildungsauftrages gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen zwar rezipiert, dass sie aber als Organismus Zeit zur Adaption sol-



*Die Geschichte des VDR/VRB hat eine lange Tradition, die sich auch personell widerspiegelt. Die Landesvorsitzenden unter sich (vlnr): Klaus-Peter Wyrwoll (Amtszeit: 1975-1981), Karl-Heinz Dahlke (1990-1993), Hans Thielen (1993-1998), Werner Schappert (1965-1975) und Heinz-Dieter Heers (1981-1990).*

cher Vorgänge braucht, vor allem aber ein Klima der Bereitschaft und die strukturellen Voraussetzungen, ist im Laufe dieser Jahre auf der politischen Seite nicht deutlich geworden. Der VDR hat sich mit Entschiedenheit gegen die Auswüchse dieser Politik gewandt und dabei auch Erfolge erzielt.“

Hans Thielen setzte auf Teamgeist aus der Erkenntnis, dass Verbandsarbeit nur erfolgreich sein kann, wenn sie von möglichst vielen Menschen getragen wird. In einem Interview in der „Realschule in Rheinland-Pfalz“ (Heft 4/96, S. 140) wurde ihm die Frage gestellt: „Herr Thielen, Ihre beruflichen und verbandspolitischen Verpflichtungen erfordern einen hohen zeitlichen Aufwand. Ist das, was Sie sich vorgenommen haben, leistbar?“ Landesvorsitzender Thielen antwortete: „Als Vorsitzender muss ich mich auf das politisch Wesentliche beschränken, aber viele Hände schaffen das Ganze.“

Zum Landesvorsitzenden wurde Hans Thielen auf dem Landesrealschultag in Bingen gewählt. Hier ein Zitat aus seiner Antrittsrede in Anwesenheit der Kultusministerin Rose Götte (Die Realschule in RLP, Heft 3/93, S. 181): „Frau Ministerin, die Realschullehrerinnen und Realschullehrer stehen als Beamte loyal hinter jeder demokratisch gewählten Regierung. Als Bürger und Pädagogen erlauben wir uns jedoch eine eigene Meinung.“

Die Hauptversammlung in Bingen war für Hans Thielen ein guter Ausgangspunkt für die nachfolgend erfolgreiche Tätigkeit als Landesvorsitzender in der Zeit von 1993 bis 1998. Anerkennend schrieb die Chefredakteurin unserer Verbandszeitschrift Christiane Lehmann nach dem Ausscheiden von Hans Thielen aus dem Landesvorstand anlässlich seines Wechsels in das Amt des VDR-Bundesvorsitzenden (Die Real-

schule in RLP, Heft 3/1998, S. 10): „Wer Hans Thielen kennt, weiß, dass er kein Mann von Halbherzigkeiten ist. (...) Sein hoher Sachverstand, sein sicheres politisches Gespür, sein hartnäckiges Verhandlungsvermögen und Verhandlungsgeschick, sein bewundernswerter Fleiß und sein ständiger persönlicher Einsatz zum Wohle unserer Schulart bleiben uns auf höherer Ebene erhalten (...).“

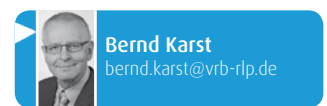
#### Wirkungskreise auf Bundesebene

Zwischen 1998 und 2002 war Hans Thielen VDR Bundesvorsitzender. Er nutzte dieses Mandat, sich mit wichtigen Ansprechpartnern zu vernetzen. Dazu gehörten die Wirtschaftsverbände wie DIHK, BDI und BDA, Kultusministerinnen und Kultusminister, Bildungsgremien der Parteien, Verbände und Kirchen und der Bundeselternrat. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Verbandsarbeit auf Bundesebene blieb er dem VDR und dem VRB eng

verbunden. In souveräner Alltagsdistanz ist er als sachkundiger Mitarbeiter zu den Wurzeln der Verbandsarbeit zurückgekehrt. Er war bis vor wenigen Jahren im Referat „Beamtenrecht und Versorgung“ ein wertvoller Ratgeber und in schulpolitischen Fragen ein höchst kompetenter Mitstreiter geblieben.

Lieber Hans, wir danken Dir für Deine in der Schule und im Verband erbrachte Lebensleistung. Wir gratulieren Dir sehr herzlich zu Deinem 80. Geburtstag und wünschen Dir Gesundheit und Zufriedenheit – oder wie Du immer als „alter Lateiner“ am Ende Deiner Geburtstagsreden selbst zu sagen pflegtest: „Ad multos annos!“

Fotos: VRB



Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de



## Neue Broschüre zur Pflege „Zu Hause gut versorgt“

Mit einer neuen Broschüre informiert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) über kostenlose und kostenpflichtige Hilfsangebote für ältere Menschen. Die Broschüre soll ermutigen, sich rechtzeitig Unterstützung zu holen. Der Ratgeber, der kostenfrei erhältlich ist, enthält zahlreiche Tipps zu Angeboten rund um den Haushalt, Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, Hilfe bei Behördenangelegenheiten, Fahrdiensten, Hausnotruf, Wohnungsanpassungsmaßnahmen oder Umzugshilfen.

Die Bestellung kann erfolgen unter:

BAGSO e.V.  
Bonngasse 10  
53111 Bonn

Fax: 02 28/24 99 93 20  
E-Mail: wittig@bagso.de

Die Broschüre steht auf der BAGSO-Homepage auch als Download zur Verfügung:  
[www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Publikationen/2016/Broschuere Zu Hause gut versorgt.pdf](http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Publikationen/2016/Broschuere_Zu_Hause_gut_versorgt.pdf)



## Neuaufgabe Dokumentenordner „Für den Notfall“

Der Dokumentenordner der dbb Bundesseniorenvertretung hat großen Anklang gefunden. Wegen der großen Nachfrage erfolgt nun eine Neuaufgabe zu etwas geänderten Bedingungen.

Ab sofort kann der Ordner „Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt“ beim dbb Verlag (Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel. 030 72619170, email:kontakt@dbbverlag.de) bestellt werden. Der Versand erfolgt durch den dbb Verlag direkt an die Einzelmitglieder gegen Zahlung eines Betrags von 7,90 Euro pro Ordner.

# LEHRKRÄFTE SIND HELDEN DES ALLTAGS!

Glauben Sie, dass Helden keine Unterstützung brauchen?  
Nein? Wir auch nicht!  
Auch Helden brauchen Unterstützung, damit sie weiter kämpfen  
können! Lassen Sie sich nicht von irgendjemandem vertreten:

**BILDUNGSREALISTEN WÄHLEN!  
PERSONALRATSWAHLEN 2017**



„like us“ auf facebook.com: VRB RLP



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)



**Verband Reale Bildung**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.


 KlarText!

## Gefühlte Wahrheiten in der Bildungspolitik überwinden: Mehr Bildungsrealismus wagen!

„Postfaktisch“ ist von der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ (GfdS) zum Wort des Jahres 2016 gekürt worden. Das Wort, so die GfdS, „verweist darauf, dass es in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. (...) Nicht der Anspruch auf Wahrheit, sondern das Aussprechen der „gefühlten Wahrheit“ führt zum Erfolg“. Fakten interessieren breite Schichten der Gesellschaft nicht mehr.

Auseinandersetzungen über den Untiefen des „Postfaktischen“ verbieten sich. Dennoch: Es nützt nichts, diese Entwicklung zu beklagen. Wir alle müssen gegenhalten. Gerade im Mikrokosmos der Bildungspolitik sind im kritischen Dialog und im gemeinsamen Ringen um Lösungen „gefühlte Wahrheiten“ aufzuspüren und deren Wirkungen offenzulegen.

### Irrationalität hält nach PISA-Schock Einzug

Zahlreiche Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nutzen die Verunsicherung nach dem PISA-Schock aus: Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Ungerechtigkeiten wurden überall im Bildungssystem ausgemacht – auch wenn es diese „de facto“ in dem behaupteten Ausmaß nie gegeben hat. Längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung, Binnendifferenzierung, offene und demokratische Unterrichtsformen, Lehrkräfte als Lernbegleiter, eine Schule für alle und Abitur und Studium für alle – so lauteten (verkürzt) die „gefühlten Wahrheiten“, die angeblich zu einer besseren Bildung und zu einer besseren Gesellschaft führen würden. Inhalte, Fachlichkeit und Leistungsorientierung gerieten als zentrale Qualitätsmerkmale des Unterrichts ins Hintertreffen. Wenig Gehör fanden die Stimmen, die davor warnten, unrealistische bildungspolitische Versprechen zu geben, die einseitig zu Lasten von uns Lehrkräften gehen und von denen „faktisch“ die Schülerinnen und Schülern nicht wirklich profitieren.

### „Gefühlte Wahrheiten“ wiegen scheinbar mehr als tatsächlicher Ertrag

Auf Fehlentwicklungen wurde auch seitens des VRB immer wieder hingewiesen. Beispiele füge ich an:

- Individuelle Förderung ist ein kaum zu erfüllendes Versprechen.

- Abschlüsse verlieren an Wertigkeit durch Niveauabsenkungen.
- Inklusion in der jetzigen Form überfordert Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern.

Praxiserfahrungen und Fakten werden nach wie vor ignoriert oder relativiert. Unbeirrt wird verkündet, alles sei nur eine Sache der Einstellung und des Menschenbildes. Wir Lehrkräfte müssten uns diesen Aufgaben nur endlich unvoreingenommen stellen. Die „gefühlte Wahrheit“ wiegt mehr als der tatsächliche Nutzen für unsere Schülerinnen und Schüler. Dabei sind „belegbare Wahrheiten“ sichtbar. Ich möchte stichwortartig auf folgende Fakten hinweisen:

- Gesunkene Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik
- Zurückgehende Ausbildungs- und Studierfähigkeit
- Überfüllte und schlecht ausgestattete Massenuniversitäten
- Hohe Studienabbrecherquoten
- Fachkräftemangel

**KlarText:** Wir Lehrkräfte müssen seit Langem aushalten, dass „gefühlte Wahrheiten“ höhere Priorität genießen als die Rückmeldungen aus unserem Schulalltag. Belastend ist darüber hinaus, dass wir uns an der Umsetzung fordernder aber unrealistischer und wenig zielführender Ansprüche messen lassen müssen. Für uns alle gilt: Wer den Siegeszug des Postfaktischen beklagt, der sollte seine Politik an der Realität ausrichten. Ansonsten leidet die Glaubwürdigkeit. Und das ist keine „gefühlte Wahrheit“. Das ist Fakt!



# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 32 12/9 65 73 31**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

Name ..... Vorname ..... Geb.-Datum ..... E-Mail .....

Straße ..... PLZ und Wohnort ..... Telefon/Fax/Mobil-Nr. ....

Dienstbezeichnung ..... Schule ..... Prüfungsfächer .....

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....
- Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar .....
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

Bankleitzahl ..... Name der Bank ..... Kontonummer .....

(sofern bekannt) IBAN ..... BIC .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



**Lehrkräfte mit einem Deputat**

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

**Mitglieder in Alterszeit**

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

**Beurlaubte, Pensionäre**

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

**Ehegatten, Lebenspartner**

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

**Lehramtsanwärter**

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



## **Schule 4.0 – Vernetztes Lernen in einer digitalen Welt**

Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim • Donnerstag, 16. März 2017

### **Programm**

- 8.30 Uhr**     **Stehkaffee und Ausstellung**  
Schulbuchverlage präsentieren Möglichkeiten des digitalen Medieneinsatzes
- 9.30 Uhr**     **Begrüßung und Einführung  
„Schule 4.0 und Reale Bildung“**
- 10.15 Uhr**    **Arbeitskreise I**
- AK 1    Vernetztes Lernen im mobilen Klassenzimmer am Beispiel von Moodle
  - AK 2    „Bring your own device“ in Theorie und Praxis
  - AK 3    Digitale Medien in der Berufsorientierung
  - AK 4    „Tablet-Klassen“ – eine neue Herausforderung
  - AK 5    Das digitale Klassenbuch
  - AK 6    Der Einsatz digitaler Medien im Spannungsfeld zwischen Pädagogik und Recht
- 11.15 Uhr**    **Kaffeepause**
- 11.30 Uhr**    **Arbeitskreise II**  
Themen siehe oben
- 12.30 Uhr**    **Mittagsimbiss**
- 13.30 Uhr**    **Fachvortrag von Dr. Hubert Zitt, Hochschule Kaiserslautern:  
Star Trek: Wie aus technischen Visionen Realität wurde**
- 14.30 Uhr**    **Talk-Runde**
- 15.30 Uhr**    **Resümee und Schlusswort**



Unser Referent:  
**Dr. Hubert Zitt**

**Bis zum 1. März anmelden!**

- **E-Mail** [heidi.becker@vrb-rlp.de](mailto:heidi.becker@vrb-rlp.de)
- **Fax** 0 67 21 / 96 35 66

facebook.com  
VRB RLP



[www.vrb-rlp.de](http://www.vrb-rlp.de)